

Trends in der Entwicklung von Vermögen und Vermögenseinnahmen zukünftiger Rentnergenerationen: Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Braun, Reiner; Metzger, Heiko

Abschlussbericht / final report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Braun, R., & Metzger, H. (2007). *Trends in der Entwicklung von Vermögen und Vermögenseinnahmen zukünftiger Rentnergenerationen: Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales*. (Forschungsbericht / Bundesministerium für Arbeit und Soziales, A368). Berlin: empirica ag Forschung und Beratung; Bundesministerium für Arbeit und Soziales. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323083>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Trends in der Entwicklung von Vermögen und Vermögenseinnahmen zukünftiger Rentnergenerationen

Endbericht für das

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bonn

Verfasser:

Dr. Reiner Braun und Heiko Metzger

Inhaltsverzeichnis

I.	ZUSAMMENFASSUNG	1
II.	TRENDS IN DER ENTWICKLUNG VON VERMÖGEN UND VERMÖGENSEINNAHMEN ZUKÜNFTIGER RENTNERGENERATIONEN	12
1.	Fragestellung und Hintergründe	12
1.1	Theoretischer Hintergrund	12
1.2	Vorbemerkungen	13
2.	Haushaltsnettoeinkommen	18
2.1	Bisherige Entwicklung	18
2.2	Künftige Entwicklung	21
3.	Geldvermögen (ohne gefördertes Altersvorsorgevermögen)	23
3.1	Bisherige Entwicklung	23
3.2	Künftige Entwicklung	25
4.	Geförderte Altersvorsorgevermögen	30
4.1	Potentielle Vorsorgevermögen	31
4.2	Teilnahmequote beim privaten AV-Sparen	35
5.	Immobilienvermögen	38
5.1	Entwicklung der Wohneigentumsquote	38
5.2	Entwicklung der Immobilienwerte	40
5.3	Exkurs: Künftige Verhaltensänderungen der Wohneigentümer	44
5.3.1	Geringere Nettovermögen infolge stärkerer Kreditfinanzierung?	44
5.3.2	Geringere Nettovermögen durch <i>reverse mortgage</i> ?	45
6.	Gesamtvermögen	46
6.1	Entwicklung über alle Altersklassen	46
6.2	Entwicklung bei den Rentnerhaushalten	49
7.	Exkurs: Erbschaften	54
7.1	Auswirkung von Erbschaften auf Sparverhalten und Vermögen	54
7.2	Höhe, Verteilung und Verwendung künftiger Erbschaften	55
8.	Fazit	58

III. ANHANG	59
1. Definitionen	59
1.1 Hochrechnungsfaktoren	59
1.2 Einkommensprognose (Haushaltsnettoeinkommen ohne Mietwert)	59
1.3 Prognose Immobilienvermögen	60
1.4 Prognose Geldvermögen (ohne gefördertes Vorsorgevermögen)	61
1.5 Prognose der privaten Altersvorsorge (AV)	64
2. Methodik	66
2.1 Kohortenmodell „Geldvermögen“	66
2.2 Kohortenmodell „Wohneigentumsquote“	70
2.3 Erbschaftsprognose	73
3. Zum Zusammenhang von Vermögen und Einkommen	75
4. Datensatzbeschreibung: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe	76
5. Literatur	78

I. ZUSAMMENFASSUNG

Die Geldvermögen der privaten Haushalte in der alten Bundesrepublik haben sich in den letzten 25 Jahren inflationsbereinigt fast verdoppelt. Gleichzeitig ist die Wohneigentumsquote um rund zehn Prozentpunkte gestiegen, wobei dies hauptsächlich auf Fortschritte der 60er und 70er Jahre zurückgeht. Auch im Osten fand ein schneller Aufholprozess in der Geldvermögens- und Eigentumsbildung statt – zumindest bei den unter 40-Jährigen. Aber der steigende Wohlstand ist nicht gleich verteilt. Ungleichheiten gibt es vor allem zwischen jungen und alten, zwischen Mietern und Wohneigentümern sowie zwischen „armen“ und „reichen“ Haushalten. Durch die abnehmende lebensstandardsichernde Funktion der gesetzlichen Rente und den Start der geförderten privaten Altersvorsorge im Jahre 2001 können neue Ungleichheiten entstehen. Die Vermögensausstattung der künftigen Rentnergenerationen wird deswegen im Wesentlichen durch drei Metatrends beeinflusst:

- Veränderte Einkommensrelationen zwischen „Jungen“ und „Alten“,
- Teilnahmebereitschaft bei der privaten Altersvorsorge und Verdrängungseffekte der bisherigen (Geld-)Vermögensbildung durch private Altersvorsorge,
- Erhöhung des Anteils der Haushalte mit selbst genutztem Wohneigentum.

Prognosen der Vermögen und Vermögenseinnahmen künftiger Rentnergenerationen erfordern eine Vielzahl von Annahmen. Mit der Anzahl potentieller Stellschrauben steigt jedoch auch die Komplexität, schon „kleine Drehungen“ können erhebliche Unterschiede in den Prognoseergebnissen bewirken. Deswegen beschränken wir uns in der vorliegenden Studie auf bedingte Prognosen, so genannte Projektionen, für Schlüsselszenarien der Entwicklung von Einkommen und privater Altersvorsorge. Insofern zeigen die Projektionen vor allem Größenordnungen für die Trends einzelner Vermögenskomponenten auf und sind nicht als Vorhersagen exakter Größen zu verstehen.

Einkommensentwicklung

Die Einkommensentwicklung unterschiedlicher Altersklassen driftet seit langem auseinander. Auf der einen Seite profitierten die älteren Haushalte in den vergangenen Jahrzehnten von steigenden Rentenwerten,¹ zunehmenden Rentenansprüchen infolge steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen² und höheren Vermögenseinnahmen. Dem stand eine schwächere Einkommensentwicklung jüngerer

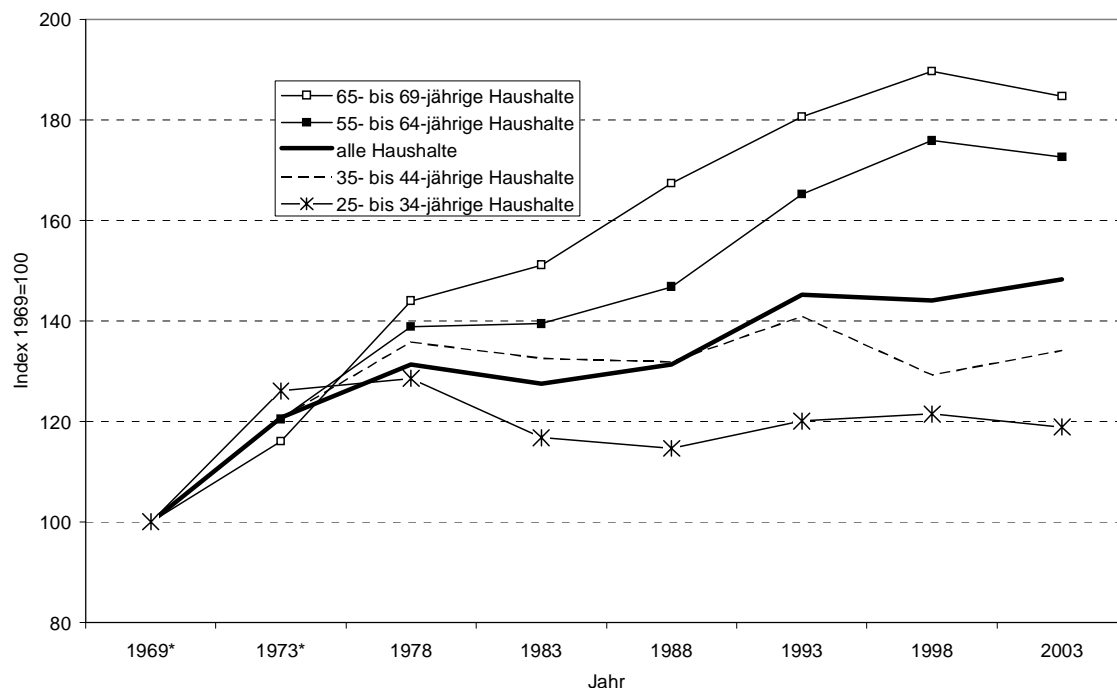
¹ Der inflationsbereinigte Rentenwert, also die Rente pro Entgeltpunkt, wurde in den 16 Jahren von 1960 bis 1976 verdoppelt, in den folgenden 30 Jahren bis zum Jahr 2006 stieg er nur noch um insgesamt 8% an.

² Je höher die Erwerbsquote desto mehr Entgeltpunkte werden angesammelt.

Haushalte gegenüber, die auf längere Ausbildungszeiten, spätere Familiengründung und den Baby-Boom zurückgeht. Längere Ausbildungsdauer und geringere Heiratsquote begünstigen den Trend zum Einpersonenhaushalt mit nur einem Erwerbseinkommen bei geringen (familienpolitischen) Sozialtransfers oder Steuererleichterungen und ausfallender Kostendegression. Darüber hinaus kann unterstellt werden, dass die geburtenstarken Jahrgänge und die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen die Zuwächse bei der Entwicklung von Löhnen und Gehältern gebremst haben.

Abbildung 1: Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen 1969 bis 2003 (Index 1969=100)

Auswahl: früheres Bundesgebiet



*Kategorie „65-bis 69-Jährige“ umfasst in den Jahren 1969 und 1973 auch die über 69-Jährigen.

Definition: Einkommen inkl. Mietwert selbst genutzter Wohnungen, jeweils in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung) und indiziert auf 1969=100.

Quelle: Braun et al. (2001) „Vermögensbildung in Deutschland“ und eigene Berechnungen EVS 2003

empirica

Spiegelbildlich zum bisherigen Trend könnte in den kommenden Jahren eine Trendwende einsetzen. Denn durch Nachrücken der schwach besetzten Pillenknickgenerationen werden qualifizierte Arbeitskräfte knapper, wodurch deren relativen Löhne tendenziell ansteigen werden. Außerdem können infolge höherer Abgaben auf Renten sowie durch real stagnierende Rentenwerte die Nettoeinkommen der Rentner – trotz steigender Vermögenseinnahmen – relativ zu den Nettoeinkommen der Erwerbstätigen absinken. Zur Berücksichtigung dieser Trends werden zwei Einkommensszenarien betrachtet. Im Szenario „veränderte Strukturen“ wird angenommen, dass sich die relativen

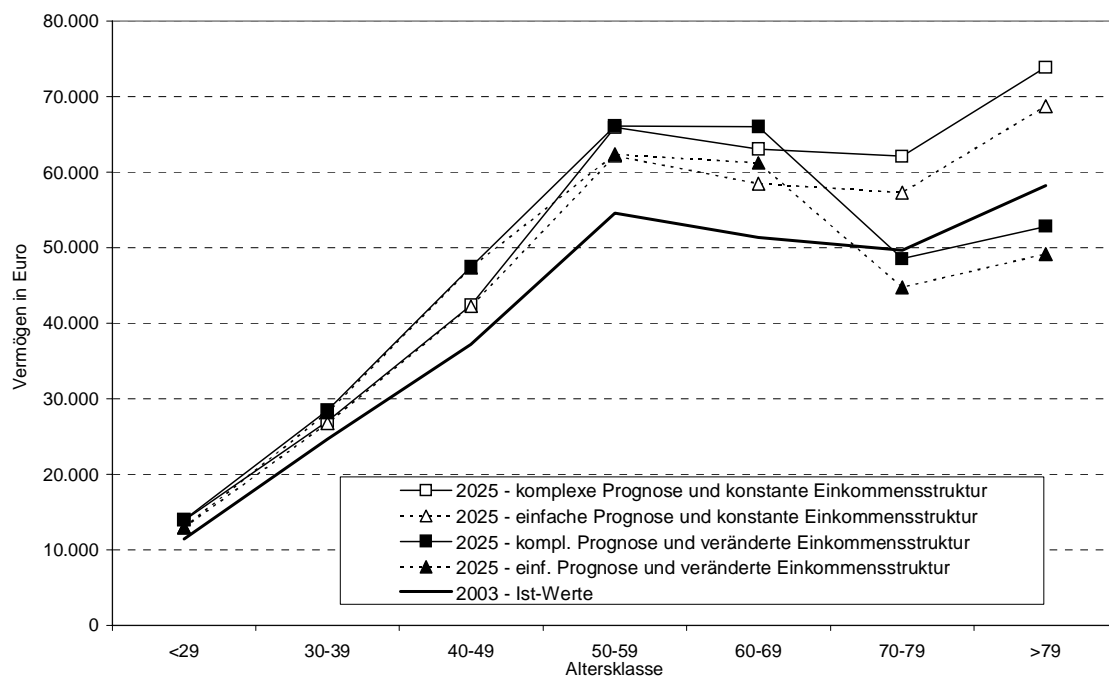
Einkommenspositionen zugunsten der Jüngeren verbessern, im Szenario „konstante Strukturen“ wird der Status quo fortgeschrieben.

Entwicklung der Geldvermögen

Die künftigen Geldvermögen wurden auf zwei verschiedene Methoden prognostiziert: eine einfache Fortschreibung konstanter Altersstrukturen und ein komplexes Kohortenmodell. Im Unterschied zum einfachen Modell berücksichtigt das „komplexe Verfahren“ steigende anstelle konstanter Relationen zwischen Geldvermögen und Einkommen innerhalb einzelner Altersklassen und damit die Entwicklung hin zu einer „reifen“ Volkswirtschaft. Kombiniert mit den beiden Szenarien zur Einkommensentwicklung ergeben sich so für jeden Zeitpunkt vier verschiedene Prognosen für das Nettogeldvermögen.

Abbildung 2: Mittelwert der Nettogeldvermögen im Altersquerschnitt 2003 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a.

Szenario „konstante Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen wie 2003.

Szenario „veränderte Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen verändern sich zugunsten der Jüngeren und zulasten der Älteren.

Szenario „einfache Prognose“: konstante Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen wie 2003.

Szenario „komplexe Prognose“: veränderte Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Im Ergebnis steigen die Geldvermögen bei jungen Haushalten in allen Szenarien an, während die Trends bei über 69-Jährigen je nach Szenario ambivalent sind – je nach Altersklasse ergeben sich reale Zu- oder Annahmen um bis zu einem Fünftel. Verglichen mit den potentiellen Altersvorsorgevermögen und der Zunahme bei Immobilienvermögen sind die Effekte jedoch gering. Die Einnahmen aus Geldvermögen entwickeln sich unter der Annahme konstanter Renditen weitgehend linear zur Vermögenshöhe. Im günstigsten Szenario steigen die mittleren Einnahmen im Vergleich zum Basisjahr bis 2025 um rund 420 Euro jährlich auf knapp 2.100 Euro (bei den >59-Jährigen um 700 Euro auf knapp 2.700 Euro), im ungünstigsten Szenario um rund 250 Euro im Jahr auf gut 1.900 Euro (bei den >59-Jährigen ebenfalls um rd. 250 Euro auf knapp 2.200 Euro).

Entwicklung der geförderten Altersvorsorgevermögen

Die Nettoeinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden künftig erheblich geschmälert. Dafür verantwortlich sind ein relativ sinkendes Rentenniveau, ein höheres gesetzliches Renteneintrittsalter und ein höheres Mindestrentenalter (bzw. als Kehrseite Abschläge für frühzeitigen Renteneintritt), steigende Beiträge der Rentner zu Sozialversicherungen sowie die nachgelagerte Besteuerung der Renten. Die gesetzliche Rente als lebensstandardsichernde Einkommensquelle verliert an Bedeutung. Sie muss durch private Vorsorge ergänzt werden. Dazu wurden beginnend im Jahr 2001 Riester-, Eichel- und Rüruprenten als geförderte Altersvorsorgewege eingeführt.

Die Höhe der künftigen Altersvorsorgevermögen (AV-Vermögen) hängt entscheidend von zwei Parametern ab: der Teilnahmequote und dem Umfang des Vorsorgespargens. Vereinfachend wird zunächst unterstellt, dass alle abhängig Beschäftigten und Beamten im Rahmen der geförderten, privaten Altersvorsorge sparen. Damit lassen sich potentielle AV-Vermögen prognostizieren. Der Umfang potentieller Vorsorge wird für zwei Szenarien berechnet. Einmal unterstellen wir eine Sparquote von 4% aus dem Bruttoeinkommen. Diese Sparquote wird auch seit langem beim Riestersparen empfohlen. In Anlehnung an die maximal geförderten Sparbeträge bei der betrieblichen Altersvorsorge unterstellen wir in einem alternativen Szenario eine monatliche Ersparnis von 200 Euro.³

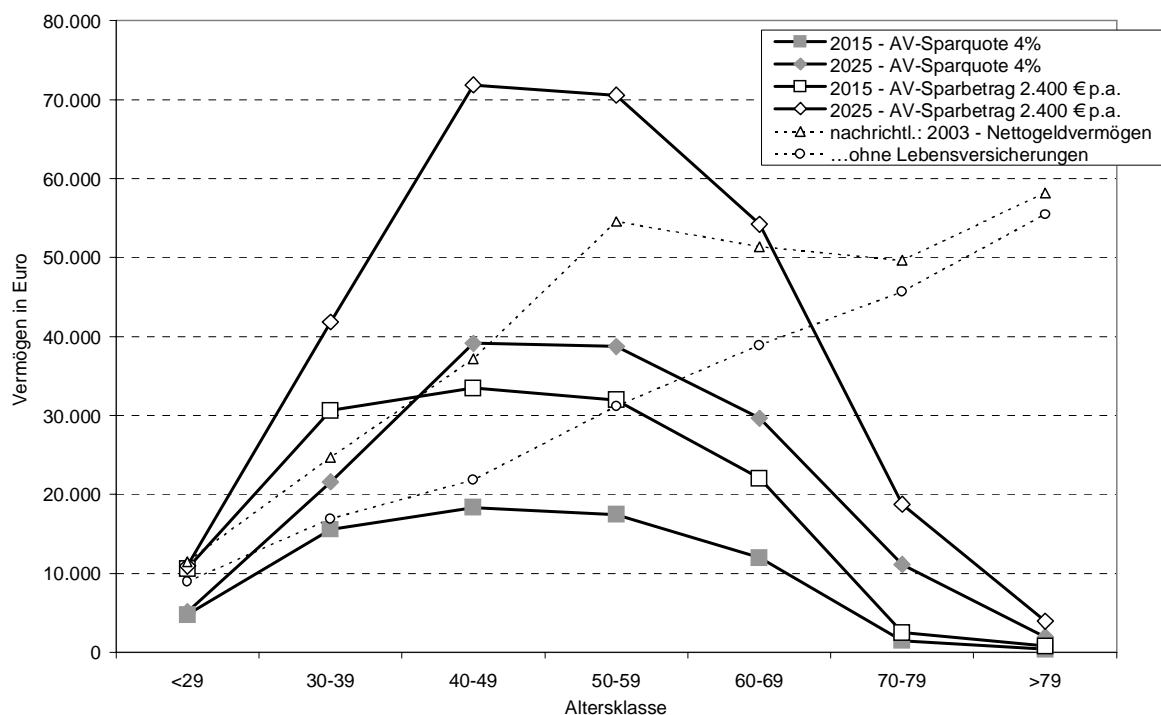
Langfristig werden die AV-Vermögen im Altersquerschnitt der Haushalte einen umgekehrt u-förmigen Verlauf beschreiben: zunächst werden sie im Laufe des Erwerbslebens aufgebaut und mit Eintritt in den Ruhestand Stück für Stück konsumiert. Bis zum Jahr 2025 wird sich jedoch die private Vorsorge immer noch im Aufbau befinden. Deswegen haben jüngere Haushalte bis dahin größere AV-Vermögen als Haushalte am Vorabend des Ruhestandes (Kohorteneffekt). Im Umkehrschluss kann erst etwa nach dem Jahr 2045 die erste Rentnergeneration eine maximal mögliche private AV-Rente angespart haben.

³ Sparbetrag jeweils gedeckelt bei 10% des Haushaltsnettoeinkommens.

Dennoch werden sich die potentiellen AV-Vermögen der im Jahr 2025 60- bis 69-Jährigen bei einer 4%-igen AV-Sparquote bereits auf etwa 60% des derzeitigen durchschnittlichen Nettogeldvermögens 60- bis 69-Jähriger belaufen (140% bei AV-Sparbetrag von 200 € monatlich). Bei den 40- bis 49-Jährigen kommt es bis zum Jahr 2025 cet. par. zu gut einer Verdoppelung der heutigen Geldvermögen (Verdreifachung bei AV-Sparbetrag von 200 € monatlich). Solange die AV-Vermögen der Rentner geringer sind als ihre Geldvermögen, werden auch die privaten AV-Renten tendenziell eine untergeordnete Rolle spielen. Bei den 60- bis 69-Jährigen des Jahres 2025 werden die AV-Renten bei einer 4%-igen AV-Sparquote im Mittel knapp 1.300 Euro brutto p.a. betragen – also nur etwa ein Zwölftel der heutigen Standardrente (gut 2.200 Euro p.a. bei AV-Sparbetrag von 200 € monatlich).

Abbildung 3: Mittelwert der AV-Vermögen im Altersquerschnitt 2015 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a., 100%ige Teilnahme beim AV-Sparen

Szenario „Sparquote 4%“: Sparbetrag für private Altersvorsorge = 4% vom Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung im Jahr 2003.

Szenario „Sparbetrag 2.400 Euro p.a.“: Sparbetrag für private Altersvorsorge = 2.400 Euro jährlich (max. 10% vom Nettoeinkommen).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

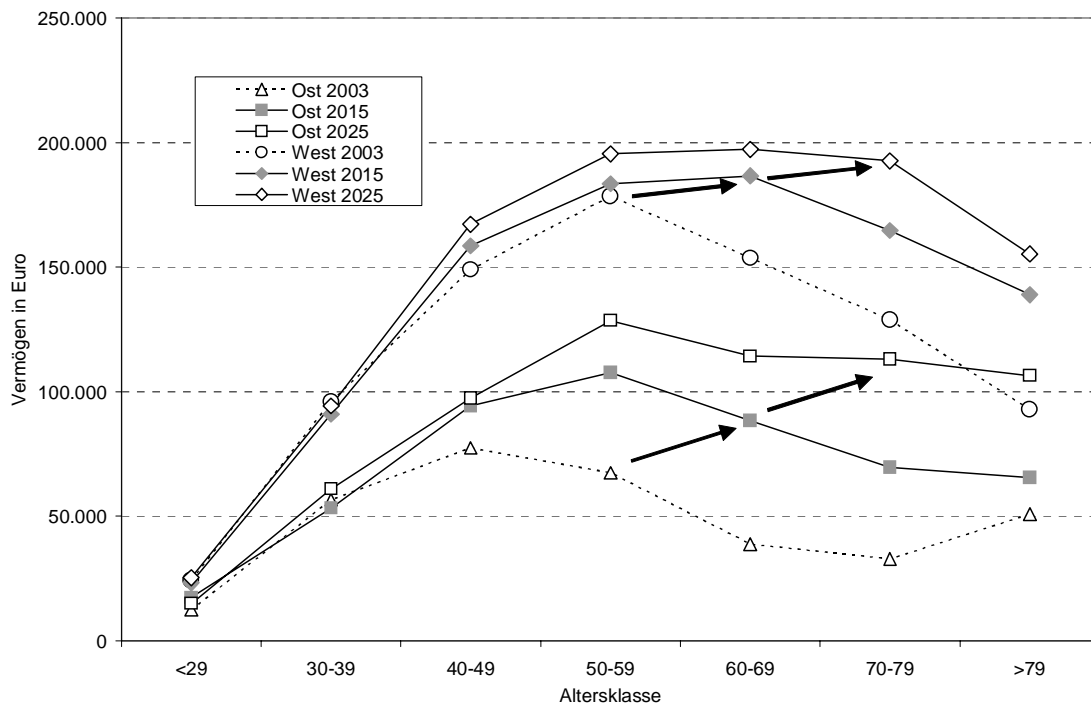
Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass bei weitem nicht alle Berechtigten die AV-Förderung in Anspruch nehmen. Zuletzt hatte im Jahr 2006 etwa jeder sechste 25- bis unter 60-Jährige einen Riestervertrag abgeschlossen. Vor allem Ostdeutsche, Frauen und Familien sowie 25- bis 44-Jährige

gehören überdurchschnittlich häufig zu den Riestersparern. Allerdings darf man sich bei der privaten Altersvorsorge nicht allein auf Riesterverträge stützen. Als enges Substitut kommen insbesondere die betriebliche Altersvorsorge in Betracht, aber auch andere nicht geförderte Vermögen wie etwa selbst genutztes Wohneigentum. Wer sich bereits anderweitig ausreichend abgesichert fühlt, wird dann nicht zusätzlich eine private Riesterrente abschließen. Auf der anderen Seite gibt es Haushalte, die bereits in der Erwerbsphase nahe am Existenzminimum leben. Wer aber im Rentenalter mutmaßlich auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen ist, für den ist es nicht rational, privat vorzusorgen. Diese Haushalte befinden sich in einer „Sparfalle“, weil private AV-Renten eins zu eins von den Grundsicherungsansprüchen abgezogen werden. Eine Prognose der künftigen Verbreitung geförderter Altersvorsorge ist aufgrund der Vielzahl an Unsicherheiten daher nicht möglich.

Entwicklung der Immobilienvermögen

Die Wohneigentumsquote im früheren Bundesgebiet hat sich seit der Nachkriegszeit von 25 Prozent im Jahr 1950 bis heute fast verdoppelt. Allerdings stagniert sie bei den unter 50-Jährigen seit 25 Jahren. Der steigende Trend ist daher fast ausschließlich verursacht durch das „Aussterben von Generationen von Mieterhaushalten“. Durch diesen Kohorteneffekt wird die Wohneigentumsquote auch in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Darüber hinaus wird sich die bisherige schnelle Erhöhung der Wohneigentumsquoten in den neuen Ländern fortsetzen. In der Folge wohnen auch immer mehr nachrückende Rentnergenerationen in den eigenen vier Wänden.

Abbildung 4: Mittelwert der Immobilienvermögen im Altersquerschnitt 2003, 2015 und 2025 (alle Haushalte)



Annahmen: Wertzuwachs Immobilien: 0,5% p.a.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Das durchschnittliche Immobilienvermögen pro Haushalt steigt aber nicht nur infolge einer größeren Wohneigentumsquote, sondern zusätzlich durch zwei weitere Effekte. Zum einen existieren auch bei den Verkehrswerten Kohorteneffekte: ältere Wohneigentümer halten jeweils kleinere und weniger gut ausgestattete Immobilien als die im Altersquerschnitt nachrückenden jüngeren Haushalte. Hinzu kommen allgemeine Wertsteigerungen, die mit 0,5% p.a. angenommen wurden. Im Ergebnis steigen die Immobilienwerte der Rentnerhaushalte mit Wohneigentum bis zum Jahr 2025 im Westen um rund 25%, im Osten sogar um Größenordnungen von etwa 75% an. Im Mittel über alle Haushalte – Mieter und Wohneigentümer – kumulieren Wertsteigerung und steigende Wohneigentumsquote. Im Ergebnis werden sich die durchschnittlichen Immobilienvermögen aller künftigen Rentnerhaushalte im Osten bis zum Jahr 2025 gegenüber heute mehr als verdoppeln, im Westen wird der Zuwachs etwa ein Drittel bei den zum jeweiligen Zeitpunkt 60- bis 69-Jährigen und rund 50% bei den jeweils über 79-Jährigen betragen. Parallel zur Entwicklung der Immobilienwerte werden auch die Vermögenseinnahmen in Form von ersparter Miete und Mieteinnahmen ansteigen. Wie die Immobilienvermögen, belaufen sich auch die Einnahmen aus Immobilien auf ein Vielfaches verglichen mit den Einnahmen aus Geldvermögen oder privaten AV-Renten.

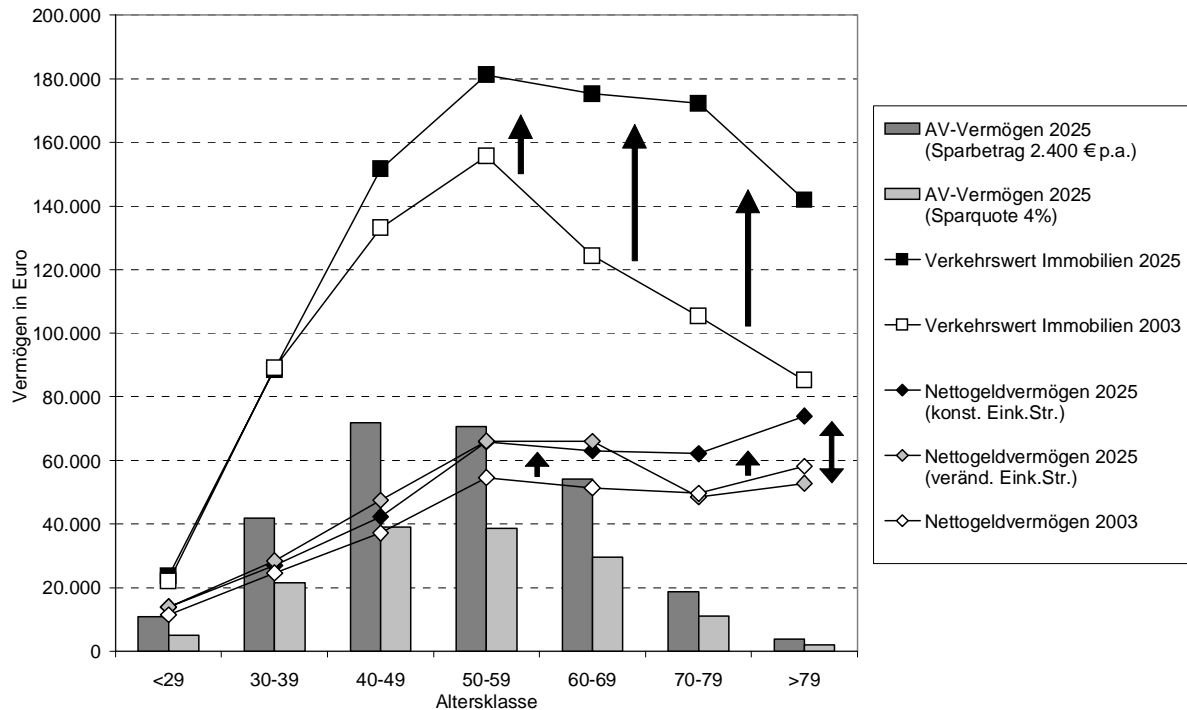
Wenn die Altersvorsorge zukünftig stärker vom Privatvermögen abhängt und bei steigender Lebenserwartung immer mehr Haushalte kinderlos bleiben, werden Selbstnutzer mehr als heute bereit sein, ihre Immobilie zu verrenten, neu zu beleihen oder im Ruhestand aus den großen Familienheimen auf kleinere und preiswertere Objekte umzusteigen. Dann werden die Immobilienvermögen künftiger Rentnerhaushalte niedriger ausfallen als dargestellt. Die berechneten Werte stehen dann für den Barwert der künftigen Einnahmen aus Verkauf oder Beleihung.

Entwicklung der Gesamtvermögen

Die AV-Vermögen werden in den nächsten Jahrzehnten Größenordnungen erreichen, die weit über den heutigen Geldvermögen liegen. Zwar werden auch im Jahr 2025 immer noch die älteren Erwerbstätigen und nicht die Rentnerhaushalte die höchsten AV-Vermögen vorweisen können. Denn erst nach dem Jahr 2045 werden die ersten Jahrgänge in Rente gehen, die von Beginn ihres Erwerbslebens an konsequent AV-Vermögen angespart haben. Dennoch können die Unterschiede in der Vermögensausstattung der Rentnerhaushalte dadurch bereits im kommenden Jahrzehnt beträchtlich zunehmen - je nach Verbreitung der AV-Verträge. Die Vermögensklüfte zwischen Vorsorgesparern und Vorsorgeverweigerern könnte größer werden als die Ungleichheit bei den Geldvermögen heute. Das Ausmaß der Ungleichheit hängt neben der Teilnahmequote bei der geförderten Altersvorsorge auch vom unbekannten Grad der Verdrängung bisheriger ungeförderter Geldvermögen ab. Hinzu kommen die „üblichen“ Ungleichheiten als Folge ungleicher Einkommen. Aber nicht nur die geförderte Altersvorsorge, auch die steigende Wohneigentumsquote wird eine zunehmende Ungleichheit in der Vermögensausstattung verursachen. Beide Effekte können sogar kumulieren, wenn (einkommensschwächere) Mieter seltener privat vorsorgen als (einkommensstärkere) Wohneigentümer.

Abbildung 5: Reales Gesamtvermögen im Altersquerschnitt 2003 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: komplexe Prognose der Geldvermögen, keine Verdrängungseffekte durch private Altersvorsorge, 100%ige Teilnahme beim AV-Sparen, Immobilien ohne Abzug von Baukrediten.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Infolge steigender Geldvermögen und Immobilienwerte sowie erheblicher Zuwächse bei der Wohneigentumsquote werden künftige ostdeutsche Rentner – auch ohne geförderte Altersvorsorge – ihre Vermögenseinnahmen gegenüber den heutigen vermögensarmen Rentnern bis zum Jahr 2025 fast verdoppeln. Im Westen steigen diese Einnahmen nur um gut 20%. Die Vermögenseinnahmen hätten das Potential, deutlich stärker anzusteigen, wenn ausreichend privat vorgesorgt wird. Wenn alle bis zum Jahr 2025 über 59-jährigen Personen mit Einkommen aus abhängiger Beschäftigung nach dem Jahr 2003 an der geförderten Altersvorsorge teilgenommen hätten, könnten die ostdeutschen Ruheständler im Jahr 2025 etwa 100 bis 150 Euro an monatlichen Zusatzrenten beziehen und ihre Vermögenseinnahmen im Vergleich zu heutigen Rentnern damit mehr als verdoppeln – je nach Spar-Szenario ergibt sich ein Anstieg um 127% bzw. 154% (4% Sparquote vom Bruttolohn bzw. 200 Euro Sparbetrag monatlich während der Erwerbsphase). Im Westen lägen die entsprechenden Monatsbeträge wegen der geringeren Frauenerwerbsquote etwa 20 Euro niedriger, der prozentuale Anstieg läge bei 35% bzw. 44%.

Fazit

Sinkende Ersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherung, geförderte private Altersvorsorge sowie steigende Wohneigentumsquoten bei älteren Rentnerhaushalten werden die Einkommens- und Vermögensungleichheiten in den nächsten Jahren erheblich vergrößern. Insbesondere Mieterhaushalte und AV-Verweigerer sind dadurch immer mehr einem relativem Verarmungsrisiko ausgesetzt.

Gleichwohl dürfen nicht alle Haushalte ohne Riestervertrag als AV-Verweigerer eingestuft werden. Denn nicht nur die explizit als Vorsorgevermögen ausgewiesenen Riestervermögen dienen der Altersvorsorge, sondern auch betriebliche Vorsorgeverträge sowie nicht geförderte Geldvermögen oder Immobilien. Man sieht den einzelnen Vermögensbeständen nicht an, zu welchem Zweck sie gebildet werden. In den Modellrechnungen kommt dies durch die beschriebenen Verdrängungseffekte zum Ausdruck.

Will man dennoch die Verbreitung geförderter Vorsorgevermögen voranbringen, gibt es zwei Möglichkeiten. Einmal kann man das so genannte Riestersparen verpflichtend machen. Dadurch würden jedoch zulasten der sozialen Wohlfahrt unnötig Freiheitsgrade in der Lebensökonomie privater Haushalte eingegrenzt. Das wäre vor allem für Wohneigentümer und Familien von Nachteil. Denn Familien haben hohe Aufwendungen für ihre Kinder zu tragen. Ein obligatorisches Riestersparen führt hier zu schnell zu einer Überforderung. Verbindliche Riesterverträge wären auch nachteilig für sparsame Haushalte, die in nicht geförderten Anlageformen vorsorgen. Dazu zählen vor allem die Wohneigentümer. Hier käme es in vielen Fällen geradezu zu einer erzwungenen Überversorgung im Alter.

Besser als ein Obligatorium wäre eine Steigerung der Attraktivität des Vorsorgesparens. Dazu müsste die Situation von Familien mehr Berücksichtigung finden, Wohneigentum besser integriert werden und insgesamt mehr Flexibilität möglich sein. Der Gesetzgeber könnte Familien den Vortrag nicht ausgenutzter Potentiale der AV-Förderung ermöglichen. Familien, die z.B. über 5 Jahre nur 1.000 Euro statt 2.100 Euro jährlich in einem Riestervertrag ansparen können, sollten die Möglichkeit haben, in späteren Jahren die unausgeschöpften Beträge steuerlich nachzuholen. Eine bessere Integration der selbst genutzten Wohnimmobilie in die geförderte Altersvorsorge wurde bereits im Koalitionsvertrag der derzeitigen Regierung beschlossen. Die Produktanbieter könnten zugleich die Überlastung durch „atmende“ Sparprodukte mildern, deren Monatsraten sich bestimmten Lebenssituationen flexibel anpassen. Denn im Unterschied zu den meisten Vorsorgeverträgen ist die Lebensökonomie privater Haushalte kein geradliniger Prozess. Erwerb von Wohneigentum, Familiengründung, Karriere(-knicks), Arbeitslosigkeit, Erwerbsunterbrechung durch „Kinderpause“ und viele Dinge mehr verhindern einen konstanten Verlauf des sparfähigen Einkommens im Lebenszyklus. Die Menschen binden sich eher an

einen Sparvertrag, wenn sie sich sicher sind, dass sie viele Jahrzehnte die finanziellen Verpflichtungen erfüllen können.

II. TRENDS IN DER ENTWICKLUNG VON VERMÖGEN UND VERMÖGENSEINNAHMEN ZUKÜNFTIGER RENTNERGENERATIONEN

1. Fragestellung und Hintergründe

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung will einen Beitrag zur Erforschung künftiger Armut und künftigen Reichtums leisten. Dazu soll für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht untersucht werden, wie sich die Vermögen und Vermögenseinnahmen künftiger Rentnergenerationen von denen derzeitiger Rentner unterscheiden und welche Bedeutung dabei den seit dem Jahr 2001 geförderten speziellen Altersvorsorgevermögen zukommen wird (so genannte Riester-, Eichel- und Rüruprenten).

1.1 Theoretischer Hintergrund

In der mikroökonomischen Theorie der Vermögensbildung besteht das Hauptmotiv des Sparens in einer Optimierung der intertemporalen Konsumallokation. Die Notwendigkeit dieser Optimierung ergibt sich aus der Entwicklung des Einkommens im Lebenszyklus: Idealtypisch steigen die Einkommen während des Erwerbslebens monoton an und fallen beim Austritt aus dem Erwerbsleben wieder ab. In einer grundlegenden Arbeit unterstellen Modigliani und Brumberg (1954) in ihrer Lebenszyklushypothese (LZH) eine Konsumplanung über den gesamten Lebenshorizont. Die Permanente Einkommenshypothese (PIH) von Friedman (1957) geht davon aus, dass sich die aktuellen Konsumausgaben an einem nachhaltig erzielbaren, permanenten Einkommen orientieren. Beide Theorien resultieren in einer intertemporalen Glättung der Grenznutzen des Konsums. Die Höhe der Ersparnis ergibt sich in jeder Periode als Residuum zwischen Konsum und Einkommen. Insgesamt unterstellen die LZH und die PIH deswegen insbesondere bei jungen, erwerbstätigen Haushalten einen schuldenfinanzierten Konsum, der deutlich oberhalb des aktuellen Einkommens liegt. In einer späteren Phase der Erwerbstätigkeit werden die Schulden zurückgezahlt und Vermögen zur Alterssicherung aufgebaut; der aktuelle Konsum ist dann geringer als das laufende Einkommen. Nach Beendigung der Erwerbstätigkeit schließlich wird der Konsum durch Vermögensauflösungen finanziert.

Empirische Beobachtungen zur Vermögensbildung privater Haushalte widersprechen jedoch häufig diesen Vorhersagen der einfachen LZH/PIH. Vor allem bleiben die Auswirkungen von Sozialversicherungen und Kreditrestriktionen unberücksichtigt. Die Existenz einer lebensstandardsichernden gesetzlichen Rentenversicherung stellt jedoch das Sparmotiv „Altersvorsorge“ in den Hintergrund. In der Folge entfällt das wichtigste Sparmotiv der LZH/PIH. Ohne (ausreichenden) Kreditzugang in jungen Jahren entfällt zudem weitgehend die kontinuierliche Verschuldung zu

Konsumzwecken in der anfänglichen Erwerbsphase und damit das Tilgungssparen in der nachfolgenden Erwerbsphase. Im Ergebnis dient die Vermögensbildung in erster Linie einem kurzfristigen Ansparen auf den Erwerb teurer und langlebiger Konsumgüter (vgl. Braun, 2000). Spätestens wenn diese sporadischen Ausgaben eine Größenordnung von mehr als einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen erreichen, können sie nicht mehr aus dem laufenden Einkommen finanziert werden. Entweder muss dann vorhandenes Vermögen aufgelöst oder müssen Konsumentenkredite aufgenommen werden. Anschaffungen für Pkw stellen im gesamten Lebenszyklus die häufigste Ursache für solche Ausgaben dar. Der Erwerb von (selbst genutztem) Wohneigentum ist in aller Regel die größte Einzelausgabe.

Weitere Spartheorien bemühen sich darum, demographische und sozioökonomische Merkmale in die LZH/PIH einzubauen. Zudem spielen der Zusammenhang zwischen intertemporaler Maximierung und Liquiditätsbeschränkungen, Vorsichtsmotive, Vererbungsmotive und Unsicherheit über die Lebensdauer, intergenerationale Transfers, die Auswirkungen der gesetzlichen Altersvorsorge und Arbeitslosenversicherung, intertemporale Interdependenzen sowie Veränderungen im Arbeitsangebot eine wichtige Rolle. Diese Modelle stellen jedoch keine grundsätzlich neuen Ansätze dar.

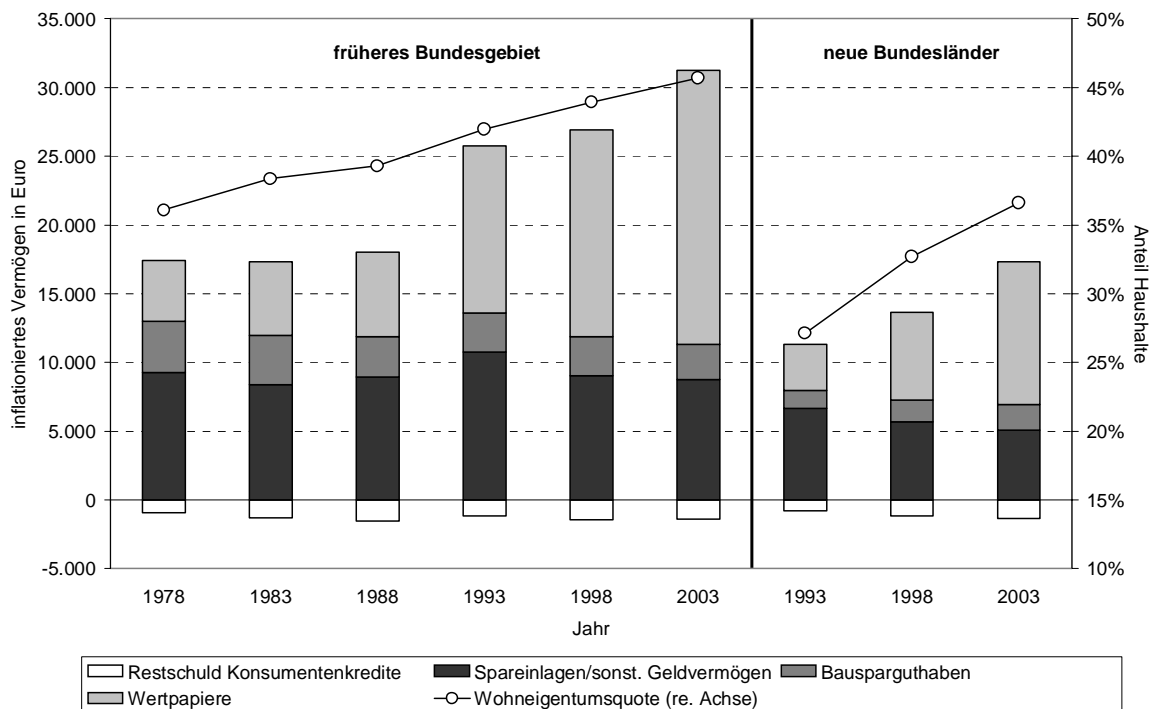
1.2 Vorbemerkungen

In den letzten Jahrzehnten sind die Vermögen der privaten Haushalte kräftig gestiegen, jetzt droht eine Trendwende. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges befinden sich die privaten Haushalte in Deutschland auf „normalen“ Vermögensbildungspfaden. Je jünger die Haushaltsbezugspersonen, desto weniger wurde ihre Vermögensbildung durch Krieg und Kriegsfolgen beeinträchtigt und desto öfter wird im Laufe des Lebens selbst genutztes Wohneigentum erworben. In diesem Umfeld haben sich die durchschnittlichen Geldvermögen der privaten Haushalte in der alten Bundesrepublik allein in den letzten 25 Jahren inflationsbereinigt fast verdoppelt und ist die Wohneigentumsquote um rund zehn Prozentpunkte gestiegen (vgl. Abbildung 6) – bei den über 50-jährigen Haushalten sogar um fast 20 Punkte.⁴ Eine Momentaufnahme vermittelt demnach den Eindruck nachhaltig steigenden Wohlstandes über alle Generationen hinweg – nicht zuletzt bestätigt durch den enormen Aufholprozess in den neuen Bundesländern (vgl. rechten Teil der Abbildung 6). Gleichwohl sind die Vermögen unter den Haushalten nicht gleich verteilt. Außerdem kommt der privaten Vermögensbildung angesichts eines sinkenden Rentenniveaus künftig eine größere Bedeutung zu. Gleichzeitig verliert infolge der zunehmenden Kinderlosigkeit das Sparmotiv des Vererbens an Bedeutung. Welche Auswirkungen diese und weitere Veränderungen auf die Vermögensausstattung künftiger Rentnergenerationen haben werden, soll in der vorliegenden Studie diskutiert werden.

⁴ Vgl. Braun und Pfeiffer (2004).

Abbildung 6: Steigender Wohlstand – Geldvermögen und Wohneigentum seit Jahren auf dem Vormarsch

Durchschnittliche Vermögen pro Haushalt



Anmerkung: Geldvermögen ohne Lebensversicherungen; alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung).

Quelle: Braun (2007)

empirica

Die Vermögensausstattung der künftigen Rentnergenerationen wird dabei im Wesentlichen durch drei Metatrends beeinflusst:

- Veränderte Einkommensstrukturen im Altersquerschnitt,
- Teilnahmebereitschaft bei der privaten Altersvorsorge und Verdrängungseffekte der bisherigen (Geld-)Vermögensbildung durch private Altersvorsorge,
- Erhöhung des Anteils der Haushalte mit selbst genutztem Wohneigentum.

Trendumkehr bei den Einkommen zugunsten der Jüngeren und zu Lasten der Älteren. Zwei Einflussfaktoren sind potentiell verantwortlich für künftige **Veränderungen der Einkommensstrukturen** im Altersquerschnitt: die aufkommende Knappheit jüngerer, gut ausgebildeter Fachkräfte und die nach und nach einsetzende Wirkung (bereits beschlossener) Rentenreformen. Erstere kann einen relativen Anstieg der Löhne – und damit der Haushaltsnettoeinkommen – bei den unter 50-jährigen Erwerbstätigen bewirken, die zweite kann ein relatives Absinken der Rentenansprüche und damit der Haushaltsnettoeinkommen der jeweiligen Rentnergenerationen verursachen. Da ein enger

Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen besteht (vgl. Kapitel III.2.3 im Anhang), haben veränderte Einkommensstrukturen erhebliche Auswirkungen auf die Vermögensausstattung der privaten Haushalte.

Steigende Vermögen für private Altersvorsorge, aber drohende Verdrängung bisheriger Sparprozesse.

Die geförderte **private Altersvorsorge** soll zusätzliche Einkommenslücken künftiger Rentner abdecken, wie sie durch Einschränkungen im System der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen. Dieser Zweck wird nur erreicht, insoweit dahinter stehende Sparprozesse zusätzliches Vermögen bilden. Wenn die private Altersvorsorge demnach Erfolg haben soll, muss sie beträchtliche Auswirkungen auf die Vermögensausstattung der privaten Haushalte haben. Allerdings muss man davon ausgehen, dass ein Teil der Ersparnisse in der geförderten, privaten Altersvorsorge kein zusätzliches Sparen darstellt, sondern nur ohnehin geplante Ersparnisse, die in die geförderten Anlageinstrumente umgeschichtet werden. Deswegen kommt es zu einer gewissen Verdrängung der bisherigen (Geld-)Vermögensbildung durch private Altersvorsorge. Das Ausmaß ist ex ante unbekannt.

Höhere Wohneigentumsquote verbessert die Altersvorsorge und erhöht die Ungleichheit. Das **selbst genutzte Wohneigentum** ist die größte Investition im Leben der privaten Haushalte. Am Vorabend des Ruhestandes beläuft sich der Wert der dann i.d.R. weitgehend schuldenfreien Immobilie auf ein Vielfaches im Vergleich zum Geldvermögen von Mieterhaushalten oder Wohneigentümern derselben Einkommensklasse. Seit Jahren steigt der Anteil Rentnerhaushalte mit Wohneigentum an, weil die (Nachkriegs-)Generation der Mieterhaushalte ausstirbt und junge Rentner nachrücken, die im Wirtschaftswachstum der 60er und 70er Jahre weit häufiger Wohneigentum erwerben konnten als ihre Vorgängergenerationen. Die Rentnerhaushalte sind damit auf dem Weg zu einer Zweidrittelgesellschaft, in der rund ein Drittel der älteren Haushalte mit vergleichsweise geringer Vermögensabsicherung zur Miete wohnt, während rund zwei Drittel mietfrei wohnen und gemessen am Einkommen weit höhere Vermögen angesammelt haben.

Einschränkung der Projektionen

Die vorliegende Studie zeigt Größenordnungen auf und ist nicht als Punktschätzung zu verstehen.

Eine Prognose der Vermögen und Vermögenseinnahmen künftiger Rentnergenerationen muss sich auf Aspekte der Höhe, der Struktur und der Verteilung von Vermögen beziehen. Dazu ist eine Vielzahl von Annahmen über das Anlageverhalten und über den Zusammenhang mit der Einkommensentwicklung erforderlich. Mit der Anzahl potentieller Stellschrauben steigt jedoch auch die Komplexität des Modells. Minimale Änderungen der Parameter können somit zu erheblichen Abweichungen im Prognoseergebnis führen. Deswegen ist es allenfalls sinnvoll, plausible Bandbreiten zu ermitteln, nicht aber exakte Punktschätzungen darzustellen.

Mögliche Entwicklungen werden in verschiedenen Szenarien dargestellt. Analog zur Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes sollen deswegen in der geplanten Analyse keine „amtlichen Prognosen“, sondern verschiedene „Vorausberechnungen“ oder „Projektionen“ für plausible Varianten der Vermögensentwicklung ermittelt werden. Eine Projektion ist eine bedingte Prognose, gegeben ein Szenario, das durch ein Bündel von Rahmenbedingungen und Verhaltensannahmen beschrieben wird. Bei der Bevölkerungsvorausberechnung sind dies die drei Parameter Nettozuwanderung, Lebenserwartung und Geburtenhäufigkeit. Bereits bei nur zwei unterschiedlichen Annahmen über die jeweiligen Parameter werden damit bereits acht Szenarien beschrieben. Bei der Vermögensprojektion ergibt sich eine ungleich höhere Anzahl Parameter. Entsprechend vielfältiger ist die Zahl der Szenarien und entsprechend größer der Fächer an Projektionen der künftigen Höhe, Struktur und Verteilung von Vermögen.

Konzentration auf Schlüsselszenarien für Einkommen und private Altersvorsorge. Zur Wahrung einer übersichtlichen Ergebnisdarstellung sollen in der geplanten Studie deswegen vornehmlich zwei Annahmebündel Verwendung finden. Variiert werden dabei Parameter der geförderten privaten Altersvorsorge und der Einkommensentwicklung. Denn Höhe und Struktur der Einkommen sowie Art und Umfang der Beteiligung an der geförderten privaten Altersvorsorge stellen den zentralen Schlüssel für künftige Ungleichheiten in der Vermögensbildung und folglich in den Vermögenseinnahmen dar. Das gilt nicht zuletzt auch deswegen, weil man davon ausgehen kann, dass die ohnehin Vermögensärmeren (Langzeitarbeitslose und Geringverdiener) auch seltener privat vorsorgen werden.⁵

Projektionen sind immer nur cet.-par.-Prognosen, insbesondere eine Angleichung der Verhältnisse in Ost- und Westdeutschland wird nur für relative Größenordnungen unterstellt. Die nachfolgenden Projektionen stellen immer nur Modellrechnungen unter bestimmten Annahmen dar. Sie können nicht alle möglichen Effekte berücksichtigen, sondern veranschaulichen jeweils nur Partialeffekte einzelner Einflussgrößen. Diese Einschränkung ist besonders bei Ost-West-Vergleichen zu beachten. Denn hier spielen neben den oben dargestellten Metatrends auch das (unbekannte) Ausmaß der künftigen Ost-West-Annäherung in den Einkommen, der Vermögensbildung und der Wohneigentumsquote eine bedeutende Rolle. Diese Problematik wird nicht in allen Aspekten berücksichtigt. So liegen den Modellrechnungen zwar explizite Prognosen für die Wohneigentumsquoten in Ost- und Westdeutschland zugrunde (Ost-West-Angleichung der alters- und haushaltsgrößenspezifischen Wohneigentumsquoten), die Immobilienwerte dagegen werden nur pauschaliert fortgeschrieben. Darüber hinaus unterstellen wir zwar bis 2015 eine Ost-West-Angleichung der relativen Geldvermögen

⁵ Nicht zuletzt wegen der Grundsicherung im Alter droht diesem Personenkreis eine Art Sparfalle: größere Alterssicherungsvermögen werden nicht aufgebaut, wenn die Haushalte sich dauerhaft in einer schwachen Einkommensposition sehen und deswegen gerade so viel Ersparnisse bilden könnten, dass ihnen wegen der Anrechnungen vorhandener Vermögen die Gewährung von ALG II oder Grundsicherung im Alter verwehrt bliebe.

(Relation Geldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen), die Haushaltsnettoeinkommen dagegen werden wiederum nur pauschaliert fortgeschrieben. Eine Ost-West-Angleichung wird also nur für relative Größenordnungen, aber nicht für die absoluten Einkommen oder Immobilienwerte unterstellt.

Ineffiziente und kostenträchtige Arbeitsweise durch Fernrechnen

Fehlender Zugriff auf Mikrodaten erschwert die Berichtserstellung. Seit den frühen 90er Jahren erstellt empirica empirische Analysen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS). Als eine von wenigen Institutionen in Deutschland konnten in dieser Zeit umfangreiche Berechnungen bereits auf Basis der EVSen aus den 70er und 80er Jahren durchgeführt werden. Infolge veränderter Zuteilungsregeln ist empirica jedoch seit kurzem vom Bezug der Mikrodaten ausgeschlossen. Das hat weitreichende Folgen. Berechnungen mit den Mikrodaten der EVS kann empirica jetzt nur noch im Rahmen „kontrollierter Datenfernverarbeitung“ – dem so genannten Fernrechnen – durch das Statistische Bundesamt erstellen lassen.

Kreative, empirische Analysen sind nicht sinnvoll durch Fernrechnen zu bewerkstelligen. Das Fernrechnen erschwert das Arbeiten mit den Mikrodaten erheblich. Denn typischerweise eröffnen sich erst im Laufe der Analysen Datenprobleme und ergeben sich aufgrund von Zwischenergebnissen weitere Fragestellungen. Diese Unwägbarkeiten machen vielfach wiederholte Überarbeitungen von Definitionen und ein schrittweises Vorgehen bei der Datenauswertung erforderlich. Durch das Fernrechnen dauert es aber jeweils Tage (anstelle von Sekunden), bis die nächsten Zwischenergebnisse vorliegen. Darüber hinaus ist die resultierende Arbeitsweise ausgesprochen ineffizient und kostenträchtig. Speziell in der vorliegenden Studie konnten zudem notwendige Korrekturen der ausstehenden Baukredite nicht vorgenommen werden, weil die von Westerheide (2007) korrigierten Werte nicht an empirica weitergegeben werden durften.⁶ Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass kreative, empirische Analysen nicht sinnvoll durch Fernrechnen bewerkstellt werden können. Das gilt auch dann, wenn – wie im vorliegenden Fall – die Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes sehr hilfsbereit sind und sich um eine zügige Bearbeitung bemühen.

⁶ Die Höhe der Restschulden an Baukrediten wurde in der EVS 2003 nicht isoliert erfragt, sondern nur zusammen mit den noch ausstehenden Zinszahlungen. Unklar ist, inwieweit die Haushalte tatsächlich Angaben nur zur Restschuld oder zur Summe aus Restschuld und Zinsen gemacht haben. Westerheide (2007) hat versucht, diesen Fehler zu bereinigen.

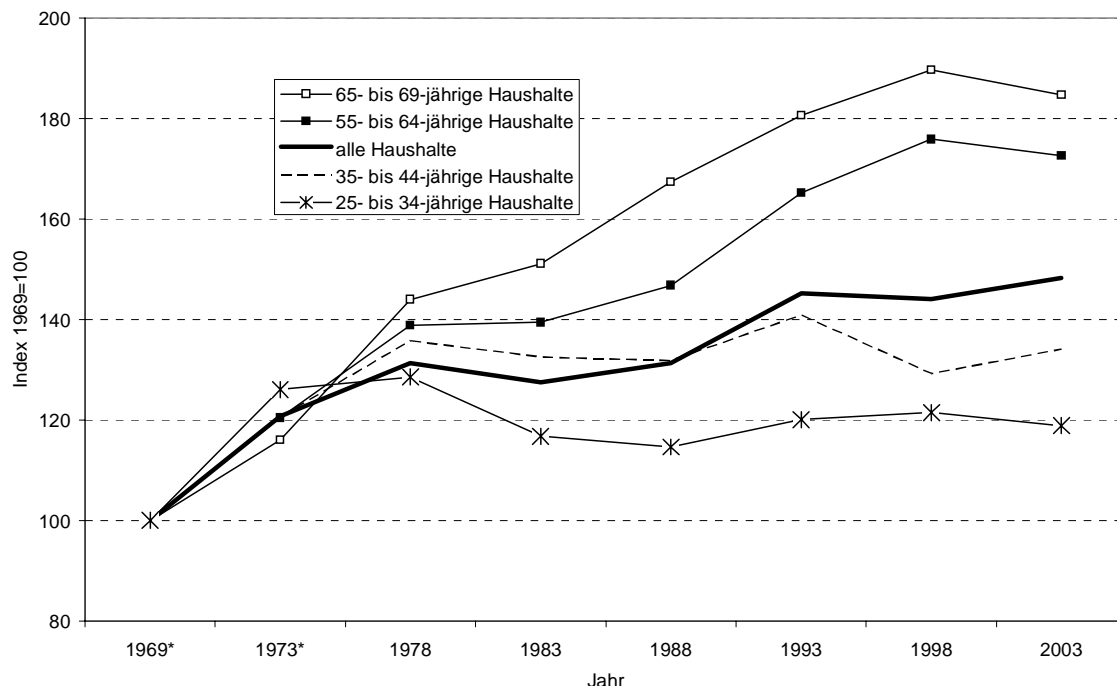
2. Haushaltsnettoeinkommen

2.1 Bisherige Entwicklung

Einkommensentwicklungen unterschiedlicher Altersklassen driften auseinander. Höhe und Struktur der Haushaltseinkommen sind zentrale Bestimmungsfaktoren für die Vermögensbildung. Deswegen betrachten wir zunächst die Entwicklung der Einkommensstrukturen über die letzten Jahrzehnte. Seit Jahren verlaufen die Haushaltsnettoeinkommen einzelner Altersklassen in ganz unterschiedlichen Bahnen. Insbesondere profitieren jüngere Haushalte immer weniger von der allgemeinen Einkommensentwicklung: sind die Haushaltsnettoeinkommen der 25- bis 34-Jährigen zu Beginn der 70er Jahre noch überproportional angestiegen, so entfernen sich deren Zuwächse seit Ende der 70er Jahre immer mehr von der allgemeinen Entwicklung (vgl. Abbildung 7). Demgegenüber entwickeln sich die Nettoeinkommen der Haushalte mittleren Alters (35 bis 44 Jahre) in etwa mit dem Trend, während ältere Haushalte überproportionale Zuwächse verzeichnen können.

Abbildung 7: Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen 1969 bis 2003 (Index 1969=100)

Auswahl: früheres Bundesgebiet



*Kategorie „65- bis 69-Jährige“ umfasst in den Jahren 1969 und 1973 auch die über 69-Jährigen.

Definition: Einkommen inkl. Mietwert selbst genutzter Wohnungen, jeweils in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung) und indiziert auf 1969=100.

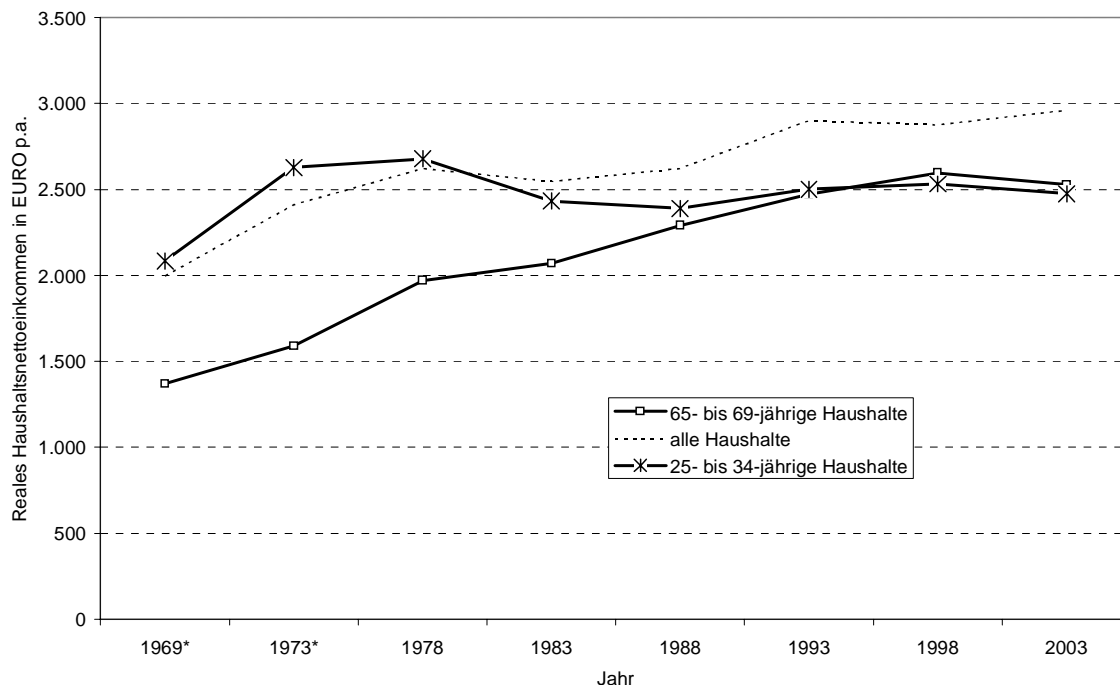
Quelle: Braun et al. (2001) „Vermögensbildung in Deutschland“ und eigene Berechnungen EVS 2003

empirica

Die Einkommen älterer Haushalte entwickeln sich seit langem günstiger als bei jüngeren. Im Ergebnis sind in den drei Jahrzehnten bis 1998 die Nettoeinkommen der Haushalte mit jeweils 25- bis 34-jähriger Bezugsperson real nur um 20% gestiegen, während die der 55- bis 64-Jährigen real 75% und die der über 65-Jährigen real fast 80% zulegten. So konnten die 25- bis 34-jährigen Haushalte im Jahr 1969 mit real rund 2.100 Euro/Monat noch über ein 50% höheres Nettoeinkommen verfügen als die damaligen „jungen“ Ruheständler (65- bis 69-jährige Haushalte; vgl. Abbildung 8). Bis 2003 haben sich die verfügbaren Nettoeinkommen dieser Altersgruppen jedoch bei rund 2.500 Euro/Monat einander angeglichen.

Abbildung 8: Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen 1969-2003 (abs. Werte)

Auswahl: früheres Bundesgebiet



*Kategorie „65-bis 69-Jährige“ umfasst in den Jahren 1969 und 1973 auch die über 69-Jährigen.

Definition: Einkommen inkl. Mietwert selbst genutzter Wohnungen, jeweils in Preisen von 2003 (inflationiert mit dem Preisindex für Lebenshaltung).

Quelle: Braun et al. (2001) „Vermögensbildung in Deutschland“ und eigene Berechnungen EVS 2003

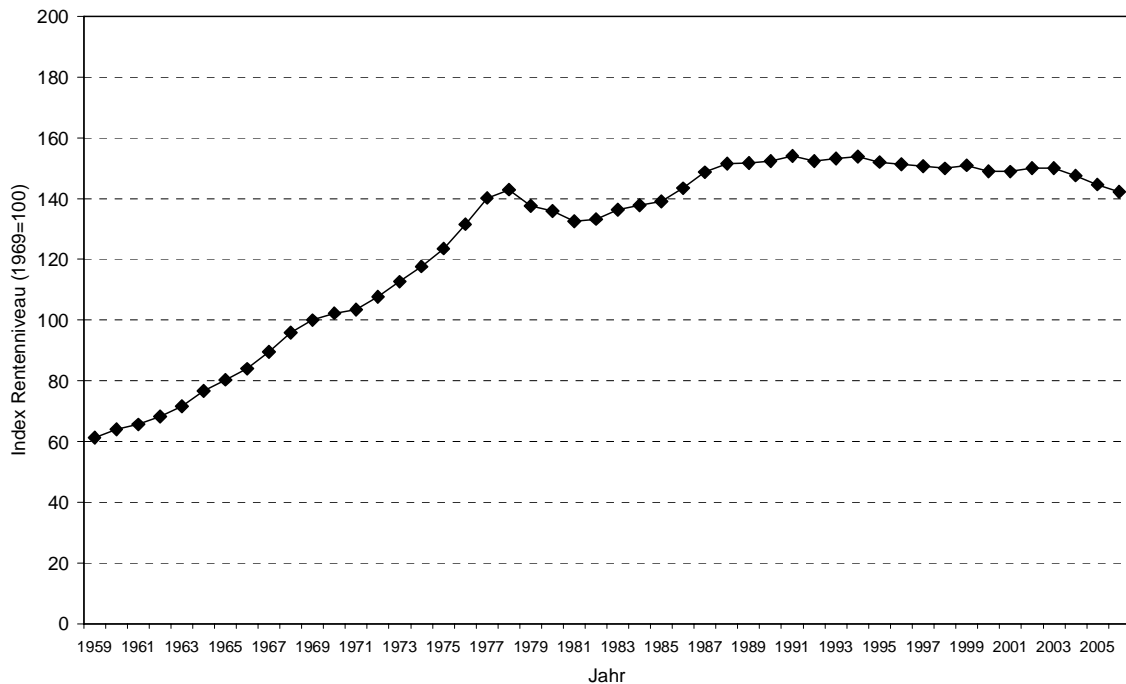
empirica

Ältere Haushalte profitieren von steigenden Rentenwerten, zunehmender Erwerbsbeteiligung von Frauen und höheren Vermögenseinnahmen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielschichtig. Die überdurchschnittlichen Einkommenssteigerungen der älteren Haushalte lassen sich vor allem auf die gestiegenen Renten- und Pensionsansprüche zurückführen. Dies ist eine Folge des Wirtschaftswachstums und großzügiger Rentenanpassungen in den 60er und 70er Jahren (vgl. Abbildung 9); daneben spielt aber auch ein wachsender Anteil von Haushalten mit mehreren Renten-

oder Pensionsansprüchen eine Rolle (z.B. höhere/eigene Ansprüche der Ehefrau oder Betriebsrenten). Hinter den steigenden Einkommen verbergen sich aber auch höhere Vermögensbestände als bei gleichaltrigen Vorgängern in früheren Jahren, so dass zum Teil auf höhere Vermögenseinnahmen zurückgegriffen werden kann.

Abbildung 9: Entwicklung des realen Rentenniveaus 1960-2006

Auswahl: Früheres Bundesgebiet



Definition: indexierte Entwicklung des realen Rentenwertes (Rentenwert Ende 2006: 26,13 Euro)

Quelle: BMA, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

empirica

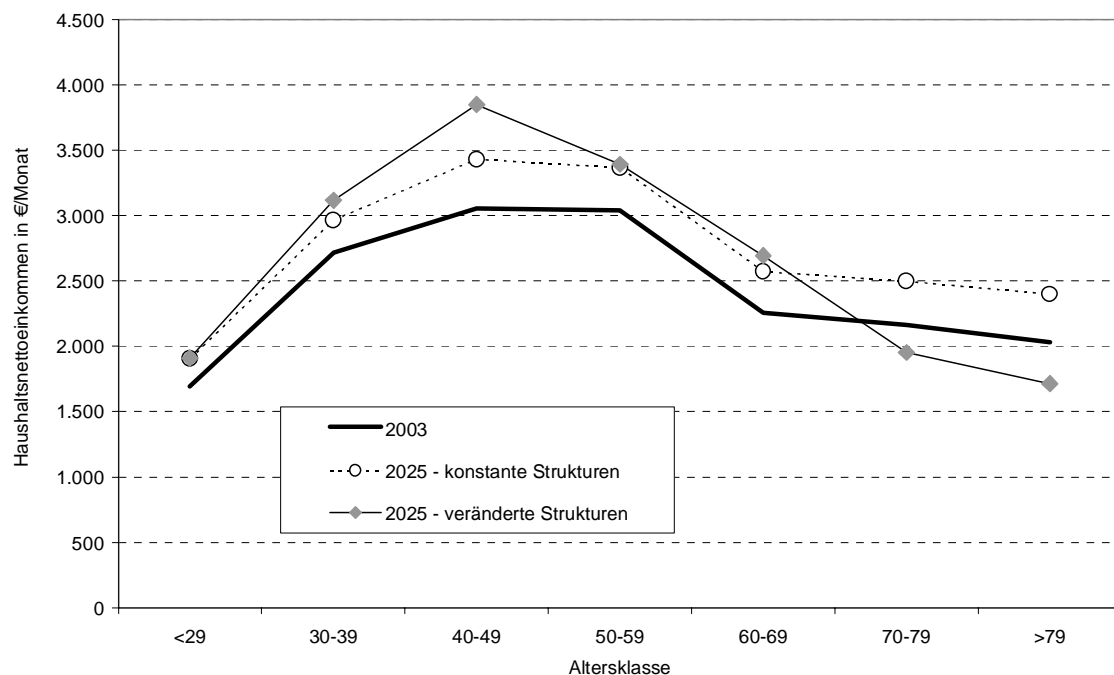
Jüngere Haushalte leiden unter langer Ausbildung, später Familiengründung und Marktfolgen der Baby-Boomer. Die unterdurchschnittliche Einkommensentwicklung der jungen Haushalte kann teilweise mit Struktureffekten erklärt werden: junge Haushalte bleiben heute länger in der Ausbildung. Zusammen mit einem höheren Heiratsalter steigt der Anteil Einpersonenhaushalte mit nur einem Einkommensbezieher. Die spätere Heirat und Familienbildung macht sich aber auch in einer höheren Steuerlast und mithin in vergleichsweise geringen Nettoeinkommen bemerkbar. Insgesamt leidet die junge, erwerbstätige Bevölkerung überproportional unter der steigenden Steuer- und Abgabenlast. Daneben spielen zusätzlich auch die Marktfolgen der geburtenstarken Baby-Boomer-Jahrgänge und die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen eine Rolle. Es ist plausibel, anzunehmen, dass sich die geburtenstarken Jahrgänge gegenseitig im Einkommen nach unten konkurriert haben.

2.2 Künftige Entwicklung

Mögliche Trendwende bei Einkommen durch Pillenknick und Reform der Sozialversicherungen. Das Nachrücken der Pillenknickgeneration und die damit zusammenhängende Alterung unserer Gesellschaft könnte für die Einkommensentwicklung junger Haushalte in den nächsten Jahren eine Trendwende herbeiführen. Ohne eine umfassende Renten- und Gesundheitsreform, die eine intergenerationale Lastengerechtigkeit herstellt, drohen die Steuern und Abgaben aber weiter anzusteigen und die bisherigen Einkommensrends zu bestärken. Entsprechend hängt die Entwicklung der Einkommen junger Ruheständler in den nächsten Jahren von den Reformen der Sozialen Sicherungssysteme ab. Steigende Krankenversicherungsbeiträge und fallende – weil nicht mehr finanzierbare – Rentenansprüche werden die Alterseinkommen schmälern. Nur wenn rechtzeitig eine umfassende private Altersvorsorge aufgebaut wird, könnten dann die Folgen für die Einkommensentwicklung der Baby-Boomer, die in den kommenden Jahrzehnten in den Ruhestand wechseln, noch kompensiert werden.

Abbildung 10: Mittelwert der realen Haushaltsnettoeinkommen im Altersquerschnitt 2003 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: Einkommen ohne Mietwert selbst genutzter Wohnungen, alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a.

Szenario „konstante Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen wie 2003.

Szenario „veränderte Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen verändern sich zugunsten der Jüngeren und zulasten der Älteren.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Mögliche Trendwende wird durch zwei Szenarien berücksichtigt. Wir betrachten im Folgenden zwei verschiedene Entwicklungen der relativen Einkommenspositionen⁷ einzelner Altersklassen (vgl. Abbildung 11).⁸ Im Szenario „konstante Strukturen“ werden der Status quo festgeschrieben und lediglich pauschale, inflationsbereinigte Einkommenssteigerungen von 0,5% jährlich unterstellt. Im Szenario „veränderte Strukturen“ wird angenommen, dass sich die relativen Einkommenspositionen der Altersklassen zugunsten der Jüngeren, vor allem der 35- bis 54-Jährigen, und zulasten der Älteren, vor allem der über 70-Jährigen, entwickeln.⁹ Darüber hinaus steigen auch hier die mittleren Einkommen um 0,5% jährlich. Angesichts von Steigerungen der Haushaltsnettoeinkommen um 0,1% p.a. in den Jahren 1998 bis 2003 und 0,2% p.a. in den Jahren 1993 bis 1998 (1,5% im Osten und -0,4% im Westen) sind die pauschalen Steigerungen optimistisch zu bewerten und markieren daher eher eine obere Grenze.

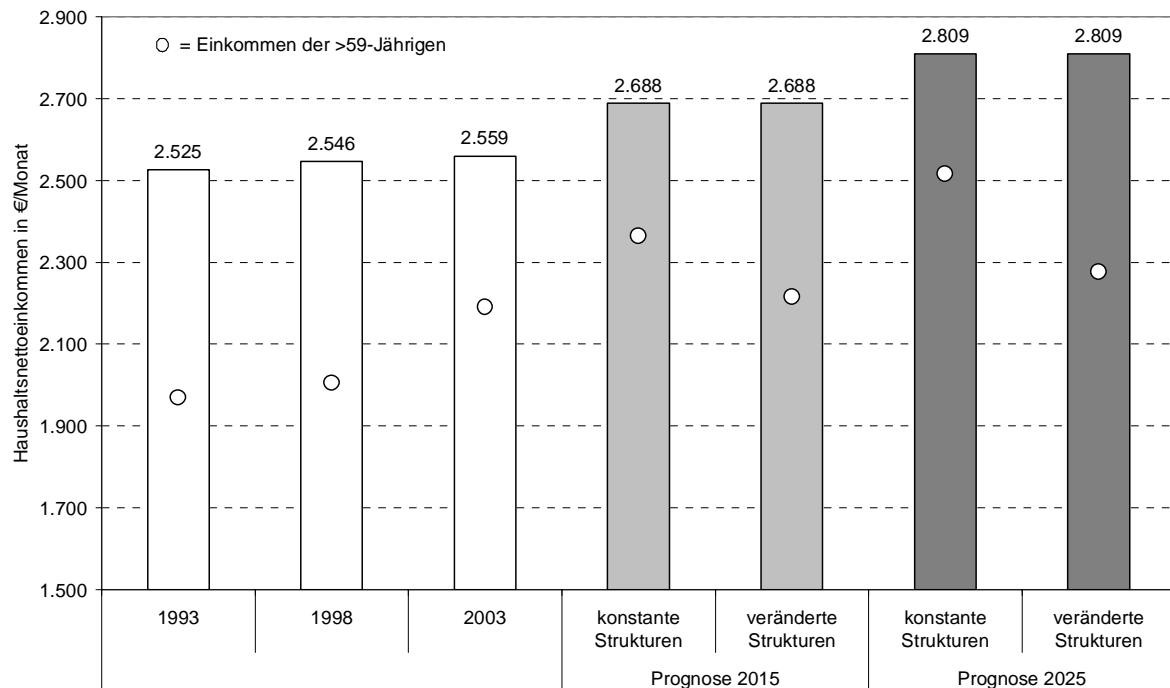
⁷ Die relative Einkommensposition ist die Relation der mittleren Haushaltsnettoeinkommen der jeweiligen Altersklasse zum arithmetischen Mittelwert aller Haushalte.

⁸ Weil die Wohneigentumsquote und die Einnahmen aus Immobilien später explizit prognostiziert werden, betrachten wir an dieser Stelle und im Folgenden nicht mehr (wie in Abbildung 7 und Abbildung 8) die Haushaltsnettoeinkommen inkl. Mietwert selbst genutzter Wohnungen, sondern nur noch die Haushaltsnettoeinkommen ohne Mietwert.

⁹ Effekte eines höheren Renteneintrittsalters auf das Einkommen werden nicht (explizit) modelliert.

Abbildung 11: Mittelwert der realen Haushaltsnettoeinkommen (alle Altersklassen)

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: Einkommen ohne Mietwert selbst genutzter Wohnungen, alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a.

Szenario „konstante Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen wie 2003.

Szenario „veränderte Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen verändern sich zugunsten der Jüngeren und zulasten der Älteren.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Insgesamt wird damit ein Anstieg der mittleren Haushaltsnettoeinkommen von monatlich 2.559 Euro im Jahr 2003 auf monatlich 2.688 Euro bis zum Jahr 2015 und auf monatlich 2.809 Euro bis zum Jahr 2025 prognostiziert (vgl. Abbildung 11). Die Mittelwerte über alle Altersklassen sind bei beiden Prognosevarianten per Annahme identisch, lediglich die Mittelwerte in einzelnen Altersklassen variieren (vgl. Abbildung 10 sowie weiße Kreise in Abbildung 11).

3. Geldvermögen (ohne gefördertes Altersvorsorgevermögen)

3.1 Bisherige Entwicklung

Die Höhe des Geldvermögens steigt mit dem Alter der Bezugsperson und dem Haushaltsnettoeinkommen. Die Höhe des Geldvermögens ist – neben einer Vielzahl weiterer Einflüsse – insbesondere abhängig vom Haushaltseinkommen und dem Alter der Bezugsperson im Haushalt.

Unterstellt man z.B., dass Geldvermögen vor allem als Puffer zur Absicherung größerer Ausgaben gebildet werden,¹⁰ dann müssen die Geldvermögen und Einkommen positiv korrelieren, wenn langlebige Konsumgüter superiore Güter sind, also die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern mit steigendem Einkommen zunimmt.¹¹ Daneben gibt es viele Gründe, warum Geldvermögen mit zunehmendem Alter der Haushaltsbezugsperson i.d.R. ansteigen. Dazu gehören *habit formation*¹², Erbschaftsmotive, Vorsorgemotive etc. (vgl. Braun, 2000). Tatsächlich ist die Relation von Geldvermögen und Haushaltsnettoeinkommen – kontrolliert um das Alter der Haushaltsbezugsperson – seit Jahren sehr stabil (vgl. Abbildung 12).

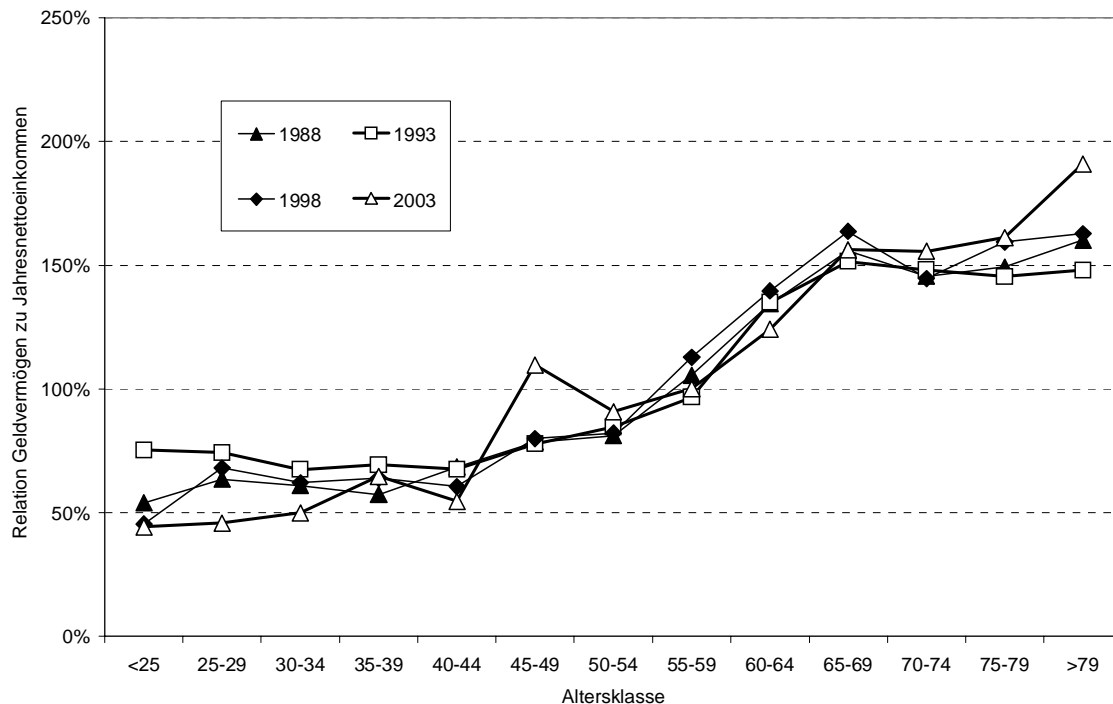
¹⁰ D.h., es dient als Eigenkapital für den Erwerb teurer, mehr als ein Monateinkommen verschlingender, langlebiger Konsumgüter (z.B. Autos, Wohnungseinrichtung). Als „größere Ausgabe“ kann auch die (komplette) Finanzierung des Ruhestandes interpretiert werden.

¹¹ Auch unter makroökonomischen Gesichtspunkten ist es plausibel, dass Einkommen und Vermögen in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen: die Summe aller nationalen Einkommen ist nichts anderes als die laufende Rendite des Kapitals (= Summe aller Vermögen einer Volkswirtschaft) und der Wert des Kapitals ist nichts anderes als der Barwert aller heutigen und künftigen Renditen des Kapitals. Die Relation von Kapital und Kapitalrendite (und damit näherungsweise die Relation von Geldvermögen und Einkommen) ist demnach nichts anderes als der Barwertfaktor. Dieser wiederum ist nur vom langfristigen Zinssatz abhängig und damit im Prinzip eine Konstante.

¹² Haushalte werden „süchtig“ und sparen im Zeitablauf für höherwertigere langlebige Konsumgüter an.

Abbildung 12: Relative Geldvermögen im Altersquerschnitt der Jahre 1988, 1993, 1998 und 2003

Auswahl: früheres Bundesgebiet



Definition: Relation der Nettogeldvermögen zum Haushaltsnettoeinkommen (hier: Vermögen ohne Lebensversicherungen und Einkommen inkl. Mietwert der selbst genutzten Wohnung, weil für die Jahre vor 1993 keine isolierten Angaben zum Mietwert vorliegen)

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

3.2 Künftige Entwicklung

Zwei Szenarien für die künftige Entwicklung der Relationen von Geldvermögen und Einkommen.

Macht man sich die Eigenschaft der stabilen Relation von Geldvermögen und Haushaltsnettoeinkommen zunutze, dann kann man die Mittelwerte der künftigen Geldvermögen einer Altersklasse prognostizieren, wenn man über eine Prognose der künftigen mittleren Haushaltsnettoeinkommen einer Altersklasse verfügt.¹³ Für die Prognose der Geldvermögen benutzen wir zwei verschiedene Methoden: eine einfache Fortschreibung der bekannten, konstanten Strukturen und ein komplexes Kohortenmodell. Das

¹³ Eine Berechnung der Vermögen auf Basis der laufenden Ersparnis der Haushalte halten wir nicht für sinnvoll. Denn im Unterschied zur Bestandsgröße „Vermögen“ unterliegt die Flussgröße „lfd. Ersparnis“ erheblichen Schwankungen. Diese entstehen durch konjunkturelle Einflüsse, aber auch durch unregelmäßige Vermögensauflösungen zum Erwerb langlebiger Konsumgüter (Wohneigentum, Pkw, Möbel etc.; vgl. Braun 2000).

komplexe Verfahren basiert auf einer empirica-Alterskohortenprognose (vgl. Kapitel III.2 im Anhang).¹⁴ Dieses berücksichtigt im Unterschied zur einfachen Fortschreibung im Zeitablauf steigende Relationen von Geldvermögen und Einkommen und damit die Entwicklung hin zu einer „reifen“ Volkswirtschaft (vgl. Kapitel III.3). Darüber hinaus werden Veränderungen in der Zusammensetzung des Geldvermögens modelliert. Dies ist für die Prognose der (Höhe der) Vermögenseinnahmen von Interesse. Im Rahmen der Projektionen werden folgende Vermögensarten berücksichtigt:

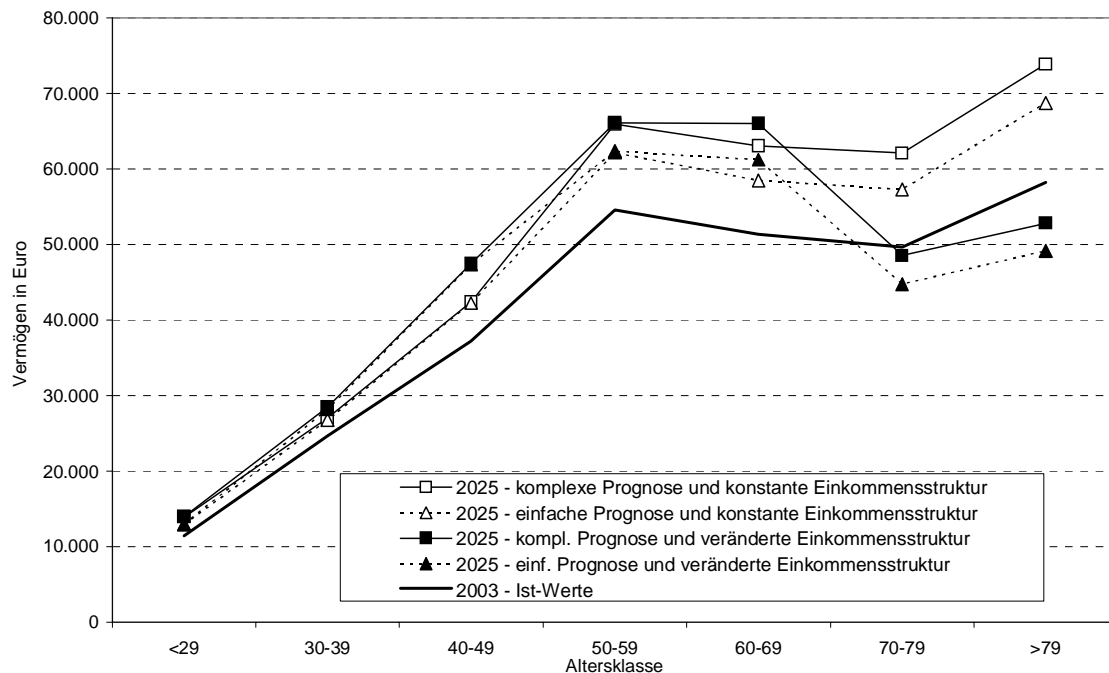
- Bausparguthaben,
- Sparbuchguthaben,
- Aktien,
- Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen (Sparbriefe, Termingeld, Festgeld),
- Festverzinsliche Wertpapiere/Rentenwerte,
- Investmentzertifikate/Aktienfonds, Sonstige Wertpapiere/Vermögensbeteiligungen,
- An Privatpersonen verliehenes Geld,
- Rückkaufswert Lebensversicherungen,
- Restschulden Konsumentenkredite.

Prognostiziert wird demnach das Nettogeldvermögen, also die Summe aller Geldvermögensanlagen abzgl. ausstehender Restschulden für Konsumentenkredite. Baukredite bleiben an dieser Stelle unberücksichtigt, diese finden im Rahmen der Prognose des Immobilienvermögens Eingang.

¹⁴ Beide Prognoseverfahren stellen allein auf das Alter der Bezugsperson ab. Insbesondere Haushaltstypen oder das Einkommen fließen nicht (explizit) in das Prognosemodell ein. Damit sind aber auch nur Ergebnisdarstellungen für verschiedenen Altersklassen sinnvoll, nicht aber Auswertungen der Prognosen nach Haushaltstypen oder Einkommensklassen. Unterschiedliche Vermögensbestände – je nach Haushaltstyp oder Einkommenshöhe – werden in der Prognose „weggemittelt“. Aus diesem Grunde ist es auch nicht sinnvoll, Streuungen und Verteilungen der prognostizierten Vermögen darzustellen.

Abbildung 13: Mittelwert der Nettogeldvermögen im Altersquerschnitt 2003 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a.

Szenario „konstante Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen wie 2003.

Szenario „veränderte Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen verändern sich zugunsten der Jüngeren und zulasten der Älteren.

Szenario „einfache Prognose“: konstante Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen wie 2003.

Szenario „komplexe Prognose“: veränderte Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

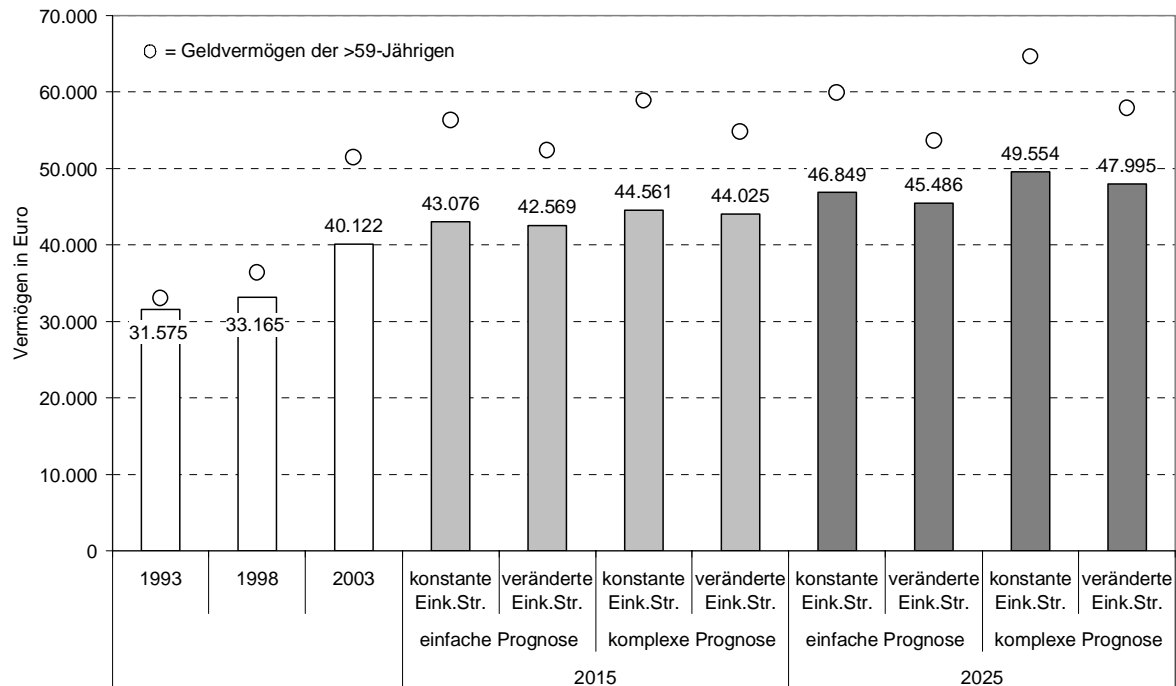
Steigende Geldvermögen bei jungen Haushalten, ambivalente Trends bei über 70-Jährigen.

Kombiniert man die beiden Szenarien für die Einkommensentwicklung aus Kapitel II.2 (konstante und veränderte Einkommensstrukturen) mit den beiden Methoden der Geldvermögensprognose (einfache Fortschreibung und komplexes Kohortenmodell), dann ergeben sich insgesamt für jeden Zeitpunkt vier verschiedene Prognosen für die Höhe des Nettogeldvermögens (vgl. Abbildung 13 für das Jahr 2025). Bei veränderten Einkommensstrukturen fallen die prognostizierten Geldvermögen der jüngeren Haushalte höher bzw. die der Rentnerhaushalte niedriger aus als bei konstanten Einkommensstrukturen. Zudem fallen die mit dem komplexen Kohortenmodell prognostizierten Geldvermögen bei den über 40-jährigen Haushalten höher aus als die Geldvermögen nach der einfachen Prognosemethode. Im Ergebnis werden im Szenario „komplexe Prognose“ die jungen, 60- bis 69-jährigen Rentnerhaushalte inflationsbereinigt künftig höhere Geldvermögen aufweisen als heute, während sich die Geldvermögensausstattung der über 70-Jährigen zumindest im Szenario „veränderte Einkommensstrukturen“ verschlechtern würde. Allerdings werden die bis zum Jahr 2025 60- bis 69-

jährigen Rentnerhaushalte als erste Generation über lange Zeiträume hinweg die geförderte Altersvorsorge in Anspruch genommen haben. Die daraus resultierenden Verdrängungseffekte für das Sparen in ungeforderten Geldvermögen sind in Abbildung 13 noch nicht berücksichtigt. Sie könnten den positiven Effekt (mehr als) ausgleichen.¹⁵

Abbildung 14: Mittelwert der Nettogeldvermögen (alle Altersklassen)

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a.

Szenario „konstante Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen wie 2003.

Szenario „veränderte Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen verändern sich zugunsten der Jüngeren und zulasten der Älteren.

Szenario „einfache Prognose“: konstante Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen wie 2003.

Szenario „komplexe Prognose“: veränderte Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

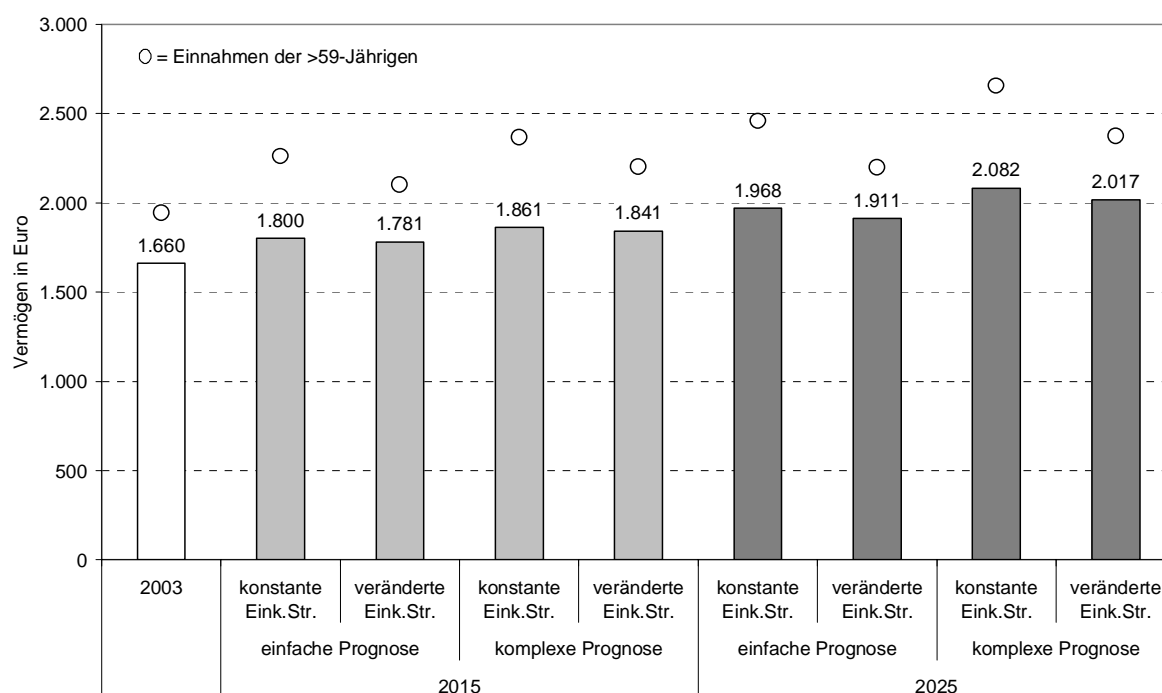
Anstieg der mittleren Nettogeldvermögen bis 2025 um knapp 1% jährlich. Im Mittel über alle Haushalte werden die Geldvermögen unter den getroffenen Annahmen in fast allen Szenarien stärker als die Einkommen zulegen (einzige Ausnahme: Jahr 2015 bei „veränderten Einkommensstrukturen“ und „einfacher Prognose“). Die Zuwächse fallen in den Szenarien mit „komplexer Prognose“ größer aus, weil hier infolge der expliziten Berücksichtigung bisheriger Trends in den einzelnen Geburtskohorten

¹⁵ Siehe dazu auch die Diskussion in Kapitel II.6.

Zuwächse moduliert wurden. Bei „veränderten Einkommensstrukturen fallen die Zuwächse geringer aus als bei „konstanten“, weil hier die Einkommen der älteren Haushalte und damit die Geldvermögen der Haushalte mit den höchsten mittleren Geldvermögen ungünstiger ausfallen. Insgesamt werden die mittleren Nettogeldvermögen bis zum Jahr 2015 um 0,5% bis 0,9% jährlich ansteigen (0,2% bis 1,1% bei den >59-Jährigen), in den darauf folgenden zehn Jahren um 0,7% bis 1,1% jährlich (0,2% bis 0,9% bei den >59-Jährigen). Im Vergleich dazu haben die mittleren Nettogeldvermögen zwischen 1993 und 1998 um 1% jährlich zugelegt (1,9% bei den >59-Jährigen), im Zeitraum 1998 bis 2003 sogar 3,9% (7,2% bei den >59-Jährigen). Allerdings spiegelt der geringere Zuwachs in den 90er Jahren eher eine realistische Größenordnung für den langfristigen Trend als der überdurchschnittliche Zuwachs um die Jahrhundertwende (vgl. langfristige Zuwächse im früheren Bundesgebiet in Abbildung 6).

Abbildung 15: Mittelwert der Einnahmen aus dem Geldvermögen (alle Altersklassen)

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a.

Szenario „konstante Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen wie 2003.

Szenario „veränderte Strukturen“: relative Einkommenspositionen der Altersklassen verändern sich zugunsten der Jüngeren und zulasten der Älteren.

Szenario „einfache Prognose“: konstante Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen wie 2003.

Szenario „komplexe Prognose“: veränderte Relation von Nettogeldvermögen zu Haushaltsnettoeinkommen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Die mittleren Einnahmen aus Geldvermögen werden im Jahr 2025 real gut 300 bis 400 Euro jährlich höher ausfallen als im Jahr 2003. Zur Prognose der künftigen Einnahmen aus Geldvermögen wird

angenommen, dass die mittleren Renditen des Prognosebasisjahres 2003 bis zum Jahr 2025 konstant bleiben (vgl. Kapitel III.1.4 im Anhang). Damit kann eine mittlere Verzinsung des künftigen Geldvermögens berechnet werden.¹⁶ Die jährlichen Vermögenseinnahmen ergeben sich dann als Produkt aus dieser Verzinsung und der Vermögenshöhe. De facto sind die Einnahmen aus Geldvermögen damit weitgehend linear zur Vermögenshöhe. Im günstigsten Szenario (konstante Einkommensstrukturen und komplexe Geldvermögensprognose) steigen die mittleren Einnahmen im Vergleich zum Jahr 2003 dann bis 2025 um rund 420 Euro jährlich (700 Euro bei den >59-Jährigen), im ungünstigsten Szenario (veränderte Einkommensstrukturen und einfache Geldvermögensprognose) um rund 250 Euro im Jahr (ebenfalls rd. 250 Euro bei den >59-Jährigen).

4. Geförderte Altersvorsorgevermögen

Sinkende Nettoersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherung erfordert private Vorsorge. Ökonomen und Demographen analysieren seit vielen Jahren die veränderten Rahmenbedingungen der Lebensökonomie privater Haushalte infolge der rückläufigen Geburtenraten und steigenden Lebenserwartung. Im Jahr 2001 fanden diese Analysen erstmalig ihren konkreten Niederschlag in der deutschen Sozialpolitik. Mit Einführung der geförderten Altersvorsorge fordert der deutsche Sozialstaat erstmalig von seinen Sozialversicherten eine zusätzliche private Altersvorsorge. Die gesetzliche Rente als lebensstandardsichernde Einkommensquelle im Alter hat damit ausgedient. Im Ergebnis sind jetzt alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Vermögensbildung langfristiger auszurichten. Von nun an steht nicht mehr (allein) das kurz- und mittelfristige Ansparen auf den sporadischen Erwerb langlebiger Konsumgüter im Vordergrund, sondern (vor allem) das langfristige Ansparen für den eigenen Ruhestand. Unsicher bleibt nur noch das Tempo der Veränderungen. Die Größenordnung und vor allem die Richtung der Veränderungen sind jedoch eindeutig. Die Nettoeinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden künftig erheblich geschmälert durch:

- ein relativ sinkendes Rentenniveau,
- steigendes gesetzliches Renteneintrittsalter und steigendes Mindestrentenalter bzw. als Kehrseite Abschläge für frühzeitigen Renteneintritt,
- steigende Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung und
- die nachgelagerte Besteuerung der Renten.

¹⁶ Im komplexen Kohortenmodell wird die Entwicklung einzelner Komponenten des Geldvermögens prognostiziert, damit lassen sich auch Veränderungen der mittleren Rendite infolge der veränderten Vermögensstrukturen berechnen.

Exakte Höhe der künftigen Nettoersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherung unbekannt. Das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung ist so konzipiert, dass jährlich die Einnahmen an die Ausgaben angepasst werden mit der Folge, dass ein bestimmter Beitragssatz stets auch einem bestimmten Rentenniveau entspricht. Welche Kombination aus Beitragssatz und Rentenniveau (ausgedrückt durch die Bruttoersatzquote des Eckrentners¹⁷) in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren gewählt wird, ist heute naturgemäß nicht eindeutig vorhersehbar, sondern das Ergebnis des politischen Prozesses der nächsten Jahrzehnte.

Erforderlicher Vorsorgebedarf liegt bei rund 4-6% vom Bruttoeinkommen. Die sich in Zukunft öffnende Einkommenslücke beim Renteneintritt müssen die heute jüngeren Geburtsjahrgänge/zukünftigen Rentner durch zusätzliche private Altersvorsorge ausgleichen. Deswegen empfiehlt die Sozialpolitik seit 2001 die private Altersvorsorge und fördert in der Zwischenzeit eine Reihe von privaten Altersvorsorgeinstrumenten (so genannte Riester-, Eichel- und Rüruprenten). Die zum Ausgleich des sinkenden Rentenniveaus notwendige Sparquote ist neben der (persönlichen) Bruttoersatzquote, der Höhe einer nachgelagerten Besteuerung und dem gesetzlichen Renteneintrittsalter von weiteren individuellen Merkmalen abhängig, zuvorderst natürlich von dem während der zukünftigen Rente gewünschten Nettoeinkommen. Nach Berechnungen von empirica ist eine Sparquote aus dem Bruttoeinkommen von 4-6% erforderlich (vgl. Pfeiffer, Simons et al., 2005).¹⁸

4.1 Potentielle Vorsorgevermögen

Zunächst unterstellen wir, dass alle abhängig Beschäftigten und Beamten im Rahmen der geförderten, privaten Altersvorsorge sparen. Somit dürften die im Folgenden prognostizierten Altersvorsorgevermögen (AV-Vermögen) den wahren Umfang der Altersvorsorge erheblich überschätzen. Die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme an der privaten, geförderten Altersvorsorge wird – getrennt für verschiedene Altersklassen und andere Charakteristika – anschließend anhand der empirischen Häufigkeit der aktuellen Teilnahme diskutiert. Dazu werden empirische Ergebnisse zur Teilnahme an der Riesterrente aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgewertet.

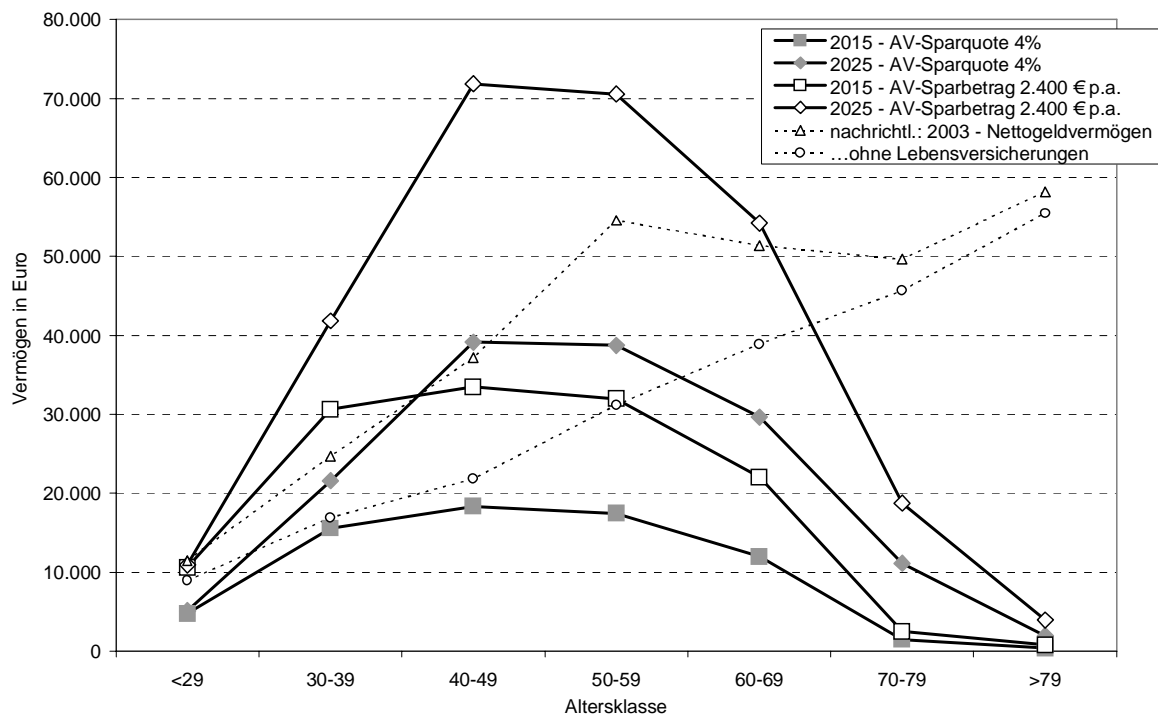
¹⁷ Der Eckrentner hat ein Erwerbseinkommen in Höhe des durchschnittlichen rentenversicherungspflichtigen Einkommens und sammelt während des Erwerbslebens genau 45 Rentenpunkte an. Weil das Erwerbseinkommen im Laufe des Berufslebens steigt, beziehen die meisten Erwerbstätigen kurz vor dem Ruhestand ein höheres Erwerbseinkommen als der Eckrentner. Dadurch ist deren persönliche Ersatzquote (Verhältnis von erster Rentenzahlung zu letztem Erwerbseinkommen) kleiner. Noch niedriger ist die Ersatzquote derjenigen Erwerbstätigen, die wegen langer Ausbildung oder wegen Arbeitslosigkeit weniger als 45 Beitragspunkte zusammentragen konnten.

¹⁸ Darin berücksichtigt ist neben einem sinkenden Rentenniveau auch ein weiterer Vorsorgebedarf, wenn die Eigenbeiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung erhöht werden.

Umfang der privaten Vorsorge wird durch zwei Szenarien umrissen. Im ersten Szenario zur Prognose des Umfangs der privaten Altersvorsorge unterstellen wir eine Sparquote von 4% aus dem Bruttoeinkommen. Diese Sparquote wird auch seit langem beim Riestersparen empfohlen. In Anlehnung an die maximal geförderten Sparbeträge bei der geförderten betrieblichen Altersvorsorge (dem so genannten Eichelsparen; dort können bis zu 4% der jeweils gültigen Bemessungsgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung nachgelagert besteuert angespart werden) unterstellen wir in einem alternativen Szenario eine monatliche Ersparnis von 200 Euro und damit 2.400 Euro jährlich.¹⁹ Der maximale Sparbetrag wird jeweils bei 10% des Haushaltsnettoeinkommens gedeckelt.

Abbildung 16: Mittelwert der AV-Vermögen im Altersquerschnitt 2015 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a., 100%ige Teilnahme beim AV-Sparen

Szenario „Sparquote 4%“: Sparbetrag für private Altersvorsorge = 4% vom Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung im Jahr 2003.

Szenario „Sparbetrag 2.400 Euro p.a.“: Sparbetrag für private Altersvorsorge = 2.400 Euro jährlich (max. 10% vom Nettoeinkommen).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

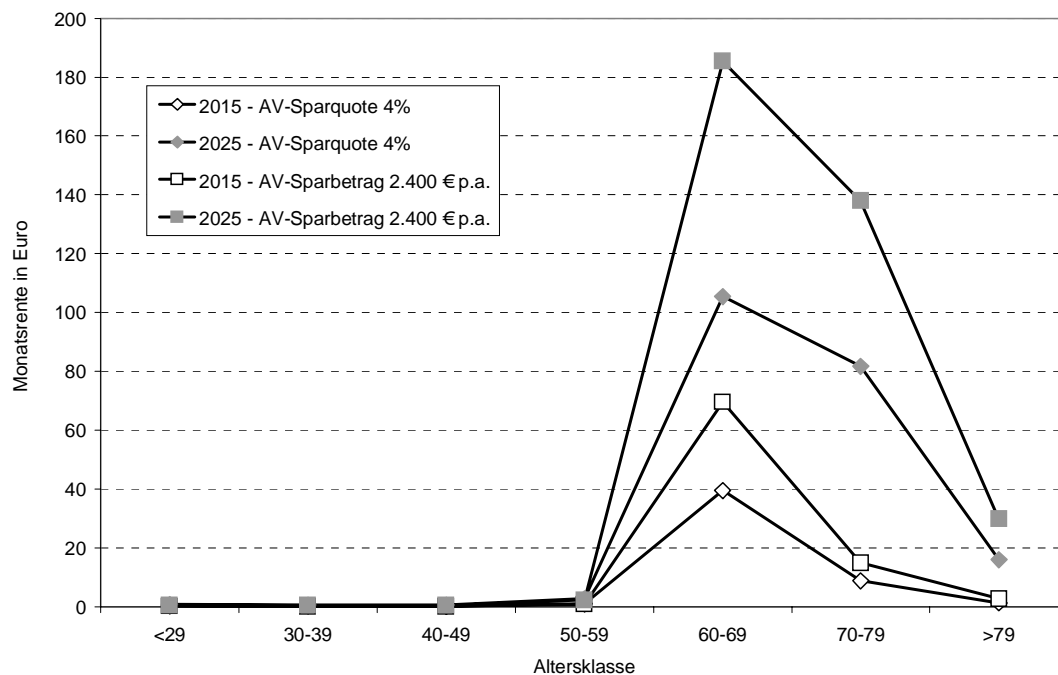
¹⁹ Im Jahr 2003, das als Basisjahr für die folgenden Prognosen dient, läge der exakte Betrag bei 2.448 Euro. Nach Umfragen von Allensbach lag der „monatliche Sparbetrag für die private Altersvorsorge“ im Jahr 2005 bei 204 Euro und im Jahr 2006 bei 198 Euro. Zur Vereinfachung wählen wir den glatten Betrag von 200 Euro.

Private Vorsorge bis zum Jahr 2025 immer noch im Aufbau, damit auch langfristig noch ansteigende Vorsorgevermögen bei nachrückenden Rentnergenerationen. Die mittleren AV-Vermögen beschreiben im Altersquerschnitt einen umgekehrt u-förmigen Verlauf. Diese Struktur hat zwei Ursachen: zum einen werden AV-Vermögen im Laufe des Erwerbslebens aufgebaut und mit Eintritt in den Ruhestand annahmegemäß Stück für Stück konsumiert. Dann müsste jedoch das Maximum der Kurven in Abbildung 16 bei den jungen Rentnern und damit bei den 60- bis 69-Jährigen liegen. Dem ist nicht so, weil zusätzlich ein Kohorteneffekt die Struktur beeinflusst: so haben die über 40-Jährigen des Jahres 2015 bzw. die über 50-Jährigen des Jahres 2025 nicht von Beginn ihres Erwerbslebens an AV-Vermögen angespart. Die AV-Förderung setzte erst mit dem Jahr 2001 ein, da waren z.B. die 45-Jährigen des Jahres 2015 bereits älter als 30 Jahre alt. Deswegen wird es noch sehr lange dauern, bis sämtliche Rentnergenerationen eine maximal mögliche private AV-Rente angespart haben können.

Ohne Verdrängungseffekte könnten sich bei 4%-AV-Sparquote die Geldvermögen mancher Altersklassen bis 2025 in etwa verdoppeln. Im Vergleich zu den mittleren Geldvermögen (ohne geförderte Vorsorgevermögen) des Jahres 2003 werden sich die potentiellen AV-Vermögen der im Jahr 2025 60- bis 69-jährigen (70- bis 79-jährigen) Haushalte bei einer 4%igen AV-Sparquote auf etwa 60% (20%) des derzeitigen Nettogeldvermögens 60- bis 69-jähriger (70- bis 79-jähriger) Haushalte belaufen. Diese Zuwächse sind bereits erheblich, obwohl die im Jahr 2025 über 60-Jährigen (noch) nicht über das gesamte Erwerbslebens hinweg AV-Vermögen ansparen konnten. Vergleiche von AV-Vermögen mit den sonstigen Geldvermögen bei Rentnerhaushalten sind auch deswegen problematisch, weil die AV-Vermögen per definitionem im Alter aufgebraucht werden, während die sonstigen Geldvermögen im Alter eher weiter ansteigen. Insofern sind die maßgeblichen Vergleiche zum Zeitpunkt des Ruhestandes zu beobachten. Allerdings haben bis zum Jahr 2025 nur die dann 40- bis 49-Jährigen über ihr gesamtes Erwerbsleben hinweg privat in AV-Vermögen angespart. Deswegen müssen zunächst diese jüngeren Haushalte für relevante Vergleiche herangezogen werden. Tatsächlich kommt es bei den 40- bis 49-jährigen Haushalten bei einer 4%igen AV-Sparquote bis zum Jahr 2025 cet. par. sogar zu einer Verdoppelung der Geldvermögen (inkl. Lebensversicherungen). Bei einer „normalen“ Wachstumsrate des sonstigen Geldvermögens von etwa 1% jährlich (vgl. Kapitel II.3) sind dies erhebliche Zuwächse, die sonst etwa 70 Jahre dauern würden ($1,01^{70}=100\%$). Diese Vergleiche gelten allerdings immer nur unter cet.-par.-Bedingungen. Tatsächlich werden die AV-Vermögen – soweit vorhanden – in Relation zu den sonstigen Nettogeldvermögen eher noch größer ausfallen, wenn es zu einer Verdrängung der bisherigen Geldvermögensbildung infolge des Sparens in geförderte Anlageprodukte kommt.

Abbildung 17: Mittelwert der privaten AV-Renten im Altersquerschnitt 2015 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: alle Angaben in Preisen von 2003 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung), reales Einkommenswachstum 0,5% p.a., 100%ige Teilnahme beim AV-Sparen

Szenario „Sparquote 4%“: Sparbetrag für private Altersvorsorge = 4% vom Bruttoeinkommen aus abhängiger Beschäftigung im Jahr 2003.

Szenario „Sparbetrag 2.400 Euro p.a.“: Sparbetrag für private Altersvorsorge = 2.400 Euro jährlich (max. 10% vom Nettoeinkommen).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Verglichen mit den Einnahmen aus Geldvermögen spielt die private AV-Rente noch lange Jahre eine untergeordnete Rolle. Die Vermögenseinnahmen aus AV-Vermögen ergeben sich anhand einer angenommenen Verzinsung von 3,5% zusammen mit einer Verrentung der Vermögen zum Renteneintritt (auf Dauer von 25 Jahren, entsprechend einer mittleren Restlebenserwartung) und abzüglich eines 10%igen Verwaltungs-/Risikoabschlags des Leistungsträgers. Je nach Sparszenario werden dann im Jahr 2025 die 60- bis 69-Jährigen eine monatliche private AV-Rente von brutto rund 105 Euro (Szenario „4% Sparquote“) bzw. 185 Euro (Szenario „2.400 Euro p.a.“) beziehen.²⁰ Bei älteren Haushalten liegen die privaten AV-Renten noch niedriger. Erst in späteren Jahren werden die privaten AV-Renten junger Rentner deutlich höher ausfallen, weil es erst dann Ruheständler gibt, die vom Beginn ihres Berufslebens an privat vorgesorgt haben. Verglichen mit den Einnahmen aus

²⁰ Einige Haushalte mit Bezugsperson von unter 62 Jahren (= definiertes Auszahlungsalter Riesterrente) beziehen bereits eine Riesterrente. Das ist möglich, wenn ein Lebensgefährte bereits älter als 62 Jahre ist.

Geldvermögen werden die privaten AV-Renten damit noch lange Jahre eine untergeordnete Rolle spielen (vgl. Tabelle 1 in Kapitel II.6.2).

Variationsrechnungen zum Zinssatz

Annahmen über die Höhe des Zinssatzes spielen bei Sparprozessen über eine Zeitspanne von mehreren Jahrzehnten eine erhebliche Rolle. In den vorliegenden Modellrechnungen wurde jeweils ein Zinssatz von 3,5% p.a. unterstellt. Die folgende Tabelle zeigt die relative Veränderungen von AV-Vermögen und AV-Renten bei abweichenden Zinssätzen.

Anspardauer	Zinssatz p.a.			Zinssatz p.a.		
	2,5%	3,5%	4,5%	2,5%	3,5%	4,5%
	Vermögenswert zum Renteneintritt			Rentenhöhe		
10 Jahre	-5%	Referenz	5%	-15%	Referenz	16%
20 Jahre	-10%	Referenz	11%	-19%	Referenz	23%
30 Jahre	-15%	Referenz	18%	-24%	Referenz	31%
40 Jahre	-20%	Referenz	27%	-29%	Referenz	41%

Demnach führen Zinsabweichungen von einem Prozentpunkt bei 10-jähriger Anspardauer zu Abweichungen im Vermögensbestand von 5%, bei 20-jähriger Anspardauer sind es bereits gut 10%. Noch stärker wirken Zinsabweichungen auf die potentiellen AV-Renten. Denn neben der Anspardauer spielt dann auch die Verzinsung in der Auszahlungsphase eine Rolle (Annahmegemäß 25 Jahre). Größere Auswirkungen als der Zinssatz haben jedoch die Teilnahmequote beim AV-Sparen und die Verdrängung anderer Sparformen durch das AV-Sparen. Deswegen und zur Begrenzung der Szenarien werden die Projektionen jeweils nur für einen Zinssatz von 3,5% p.a. durchgeführt.

4.2 Teilnahmequote beim privaten AV-Sparen

Im Jahr 2006 hat jede/r sechste 25- bis unter 60-Jährige einen Riestervertrag. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass bei weitem nicht alle Berechtigten die AV-Förderung in Anspruch nehmen. Die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) berichtet zum Stichtag 31.3.2006 vorläufig von 6,2 Mio. geförderten Riesterverträgen (4,2 Mio. Ende 2004),²¹ Auswertungen des SOEP (2006) ergeben eine Quote von 10% insgesamt bzw. 16% bei den 25- bis unter 60-Jährigen (6% insgesamt bzw. 9% bei den 25- bis unter 60-Jährigen im Jahr 2004) und damit hochgerechnet rund 6,9 Mio. Verträge. Allerdings darf man sich bei der privaten Altersvorsorge nicht allein auf Riesterverträge stützen. Als enges Substitut kommt auch die betriebliche Altersvorsorge in Betracht. Wenn viele Erwerbstätige mit

²¹ Vgl. Stolz und Rieckhoff (2006).

betrieblicher Altersvorsorge sich bereits ausreichend abgesichert fühlen, werden sie nicht zusätzlich eine private Riesterrente abschließen.²²

Ostdeutsche, Frauen und Familien sowie 25- bis 44-Jährige haben signifikant häufiger einen Riestervertrag abgeschlossen. Trotz der beschriebenen Einschränkungen können Auswertungen des SOEP (2006) Hinweise über die Strukturen der Riestersparer geben. So zeigen Regressionsschätzungen signifikant höhere Teilnahmequoten bei Ostdeutschen und bei Frauen (vgl. Tabelle in Kapitel III.1.5 im Anhang). Dagegen spielt das Haushaltsnettoeinkommen kaum eine signifikante Rolle, allenfalls Haushalte mit weniger als 1.000 Euro monatlichem Haushaltsnettoeinkommen sparen seltener in Riesterverträgen, aber nicht signifikant seltener.²³ Allerdings existieren erwartungsgemäß hoch signifikante Alterseffekte. So sparen die 25- bis 44-Jährigen cet. par. am häufigsten in Riesterverträgen. Diese Strukturen überraschen wenig. Denn unter 25-Jährige haben meist ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen bzw. zögern junge Erwerbstätige den Abschluss eines AV-Vertrages oft lange hinaus.²⁴ Auf der anderen Seite haben derzeit über 44-Jährige weniger Anreize privat vorzusorgen, weil ihre Rentenansprüche noch relativ höher sind und das verbleibende Berufsleben ohnehin vergleichsweise kurz, um größere AV-Vermögen anzusparen.

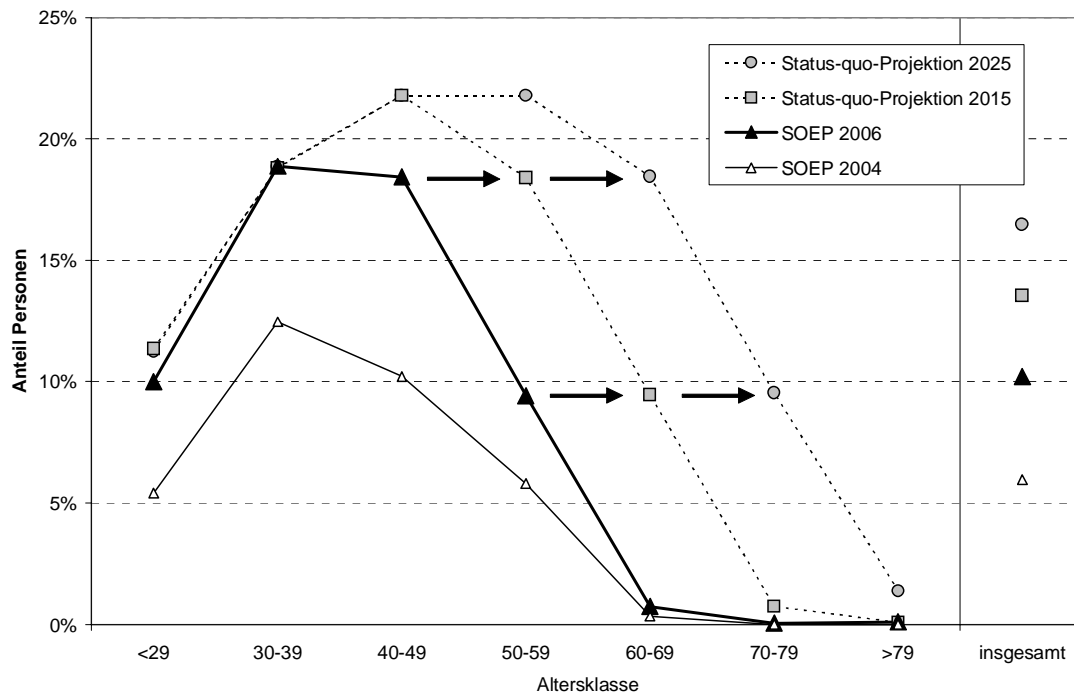
²² Börsch-Supan et al. (2006) stellen einen Anstieg der Verbreitung sowohl von Riesterrenten als auch von Betriebsrenten und nicht geförderten Vorsorgeverträgen fest (untersucht wurden jeweils nur Haushalte, die noch nicht im Ruhestand sind). Demnach besitzen im Jahr 2005 43% der betrachteten Haushalte mind. eines dieser AV-Instrumente, aber nur 16,6% haben einen Riestervertrag (21,9% Betriebsrente und 21,1% andere AV-Verträge). Damit spiegelt eine Analyse der Riestersparer also bei weitem nicht die Gesamtzahl der Haushalte, die geförderte Altersvorsorgeverträge besitzen.

²³ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Börsch-Supan et al. (2006). Demnach fand die geförderte Altersvorsorge zunächst eine hohe Verbreitung unter den Haushalten mit hohem Informationsstand über das künftig zu erwartende Rentenniveau. Bildungsferne und weniger informierte Schichten bleiben dagegen nicht außen vor, sondern werden „nur“ langsamer erreicht. Hilfreich sind dabei die zuletzt eingeführten Vereinfachungen im Fördersystem.

²⁴ Vgl. Pfeiffer und Braun (2007).

Abbildung 18: Relative Häufigkeit von Riesterverträgen im Altersquerschnitt 2004 und 2006 sowie Status-quo-Projektion des reinen Kohorteneffekts 2015 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Definition Status-quo-Projektion: Einfache Fortschreibung der Kohorteneffekte ohne Erhöhung der altersspezifischen Abschlussquoten beim Riester sparen (der Anstieg bei den 40- bis 49-Jährigen auf 22% ab dem Jahr 2015 resultiert aus der Quote von 22% bei der Subgruppe der 40- bis 44-Jährigen im Jahr 2006).

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis SOEP 2004 und 2006

empirica

Prognose der künftigen Teilnahmequote bei privater Altersvorsorge (Riester- bzw. betriebliche Vorsorge) ist nicht möglich. Der derzeit noch umgekehrt u-förmige Verlauf der Wahrscheinlichkeit für einen Riestervertrag wird dazu führen, dass es einige Jahrzehnte andauern wird, bis bedeutende Teile neuer Rentnerjahrgänge über private AV-Renten verfügen werden (Kohorteneffekt; ähnlich wie bei Wohneigentumsquote in Abbildung 19). Bildlich gesprochen wird die Häufigkeitskurve in Abbildung 18 viele Jahre benötigen, um „hinten hochzuklappen“. Ohne Erhöhung der Abschlussquoten in den einzelnen Altersklassen würde die Teilnahmequote der im jeweiligen Jahr 50- bis 59-Jährigen von knapp 10% im Jahr 2006 über 18% im Jahr 2015 auf 22% im Jahr 2025 ansteigen (vgl. Abbildung 18). Tatsächlich kann man aber davon ausgehen, dass die Abschlussquote vor allem in den Altersklassen der unter 40-Jährigen weiter ansteigen wird (Alterseffekt). Dafür spricht die Veränderung innerhalb der zwei Jahre von 2004 bis 2006 bzw. der jüngste Anstieg um rd. zwei Millionen neue Riesterverträge allein im Zeitraum 2005 bis März 2006.²⁵ Die dynamische Ausbreitung der Riesterverträge ging

²⁵ Vgl. Stolz und Rieckhoff (2006).

allerdings Hand in Hand mit einer Vereinfachung der Förderbedingungen. Auf jeden Fall bleibt unbekannt, wie weit die Teilnahmequote in einzelnen Altersklassen maximal ansteigen wird. Die Entwicklung dürfte vor allem von der relativen Attraktivität gegenüber der betrieblichen Altersvorsorge und von der Flexibilität der angebotenen Vorsorgeprodukte abhängen.²⁶ Eine Prognose des Grenzwertes für eine Teilnahmequote ist auf Basis der verfügbaren Daten jedoch nicht möglich – weder für Riesterverträge noch für die betriebliche Altersvorsorge. Deswegen werden in dieser Studie nur die potentiellen Vorsorgevermögen geschätzt, die sich unter der Annahme ergeben, dass alle abhängig Beschäftigten auch privat vorsorgen (4% ihres Bruttolohnes bzw. alternativ 2.400 Euro p.a.). Unterscheidungen zwischen privaten Riester- und betrieblichen Vorsorgeverträgen werden dabei nicht vorgenommen, weil beide Vorsorgewege Substitute sind.

5. Immobilienvermögen

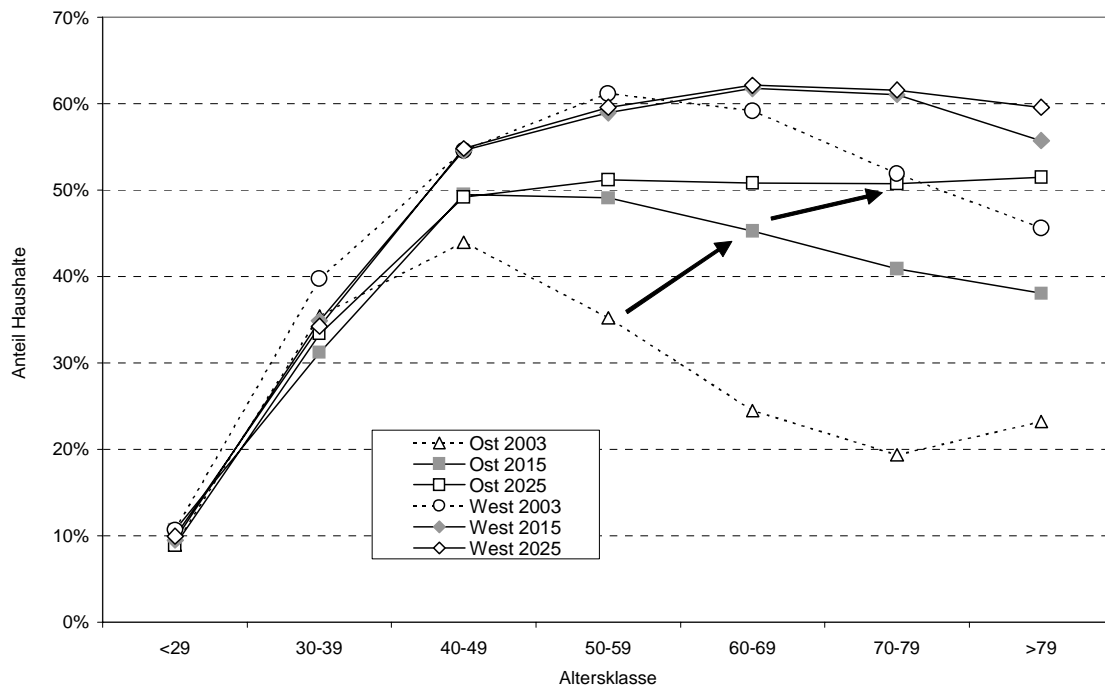
5.1 Entwicklung der Wohneigentumsquote

Infolge von Kohorteneffekten steigt die Wohneigentumsquote in Deutschland „unweigerlich“ an. Von zehn Haushalten wohnen in Spanien und Irland acht in den eigenen vier Wänden. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten sind es sieben, in Frankreich und Österreich fast sechs, in Deutschland hingegen nur vier. Dennoch hat sich die Wohneigentumsquote im früheren Bundesgebiet seit der Nachkriegszeit von 25 Prozent im Jahr 1950 bis heute fast verdoppelt. Das ist allerdings nicht das Verdienst der Wohnungspolitik der 80er oder 90er Jahre. Denn die Wohneigentumsquote der unter 50-Jährigen stagniert seit 25 Jahren. Der Anstieg der Wohneigentumsquote der letzten 25 Jahre ist daher fast ausschließlich verursacht durch das Aussterben von Generationen von Mieterhaushalten. Die Wohneigentumsquote „klappt“ bei den älteren Haushalten nach oben (Kohorteneffekt). Allein durch diesen Effekt, der die Erfolge der Wohneigentumsbildung von unter 40-Jährigen in den 50er, 60er und 70er Jahren spiegelt, wird die Wohneigentumsquote in den nächsten Jahren noch weiter ansteigen.

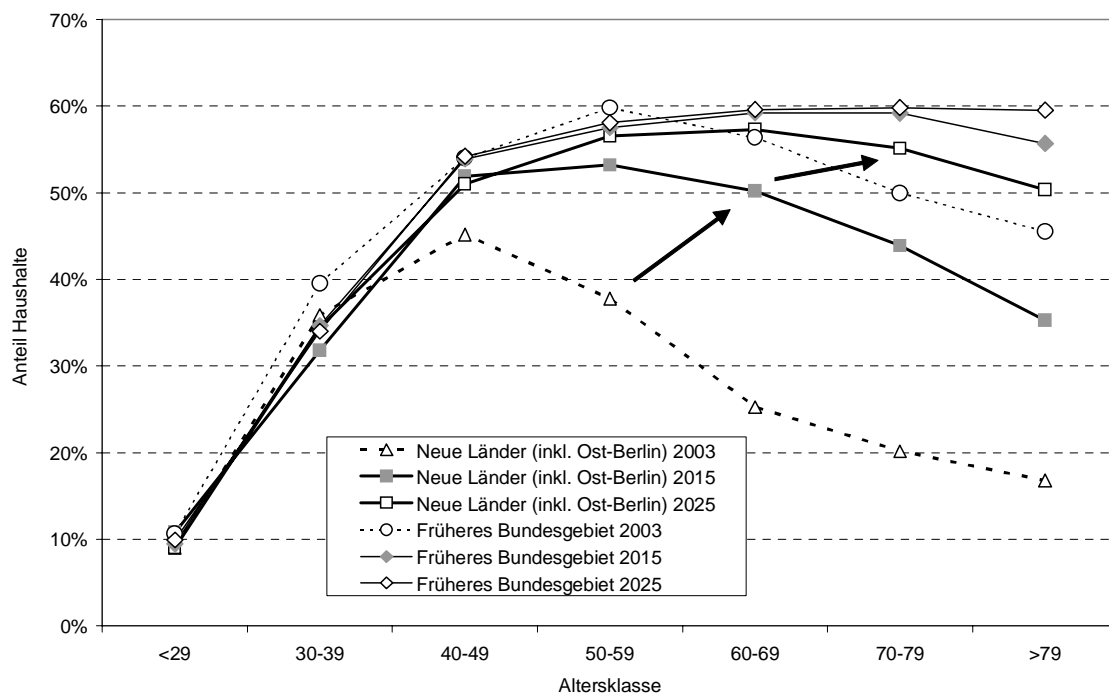
²⁶ Vgl. Pfeiffer und Braun (2007).

Abbildung 19: Projektion der Wohneigentumsquote im Altersquerschnitt 2003, 2015 und 2025

a) Ost- (inkl. Berlin) vs. Westdeutschland



b) Neue Länder vs. früheres Bundesgebiet (inkl. West-Berlin)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Angefangen bei den jungen Haushalten rasante Annäherung der ostdeutschen Wohneigentumsquote an die westdeutschen Verhältnisse. Wir schreiben in unseren Prognosen die Kohorteneffekte der Wohneigentumsbildung fort (vgl. Kapitel III.2.2 im Anhang und Braun, 2004a). Entsprechend steigt die Wohneigentumsquote insbesondere bei den über 60-jährigen Haushalten in den nächsten Jahren weiter deutlich an (vgl. Abbildung 19). Darüber hinaus wird bei den unter 50-jährigen Haushalten die bisherige schnelle Annäherung der Quoten in den neuen Ländern in Richtung der Quoten im früheren Bundesgebiet fortgeschrieben. In der Folge sterben auch in den neuen Ländern nach und nach ganze Generationen von Mieterhaushalten aus und rücken Geburtskohorten mit hohen Wohneigentumsquoten immer weiter nach. Die niedrigen Wohneigentumsquoten im ehemaligen West-Berlin verzerren diese Annäherung in Abbildung 19a, deswegen wird in Abbildung 19b zusätzlich eine Auswertung für die Gebietsstände „neue Länder“ und „früheres Bundesgebiet“ präsentiert.

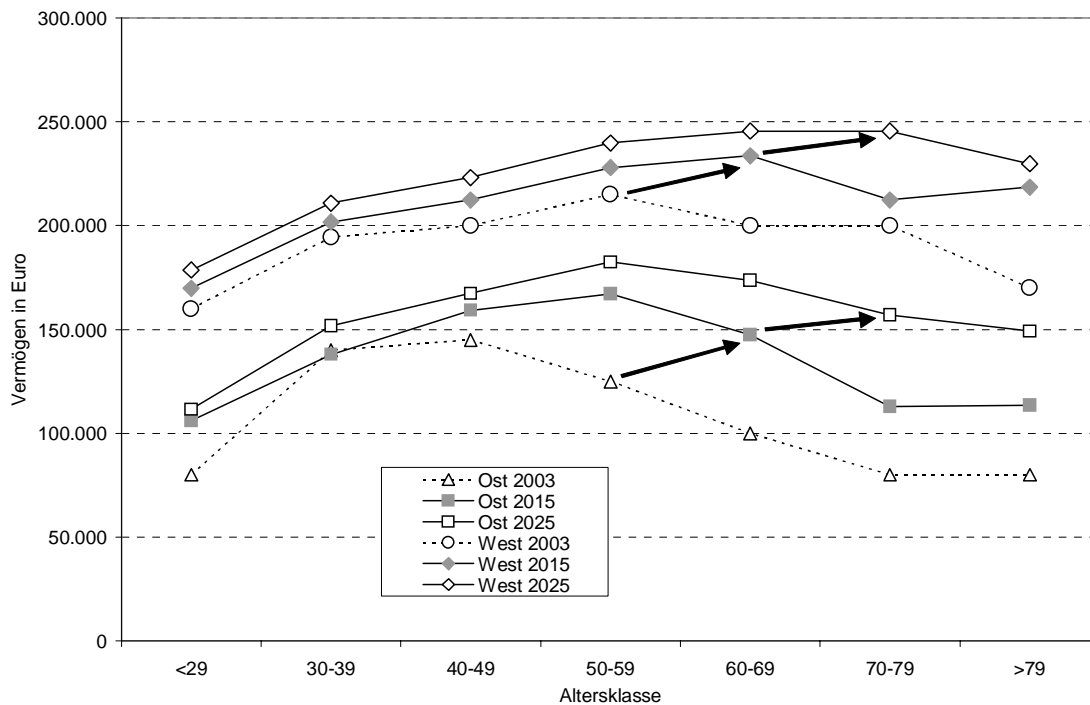
5.2 Entwicklung der Immobilienwerte

Selbst ohne Wertsteigerung erhebliche Zuwächse beim Immobilienvermögen durch steigende Wohneigentumsquote und Qualitätszuwächse der Wohnungen nachrückender Wohneigentümer. Das mittlere Immobilienvermögen pro Haushalt steigt nicht nur infolge einer größeren Quote von Haushalten mit Wohneigentum, sondern zusätzlich durch zwei weitere Effekte. Zum einen existieren auch bei den Verkehrswerten Kohorteneffekte, die langsam auswachsen: ältere Wohneigentümer halten jeweils kleinere und weniger gut ausgestattete Immobilien als die im Altersquerschnitt nachrückenden jüngeren Haushalte. Hinzu kommen allgemeine Wertsteigerungen, die mit 0,5% p.a. angenommen wurden.²⁷ Im Ergebnis steigen die mittleren Immobilienwerte der Haushalte mit Immobilien bei den 50-Jährigen und Älteren überproportional an, weil hier neben den allgemeinen Wertzuwächsen auch die beschriebenen Kohorteneffekte auf die Verkehrswerte wirken. Im Westen belaufen sich die Zuwächse bei den zum jeweiligen Zeitpunkt 60-Jährigen und Älteren damit auf rd. 25% bis zum Jahr 2025, im Osten sogar auf Größenordnungen von etwa 75% (vgl. Abbildung 20).²⁸

²⁷ Darüber hinaus wird unterstellt, dass der Anteil der Haushalte mit vermieteten Wohnungen und Nicht-Wohnimmobilien proportional zur Wohneigentumsquote ansteigt. Auch für die entsprechenden Verkehrswerte wird eine Entwicklung proportional zum Wert der selbst genutzten Wohnimmobilien unterstellt. Diese Annahmen wird nicht explizit getroffen, sondern implizit durch die Kalibrierung der Hochrechnungsfaktoren in der EVS modelliert (vgl. Kapitel III.1.1).

²⁸ In Abbildung 20 werden Mediane anstelle von arithmetischen Mittelwerten dargestellt, um Verzerrung durch einzelne Ausreißer zu vermeiden. In allen anderen Abbildungen werden dagegen arithmetische Mittelwerte bevorzugt, um eine Addition der Mittelwerte anderer Vermögensarten zu ermöglichen (Mediane dürfen nicht addiert werden).

Abbildung 20: Median²⁹ der Verkehrswerte von Immobilien im Altersquerschnitt 2003, 2015 und 2025 (nur Haushalte mit Immobilien)



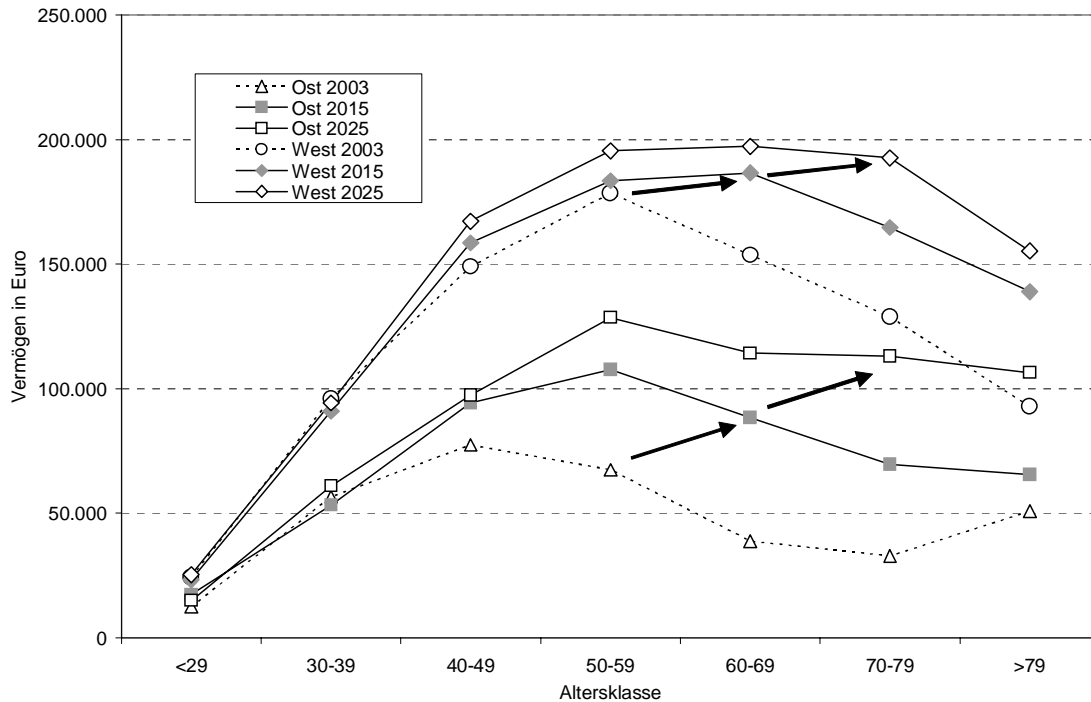
Annahmen: Wertzuwachs Immobilien: 0,5% p.a.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

²⁹ An dieser Stelle wird ausnahmsweise der Median und nicht der arithmetische Mittelwert der Vermögen dargestellt. Hintergrund ist der Umstand, dass bei Betrachtung der arithmetische Mittelwerte Ausreißer in einzelnen Altersklassen das Ergebnis stark verzerren. Umgekehrt kann bei der Darstellung von Immobilienvermögen für alle Haushalte nicht sinnvoll auf den Median zurückgegriffen werden, weil der in manchen Altersklassen gleich null wäre (immer dann, wenn mehr als die Hälfte aller Haushalte keine Immobilien besitzt). Grundsätzlich bietet die Analyse von arithmetischen Mittelwerten den Vorteil, dass einzelne Werte (z.B. Geldvermögen und Immobilienvermögen) addiert werden können. Dies ist bei Medianen nicht möglich, weil der Median der Summe ungleich der Summe der Mediane ist.

Abbildung 21: Mittelwert der Verkehrswerte von Immobilien im Altersquerschnitt 2003, 2015 und 2025 (alle Haushalte)



Annahmen: Wertzuwachs Immobilien: 0,5% p.a.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

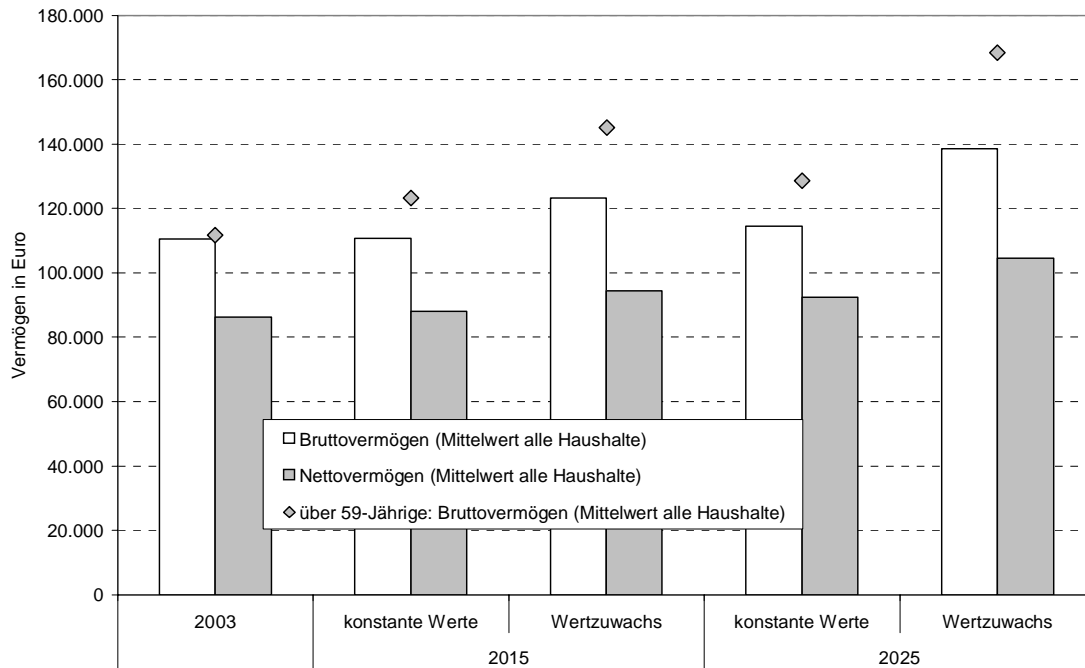
empirica

Überdurchschnittliche Zuwächse der Immobilienvermögen bei über 50-Jährigen und im Osten. Im Mittel über alle Haushalte fallen die Veränderungen der Immobilienvermögen größer aus als die Wertsteigerungen, weil jetzt auch noch zusätzlich die gestiegene Quote der Haushalte mit (selbst genutzten) Immobilien zum Tragen kommt (vgl. Abbildung 21). Insgesamt werden sich damit die mittleren Immobilienvermögen³⁰ der künftigen Rentnerhaushalte im Osten bis zum Jahr 2025 gegenüber den heutigen Rentnerhaushalten mehr als verdoppeln, im Westen werden die Mittelwerte um etwa ein Drittel bei den zum jeweiligen Zeitpunkt 60- bis 69-Jährigen und um rund 50% bei den jeweils über 79-Jährigen ansteigen.

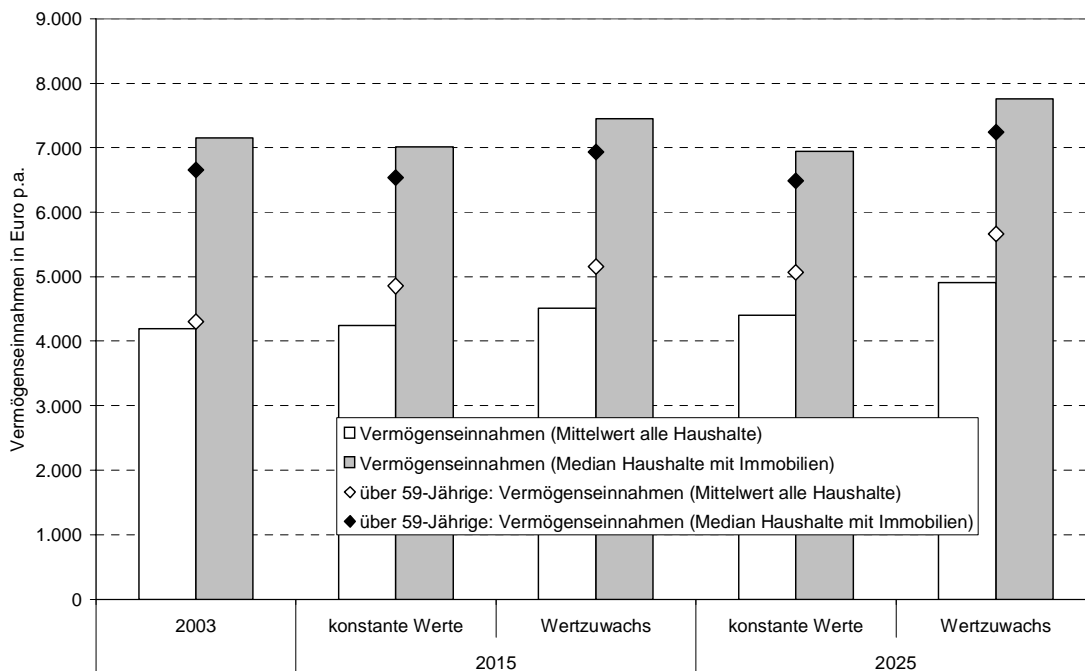
³⁰ Hier: arithmetische Mittelwerte statt Mediane, damit eine Addition mit anderen Vermögen möglich ist.

Abbildung 22: Immobilienvermögen

a) Vermögen pro Haushalt



b) Vermögenseinnahmen pro Haushalt



Definition: Vermögenseinnahmen sind Mieteinnahmen im Falle von vermieteten und der kalkulatorische Mietwert im Falle von selbst genutzten Immobilien. Sie werden als Bruttowerte angegeben, also vor Abzug von Instandhaltung, Reparaturen und anderen Kosten; Nettovermögen Immobilien = Verkehrswert abzgl. ausstehender Restschulden und Zinszahlungen (Vgl. Fußnote 31); Wertzuwachs Immobilien: Variante „konstante Werte“ = kein Zuwachs; Variante „Wertzuwachs“ = 0,5% p.a.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Immobilienvermögen wie auch Einnahmen aus Immobilien sind vielfach höher als die Vermögen und Vermögenseinnahmen aus Geldvermögen oder privaten AV-Renten. Bei den unterstellten Wertzuwächsen und Entwicklungen der Wohneigentumsquoten werden die mittleren Immobilienwerte (Bruttovermögen) über alle Haushalte von rund 111 Tsd. Euro im Jahr 2003 über 123 Tsd. Euro im Jahr 2015 auf knapp 139 Tsd. Euro bis um Jahr 2025 ansteigen. Ohne Wertzuwächse ergeben sich beim Mittelwerte über alle Haushalte ebenfalls geringe Steigerungen infolge der beschriebenen Kohorteneffekte (ältere, aussterbende Wohneigentümer halten jeweils kleinere und weniger gut ausgestattete Immobilien). Nach Abzug der jeweils noch ausstehenden Restschulden an Baukrediten (und Zinszahlungen)³¹ verbleiben im Mittel aller Haushalte etwa 75% der Verkehrswerte als Nettovermögen. Wohneigentümer im Ruhestand haben dagegen nur noch vernachlässigbar geringe Restschulden, so dass Brutto- und Nettowerte nahezu identisch sind. Parallel zur Wertentwicklung der Immobilien werden auch die Vermögenseinnahmen in Form von ersparter Miete und Mieteinnahmen ansteigen. Weil immer mehr Haushalte Vermögenseinnahmen aus Immobilien beziehen, nähern sich die mittleren Einnahmen über alle Haushalte denen der Einnahmen von Haushalten mit Immobilien an. Wie die Vermögen selbst, summieren sich auch die Einnahmen aus Immobilien auf ein Vielfaches verglichen mit den Einnahmen aus Geldvermögen oder privaten AV-Renten (vgl. Abbildung 15 und Abbildung 17).

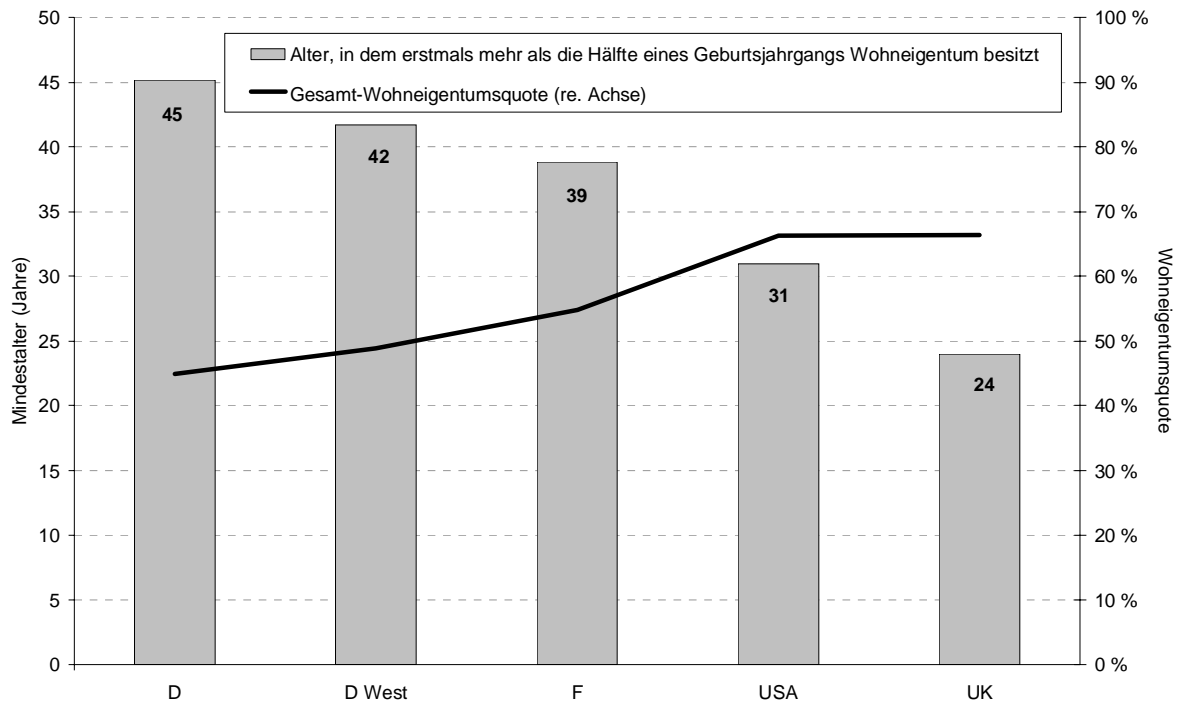
5.3 Exkurs: Künftige Verhaltensänderungen der Wohneigentümer

5.3.1 Geringere Nettovermögen infolge stärkerer Kreditfinanzierung?

In der Vergangenheit scheiterten viele Mieterhaushalte an den hohen Eigenkapitalschwellen, die es beim Erwerb von Wohneigentum zu überwinden galt. In der Folge liegt das Ersterwerbsalter für Wohneigentum in Deutschland weitaus höher als in vergleichbaren Ländern. In den vergangenen Jahren jedoch hat der Markteintritt von Kreditvermittlern und ausländischen Hypothekenfinanzierern in einem günstigen Zinsumfeld dazu beigetragen, dass immer weniger Eigenkapital für den Erwerb von Wohneigentum erforderlich ist, so genannte nachrangige Beleihungen waren günstiger zu finanzieren. Davon profitieren potentiell vor allem junge (Arbeiter-)Haushalte mit (noch) geringen Einkommen und vor allem junge Familien. Es stellt sich die Frage, ob dadurch die Wohneigentumsquote in Deutschland schneller als prognostiziert ansteigen und die Verschuldung sich nachhaltig erhöhen wird.

³¹ Die Höhe der Restschulden an Baukrediten wurde in der EVS 2003 nicht isoliert erfragt, sondern nur zusammen mit den noch ausstehenden Zinszahlungen. Unklar ist, inwieweit die Haushalte tatsächlich Angaben nur zur Restschuld oder zur Summe aus Restschuld und Zinsen gemacht haben. Westerheide (2007) hat versucht, diesen Fehler zu bereinigen. Leider standen die Ergebnisse aus datenschutzrechtlichen Gründen für diese Arbeit nicht zur Verfügung.

Abbildung 23: Internationaler Vergleich – ab welchem Alter wohnt die Hälfte aller Haushalte in den eigenen vier Wänden?



Lesehilfe: Bis die Hälfte aller französischen Haushaltsvorstände eines Geburtsjahrgangs in den eigenen vier Wänden wohnt, sind sie 39 Jahre alt. Insgesamt wohnen 55% aller französischen Haushalte in den eigenen vier Wänden.

Quelle: Braun und Pfeiffer (2003a)

empirica

Die zwischenzeitliche Entwicklung in den USA zeigt, dass die Finanzierung nachrangiger Beleihungsausläufe notwendig mit steigenden Kreditrisiken einhergeht. In der Folge rudern die Kreditgeber dort reflexartig zurück, mit der Folge, dass die Beleihungskonditionen verschärft und nachrangige Beleihungen wieder restriktiver vergeben werden. Derartige zyklische Verhaltensweisen sind nicht neu am Markt.³² Vermutlich waren deswegen auch in Deutschland die in den letzten Jahren günstigen Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Wohneigentum nur ein Strohfeuer. In der Folge sind keine Strukturbrüche in den Kohortentrends der Wohneigentumsquote zu erwarten. Und genauso werden die Nettovermögen der Immobilien nicht nachhaltig durch höhere Verschuldungsquoten infolge großzügigerer Kreditvergabe sinken.

5.3.2 Geringere Nettovermögen durch *reverse mortgage*?

Die Analyse der Immobilienvermögen zeigt, dass im Alter de facto eine Art Zweiklassengesellschaft besteht. Die Haushalte mit Wohneigentum verfügen über ein Mehrfaches der Vermögensbestände der

Mieter.³³ Selbstgenutztes Wohneigentum birgt daher ein beachtliches Potential zur privaten Altersvorsorge. Abgesehen von unterlassenen Instandsetzungen wird dieses Potential allerdings typischerweise nicht realisiert. Nur die ersparte Miete wird als „Dividende“ von Wohneigentum in Anspruch genommen. Dadurch muss „unnötig“ viel Vermögen in anderen Anlageformen angespart werden, wenn ein gegebenes Alterseinkommen erreicht werden soll.

Wenn die Altersvorsorge zukünftig stärker vom Privatvermögen abhängt und bei steigender Lebenserwartung immer mehr Haushalte kinderlos bleiben, könnten sich beachtliche Verhaltensänderungen ergeben. Je höher der Bedarf nach privater Absicherung, desto eher werden Selbstnutzer bereit sein, ihre Immobilie zumindest teilweise zu verrenten, neu zu beleihen oder im Ruhestand aus den großen Familienheimen auf kleinere und preiswertere Objekte umzusteigen.³⁴ Auch die steigende Kinderlosigkeit, die das Vererbungsmotiv in den Hintergrund drängt, kann die Verkaufs- und Verwertungsbereitschaft erhöhen. Die tradierte Rolle von Wohneigentum kann sich verändern, wenn künftig weit häufiger bewusst kalkuliert ein Vermögen zur Sicherung des Lebensstandards im Alter angesammelt wird. Wenn diese Verhaltensänderungen eintreten, werden die (Netto-)Immobilienvermögen künftiger Rentnerhaushalte niedriger ausfallen als im vorherigen Abschnitt dargestellt. Gleichwohl illustrieren die dort prognostizierten Immobilienvermögen auch dann noch deren Potential zur Altersvorsorge. Die Werte stellen dann eben den Barwert der künftigen Vermögenseinnahmen durch Verkauf oder Beleihung der Immobilien dar. Im Falle eines Verkaufes fielen allerdings die Vermögenseinnahmen aus Mieten und ersparten Mieten weg.

6. Gesamtvermögen

6.1 Entwicklung über alle Altersklassen

Sichere Zuwächse bei den Rentnern durch steigende Immobilienvermögen. Unsichere, aber im Einzelfall ebenfalls erhebliche Veränderungen bei den jüngeren Haushalten durch private Altersvorsorge. Eine gemeinsame Darstellung der Zuwächse in den drei betrachteten Vermögensarten

³² Vgl. Braun und Pfeiffer (2001).

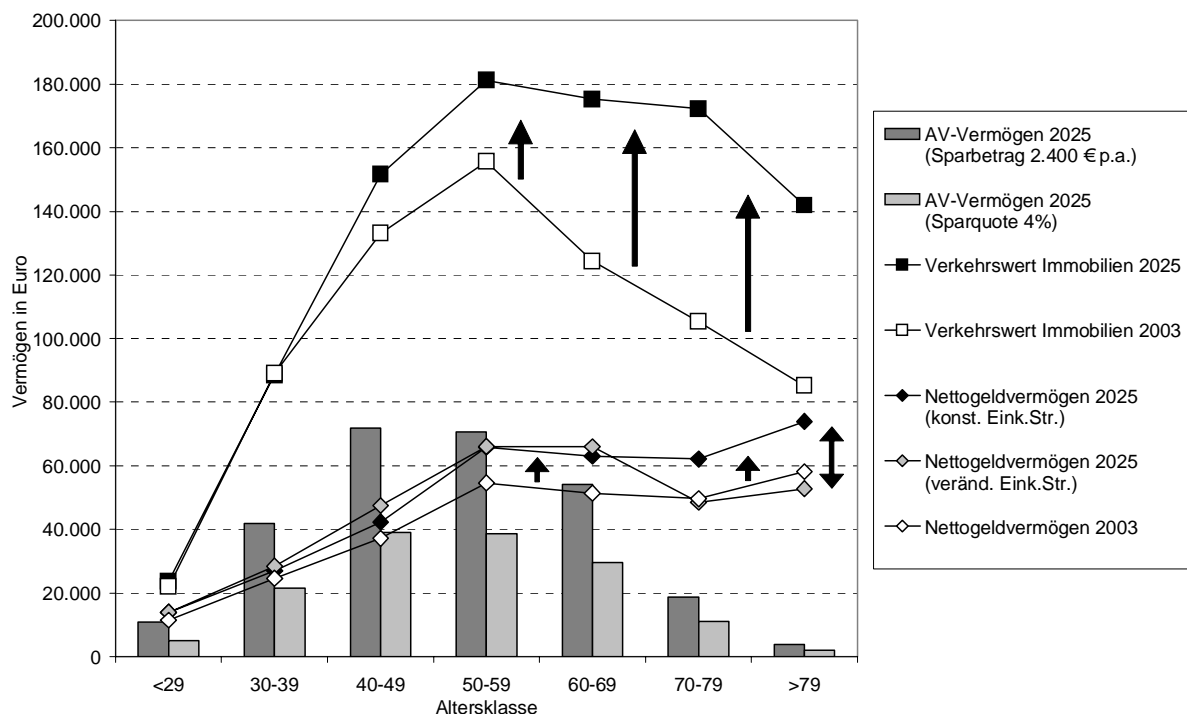
³³ Diese Aussage gilt im Übrigen auch, wenn man die unterschiedlichen Einkommen dieser Haushaltstypen berücksichtigt (vgl. Pfeiffer, Braun und Simons (1999) oder Braun, Möhlenkamp, Pfeiffer und Simons (2001)).

³⁴ Das für eine Verrentung (*reverse mortgage*) notwendige und geeignete Produkt existiert in Form der Leibrente schon seit langem. Es kam in letzter Zeit nur wegen der großzügigen Umlagenrente kaum noch zur Anwendung. Gleichwohl kann das Produkt der Leibrente verbessert werden. Insbesondere die institutionelle Bündelung mehrerer Leibrentenobjekte würden die Berechenbarkeit einer Leibrente erhöhen. Analog den *mortgage backed securities* könnten Ansprüche aus gebündelten Leibrenten dann auch handelbar gemacht werden. Allerdings schrecken viele Selbstnutzer vor einer Verrentung zurück, weil die daraus abgeleitete Zusatzrente oft recht niedrig ausfällt. Zudem haben viele ein schlechtes Gefühl dabei, wenn sie wissen, dass ihr Heim einem anderen gehört. Einfacher ist da schon die Einrichtung eines Kreditrahmens mit der Immobilie als Sicherheit. So steht für einen altengerechten Umbau, für den Erwerb eines neuen Pkw, für die lang ersehnte Weltreise oder aber im Pflegefall ausreichend Geld zur Verfügung.

offenbart die Relevanz der einzelnen Veränderungen. So erweisen sich die scheinbar großen Abweichungen in den verschiedenen Prognosen der Geldvermögen als vergleichsweise unbedeutend angesichts der Veränderungen bei den Immobilienvermögen und der privaten Altersvorsorge. Während der Anstieg der mittleren Immobilienvermögen pro Haushalt vor allem bei den 60-jährigen und Älteren und damit bei den Rentnerhaushalten beträchtlich ist, wächst das durchschnittliche Portfolio der jüngeren, 40- bis 59-jährigen Haushalte potentiell zwar in ähnlichen Größenordnungen (40 bis über 60 Tsd. Euro Zuwachs), allerdings vorwiegend infolge der geförderten Altersvorsorge und damit nur bei Haushalten mit entsprechenden Sparverträgen (vgl. senkrechte Pfeile und Säulen in Abbildung 24). Vergleichsweise gering fallen die absoluten Zuwächse bei den unter 40-jährigen aus, aber auch hier steigt das Vermögen bei Haushalten mit geförderter Altersvorsorge cet. par. um bis zu 40 Tsd. Euro an. Da sowohl die Teilnahmequote bei der geförderten Altersvorsorge noch gering ist als auch die Verdrängung bisheriger Sparprozesse durch die geförderte Altersvorsorge in den bisherigen Modellrechnungen unberücksichtigt bleibt, müssen diese potentiellen Vermögenssteigerungen vor allem der unter 70-Jährigen vorsichtig interpretiert werden: die Werte in Abbildung 24 stellen daher lediglich potentielle Obergrenzen der Zuwächse dar.

Abbildung 24: Reales Gesamtvermögen im Altersquerschnitt 2003 und 2025

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: komplexe Prognose der Geldvermögen, keine Verdrängungseffekte durch private Altersvorsorge, 100%ige Teilnahme beim AV-Sparen, Immobilien ohne Abzug von Baukrediten.

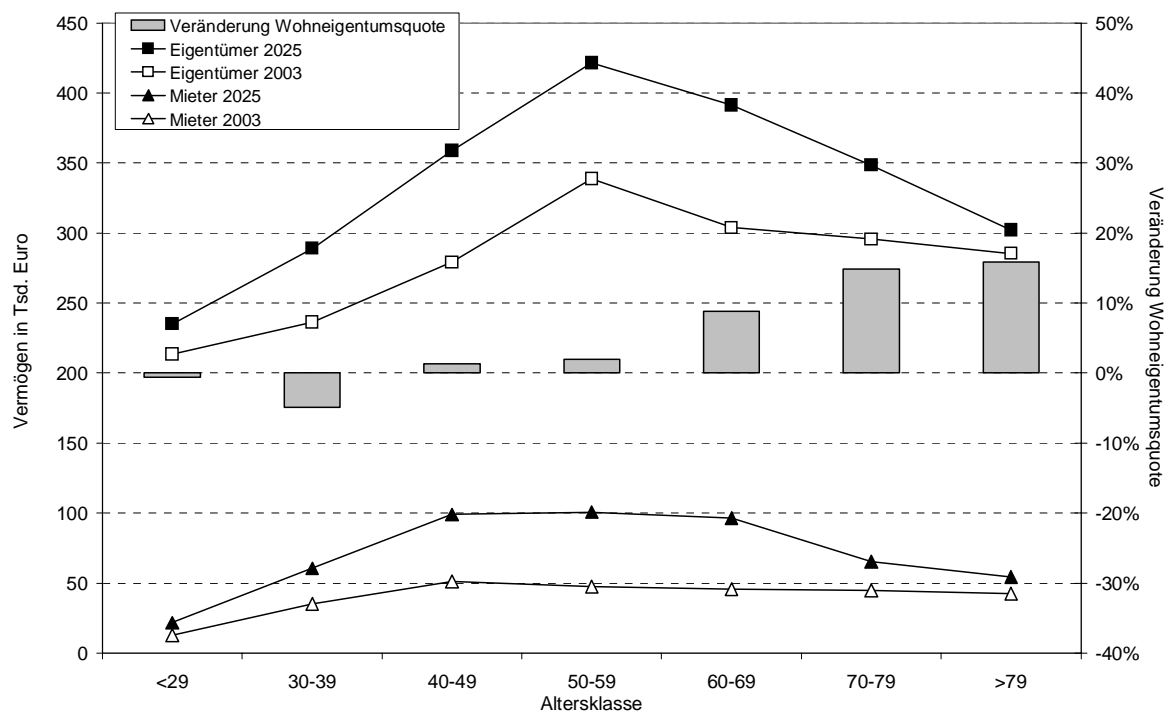
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Die Vermögensungleichheit zwischen AV-Sparern und AV-Verweigerern wird künftig zunehmen. Man kann davon ausgehen, dass auch künftig nicht alle Haushalte (in ausreichendem Maße) privat fürs Alter vorsorgen werden. Da aber die potentiellen AV-Vermögen im Zeitablauf Größenordnungen erreichen werden, die über den heutigen Geldvermögen liegen, werden die Unterschiede in der Vermögensausstattung der privaten Haushalte in den kommenden Jahren beträchtlich zunehmen. Dies gilt umso mehr, weil selbst unter den AV-Sparern Ungleichheiten auftreten, da die Verdrängung bisheriger Sparprozesse nicht bei allen Haushalten gleich groß sein wird. Hinzu kommen die „üblichen“ Ungleichheiten, weil Haushalte mit höheren Einkommen größere AV-Vermögen aufbauen können (und müssen) und weil etwa Familien bei identischen Einkommen eine geringere Sparfähigkeit aufweisen als kinderlose Haushalte.

Abbildung 25: Reales Gesamtvermögen im Altersquerschnitt 2003 und 2025, Mieter und Eigentümer

Auswahl: Deutschland insgesamt



Annahmen: Gesamtvermögen = Nettogeldvermögen + AV-Vermögen + Verkehrswert Immobilien (ohne Abzug von Restschulden); Variante AV-Vermögen: 4% AV-Sparquote, Variante Geldvermögen: veränderte Einkommensstrukturen und komplexe Prognose der Geldvermögen, keine Verdrängungseffekte durch private Altersvorsorge, 100%ige Teilnahme beim AV-Sparen.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der EVS

empirica

Die Vermögensungleichheit zwischen Mietern und Wohneigentümern wird ebenfalls zunehmen und mit ungleichen AV-Vermögen kumulieren. Nicht nur die geförderte Altersvorsorge, auch die steigende Wohneigentumsquote wird eine zunehmende Ungleichheit in der Vermögensausstattung verursachen.

Dies passiert auch ohne Wertsteigerungen und selbst bei Wertverlusten. Hinzu kommt, dass sich beide Effekte kumulieren, wenn Mieter mit unterdurchschnittlichen Einkommen auch seltener AV-Verträge abschließen. Im Ergebnis werden zwar die Vermögen der über 79-jährigen Mieter und Eigentümer bis zum Jahr 2025 nur wenig ansteigen, wohl wird es aber erheblich mehr Eigentümer geben, die verglichen mit den Mietern überdurchschnittlich hohe Vermögen vorweisen können (vgl. Abbildung 25). Bei jüngeren Rentnerhaushalten kumulieren eine steigende Wohneigentumsquote und überproportionale Vermögenszuwächse bei Wohneigentümern.

6.2 Entwicklung bei den Rentnerhaushalten

Die vorliegende Studie soll möglichst detailliert die Trends der Vermögen und Vermögenseinnahmen künftiger Rentnergenerationen aufzeigen. Dazu werden im Folgenden Analysen für die Jahre 2003, 2015 und 2025 für Haushalte mit über 59-jähriger Bezugsperson in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Weitergehende Analysen nach dem Wohnstatus und nach verschiedenen Haushaltstypen in den Jahren 2015 und 2025 wären wünschenswert. Allerdings kann man aus einer Prognose immer nur sinnvoll ableiten, was man als Input auch hineinsteckt. So ließe sich das Immobilienvermögen durchaus für die Jahre 2015 und 2025 getrennt nach Mietern und Eigentümern auswerten. Denn entsprechende Annahmen über die Entwicklung der Wohneigentumsquote wurden getroffen (vgl. Kapitel II.5.1). Allerdings wurden keine Annahmen getroffen über die unterschiedliche Entwicklung von Geld- und Vorsorgevermögen nach dem Wohnstatus. Das gleiche gilt z.B. für die Entwicklung der einzelnen Vermögensarten bei unterschiedlichen Haushaltstypen. Die Leistungsfähigkeit des vorliegenden Prognoseinstrumentariums würde auch überstrapaziert werden, wenn entsprechende Annahmen integriert werden sollten.

Tabelle 1: Reales Nettogesamtvermögen und Vermögenseinnahmen 2003, 2015 und 2025**Auswahl:** Haushalte mit >59-jähriger Bezugsperson

a) Vermögensbestände

Vermögen in Euro									
AV-Variante				4% AV-Sparquote			2.400 Euro AV-Sparbetrag p.a.		
Region	Geld-	Immobilien-	Wohneigen-	AV-		Anteil	AV-		Anteil
Jahr	vermögen*	vermögen**	tumsquote	Vermögen ⁺	Summe	AV-Verm.	Vermögen ⁺⁺	Summe	AV-Verm.
Ost									
2003	36.641	37.426	22%	0	74.067	-	0	74.067	-
2015	49.961	77.455	42%	6.387	133.803	5%	11.740	139.157	8%
2025	53.316	112.435	51%	20.191	185.943	11%	36.217	201.968	18%
West									
2003	56.195	135.643	54%	0	191.838	-	0	191.838	-
2015	56.597	170.006	60%	5.803	232.405	2%	10.582	237.185	4%
2025	59.567	188.551	62%	18.134	266.253	7%	32.782	280.900	12%
Insgesamt									
2003	51.450	111.808	47%	0	163.257	-	0	163.257	-
darunter:									
Mieter	34.380	9.288	0%	0	43.668	-	0	43.668	-
Eigentümer	71.001	210.505	100%	0	281.505	-	0	281.505	-
2015	54.815	145.149	56%	5.959	205.923	3%	10.893	210.857	5%
2025	57.912	168.400	59%	18.679	244.991	8%	33.691	260.004	13%

b) Vermögenseinnahmen

Vermögenseinnahmen in Euro p.a. (brutto)									
AV-Variante				4% AV-Sparquote			2.400 Euro AV-Sparbetrag p.a.		
Region	Geld-	Immobilien-	Wohneigen-	AV-		Anteil	AV-		Anteil
Jahr	vermögen*	vermögen**	tumsquote	Vermögen ⁺	Summe	AV-Einn..	Vermögen ⁺⁺	Summe	AV-Einn..
Ost									
2003	1.313	1.679	22%	0	2.992	-	0	2.992	-
2015	1.828	2.950	42%	292	5.071	6%	503	5.282	10%
2025	2.028	3.644	51%	1.134	6.806	17%	1.916	7.588	25%
West									
2003	2.147	5.139	54%	0	7.286	-	0	7.286	-
2015	2.336	5.960	60%	241	8.537	3%	426	8.722	5%
2025	2.500	6.384	62%	930	9.814	9%	1.636	10.520	16%
Insgesamt									
2003	1.945	4.299	47%	0	6.244	-	0	6.244	-
darunter:									
Mieter	1.286	392	0%	0	1.384	-	0	1.384	-
Eigentümer	2.699	8.775	100%	0	4.893	-	0	4.893	-
2015	2.200	5.152	56%	254	7.606	3%	447	7.798	6%
2025	2.375	5.658	59%	984	9.017	11%	1.711	9.744	18%

*Nettovermögen (abzgl. Konsumentenkredite), komplexe Prognose, veränderte Einkommensstrukturen

**Bruttowerte (ausstehende Baukredite wurden nicht vom Verkehrswert abgezogen; vgl. Fußnote 31); 0,5% Wertzuwachs p.a.

⁺Variante 4% Sparquote⁺⁺Variante 2.400 Euro Sparbetrag p.a.**Annahmen:** keine Verdrängung bisheriger Sparprozesse und 100%ige Teilnahme beim AV-Sparen**Quelle:** Eigene Berechnungen auf Basis der EVS**empirica**

Wir halten das Szenario „komplexe Prognose, veränderte Einkommensstrukturen“ für das wahrscheinliche. Damit lassen sich im Rahmen ost-/west-spezifischer Analysen der einzelnen Vermögensarten und Vermögenseinnahmen die folgenden Metatrends für künftige Rentnerhaushalte mit über 59-jähriger Bezugsperson ableiten (vgl. Tabelle 1):

- Die Geldvermögen pro über 59-jährigem Haushalt werden vergleichsweise geringe Zuwächse erleben. Der Zuwachs wird insbesondere gebremst durch die unterstellten Strukturverschiebungen der Haushaltseinkommen zulasten der älteren Haushalte. Die beträchtlichen Unterschiede beim Geldvermögen zwischen Mietern und Eigentümern werden weiterhin bestehen bleiben. Sie reflektieren zum einen die unterschiedlichen Durchschnittseinkommen beider Gruppen und zum anderen den größeren Vorsorgebedarf der Wohneigentümer für ihre Immobilien (Reparaturen, Instandsetzungen etc.).³⁵
- Die Immobilienvermögen werden vor allem im Osten erhebliche Zuwächse erfahren. Die Wohneigentumsquote der über 59-Jährigen wird sich dort bis zum Jahr 2025 mehr als verdoppeln. Im Westen fällt dieser Anstieg geringer aus. Über 59-jährige Mieter besitzen weiterhin nur selten bzw. nur vergleichsweise geringe Immobilienvermögen (unbebaute Grundstücke, Wochenendhäuser, vermietete Immobilien).
- Die Bedeutung der AV-Vermögen hängt ganz erheblich von der Teilnahmequote, vom Umfang der Sparbeträge und von der Verdrängung bisheriger Sparprozesse ab. Selbst wenn alle über 59-jährigen Personen mit Einkommen aus abhängiger Beschäftigung nach dem Jahr 2003 an der geförderten Altersvorsorge teilgenommen hätten und keine Verdrängung stattgefunden hätte, würden in der optimistischeren der beiden betrachteten Spar-Varianten die AV-Vermögen der über 59-Jährigen bis um Jahr 2015 deutschlandweit nur rund 5% ihres Gesamtvermögens bestreiten. Bei über 59-jährigen Wohneigentümern fiel diese Quote aufgrund der hohen Immobilienvermögen noch niedriger aus. In Ostdeutschland dagegen wären die AV-Vermögen aufgrund höherer Erwerbsbeteiligung von Frauen größer. Dasselbe gilt erst recht für deren Anteil am Gesamtvermögen, weil die sonstigen Vermögen ostdeutscher Haushalte geringer ausfallen als im Westen. Bis zum Jahr 2025 erreichte der Anteil der AV-Vermögen am Gesamtvermögen über 59-jähriger ostdeutscher Haushalte fast ein Fünftel – eine 100%ige Teilnahmequote beim AV-Sparen und keine Verdrängung bisheriger Sparprozesse vorausgesetzt. In der Praxis werden die AV-Vermögen demnach deutlich unterhalb dieser Grenzwerte liegen. Naturgemäß werden auch zunächst noch mehr die jüngeren, nachrückenden Rentnergenerationen profitieren. Die höchsten AV-Vermögen werden auch im Jahr 2025 noch die Erwerbstätigen und nicht die Rentnerhaushalte

³⁵ Vgl. Braun (2007).

vorweisen können. Erst nach dem Jahr 2045 werden die ersten Jahrgänge in Rente gehen, die von Beginn ihres Erwerbslebens an konsequent AV-Vermögen angespart haben.

- Im Jahr 2003 lagen die Vermögenseinnahmen über 59-jähriger Haushalte bundesweit bei rund sechs Tausend Euro jährlich, das sind 500 Euro im Monat. Im Osten lagen die Vergleichswerte nur halb so hoch, im Westen gut Tausend Euro p.a. höher. Infolge steigender Geldvermögen und Immobilienwerte sowie erheblicher Zuwächse bei der Wohneigentumsquote werden künftige ostdeutsche Rentner – auch ohne geförderte Altersvorsorge – ihre Vermögenseinnahmen bis zum Jahr 2025 fast verdoppeln. Im Westen steigen diese Einnahmen nur um gut 20%. Die Vermögenseinnahmen hätten das Potential, deutlich stärker anzusteigen, wenn ausreichend privat vorgesorgt wird. Wenn alle bis zum Jahr 2025 über 59-jährigen Personen mit Einkommen aus abhängiger Beschäftigung nach dem Jahr 2003 an der geförderten Altersvorsorge teilgenommen hätten, könnten die ostdeutschen Ruheständler im Jahr 2025 etwa 100 bis 150 Euro an monatlichen Zusatzrenten beziehen – je nach Sparumfang während der Erwerbsphase (4% Sparquote vom Bruttolohn oder 200 Euro Sparbetrag monatlich). Im Westen lägen die entsprechenden Monatsbeträge wegen der geringeren Frauenerwerbsquote etwa 20 Euro niedriger.

Teilnahmequote am AV-Sparen und Ausmaß der Verdrängungseffekte sind das A und O der künftigen Vermögensverhältnisse nachrückender Rentnergenerationen. Rückwirkungen des privaten geförderten Altersvorsorgesprens auf das sonstige Vermögen sind auf jeden Fall zu erwarten. Selbst wenn die gesamte private Vorsorge zusätzliches Sparen darstellte, wären zumindest Veränderungen in der Zusammensetzung des sonstigen Vermögens zu erwarten.³⁶ Ob aber die geförderte Altersvorsorge nur ein Verschiebeparkplatz darstellt oder tatsächlich mehr gespart wird, kann derzeit noch nicht gesagt werden. Dazu müssen zumindest die Daten der EVS 2008 abgewartet werden. Denn nur dort werden „normale“ und durch „Riester“ geförderte Vermögen detailliert erfasst und nur mit der EVS 1998 und 2003 liegen Vergleichswerte für die Zeit vor der staatlich geförderten privaten AV-Vorsorge vor. Allerdings wird man auch mit der 2008er EVS allenfalls Indizien und keine Beweise für die Zusätzlichkeitsfrage vorlegen können. Denn zum einen können konjunkturelle Effekte nur schwer herausgerechnet werden und zum anderen wird auch die EVS 2008 keine verwertbaren Informationen über die betriebliche Altersvorsorge sammeln.

³⁶ Z.B. könnte als Folge der Integration von selbst genutztem Wohneigentum in die geförderte Vorsorge der Immobilienanteil am Gesamtvermögen steigen. Daneben zeichnet sich eine Renaissance der Lebensversicherung infolge der geförderten AV-Vermögen ab.

Exkurs: Verdrängungseffekte durch Sparförderung

Aufgrund der langjährigen praktischen Erfahrung mit Alterssicherungskonten und aufgrund der umfassenderen Datenbestände, erfolgt die Diskussion um die theoretischen und empirischen Erfolge von Alterssicherungssparen bislang hauptsächlich in den USA. Die Ergebnisse der amerikanischen Analysen sind allerdings sehr unterschiedlich und reichen von der Schlussfolgerung, dass sämtliche Ersparnisse im Rahmen der geförderten Altersvorsorge (IRA und 401 (k)-Pläne) neue Ersparnisse darstellen (Vgl. Poterba, Venti und Wise (1995): „*The microeconomic evidence [...] suggests that most of the contributions to these programs represent new saving that would not otherwise have occurred*“) bis zu der Erkenntnis, dass eine reine Umschichtung in die begünstigten Anlageformen stattgefunden hat (Vgl. Engen, Gale und Scholz (1996): „*Thus, we conclude that little if any of the overall contributions to existing saving incentives have raised private or national saving*“).

Die unterschiedlichen Ergebnisse müssen u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die Untersuchungen sich auf unterschiedliche Betrachtungshorizonte beziehen. Außerdem führen Verzerrungen in verschiedenen Stichproben zu unterschiedlichen Resultaten: So ist denkbar, dass Haushalte, die an einschlägigen Anreiz-Programmen teilnehmen oder zumindest begünstigt sind, systematisch höhere Präferenzen für Sparen haben (Selbstselektion). Außerdem stellen etwa Engen, Gale und Scholz (1996) fest, dass Haushalte mit geförderten Vermögensanlagen gleichzeitig mehr Kredite aufnehmen als andere. Somit würden höhere Ersparnisse auf der einen Seite durch Kreditaufnahme (Entsparen) wieder zunichte gemacht. Darüber hinaus sind Zeitreihen über die private Vermögensbildung nur unvollkommen vergleichbar, da sich im betrachteten Zeitraum zahlreiche Veränderungen beispielsweise bzgl. der Finanzmärkte oder der Sozialversicherung ergeben haben. Wenn derartige Zusammenhänge vernachlässigt oder verschiedenartig berücksichtigt werden, dann ergeben sich für die Effekte der Sparförderung auch entsprechende überhöhte Schätzungen.

Bernheim (1999) gibt einen Überblick über die bisherige Literatur und empirischen Auswertungen zur Auswirkung von Sparförderung. Dabei geht er auch auf die Probleme ein, die entstehen, wenn die Auswirkung von Sparförderung aus dem Vergleich des Sparverhaltens in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Sparförderungen abgeleitet werden sollen. Beispielsweise kann es sein, dass Anreizsysteme eher dort etabliert werden, wo die Bevölkerung ohnehin „sparfreudiger“ ist. Dann korrelieren höhere Sparquoten mit entsprechenden Anreizprogrammen, auch wenn die Anreize selbst überhaupt keine Verhaltensänderungen auslösen. Daneben ist es sehr wahrscheinlich, dass die Anreizsysteme der einzelnen Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten (im Konjunkturzyklus) implementiert wurden. Dann werden die Auswirkungen der Förderprogramme aber von ganz unterschiedlichen Zins- und Einkommensentwicklungen begleitet, die eine Messung der reinen Fördereffekte verzerren.

Für Deutschland stellen Börsch-Supan et al. (2006) auf Basis umfangreicher quantitativer und qualitativer Befragungen fest: „Haushalte, für die der Erwerb einer Immobilie oder Vererbung ein wichtiger Spargrund sind, sind zurückhaltender, was die Nachfrage nach Riester-Renten angeht“. Zumindest für diese Personengruppen stellt demnach die geförderter private Altersvorsorge hierzulande keineswegs (vollständig) zusätzliches Sparen dar.

7. Exkurs: Erbschaften

7.1 Auswirkung von Erbschaften auf Sparverhalten und Vermögen

Vermögen ist künftiges Einkommen umgerechnet in heutige Werte. Der Wert einer Maschine oder einer Fabrik ergibt sich immer aus dem Einkommen, das mit ihrer Hilfe in der Zukunft erwirtschaftet werden kann:³⁷ *„eine Fabrik, die weder Gewinn noch Veräußerungserlös erwarten lässt, ein Grundstück auf dem nichts wächst und das sich nicht verkaufen lässt – sie alle haben den Vermögenswert Null“* (Engels et al., 1974, S. 29f). Aus dieser Tautologie folgt, dass sich durch *Erbschaftsvorgänge per se* der Vermögensbestand einer Volkswirtschaft nicht verändert.

Aber auch einzelne Personen werden durch Erbschaften nicht notwendig reicher. Denn Erbschaften haben auch Rückwirkungen auf das Verhalten. So können potentielle Erben schon *in Erwartung* der Erbschaft weniger sparen. Dazu müssen zwei unterschiedliche Konstellationen – zwischen denen natürlich zahlreiche Übergänge bestehen – unterschieden werden: Die Erbschaft kann unerwartet sein, z.B. weil der Erblasser weit früher als erwartet plötzlich gestorben ist³⁸ oder weil der Erbe die Höhe der Erbschaft unterschätzt hatte. Im entgegengesetzten Fall war dem Erben bekannt, dass zu seinen Gunsten Vermögen angesammelt wurde, weil z.B. beim Erblasser ein spezielles Vererbungsmotiv dominierte.

Wird unterstellt, dass alle Haushalte je nach Einkommen eine klare Vorstellung von einem Optimalvermögen haben (*bliss point*), wird im Falle der klar vorhergesehenen Erbschaft der potentielle Erbe in Erwartung der künftigen Vermögensübertragung entsprechend weniger sparen. Der Erblasser spart gleichsam für den potentiellen Erben mit. Im Fall der Überraschungserbschaft dagegen wird der Erbe seine eigenen Ersparnisse *infolge* der Erbschaft entsprechend reduzieren, bis sein Optimalvermögen wieder erreicht ist. In der Summe ändert die Erbschaft in beiden Fällen nichts an der Vermögensausstattung des Haushaltes. Tiefeninterviews mit Erben und potentiellen Erben sowie quantitative empirische Analysen aus Braun et al. (2002) sowie Analysen von Leitfadengesprächen zur Altersvorsorge junger Haushalte in Pfeiffer und Braun (2007) zeigen, dass die Haushalte bei ihrer Vermögensplanung und der Verwendung (potentieller) Erbschaften tatsächlich nach dem Konzept eines Optimalvermögens handeln.

³⁷ Da die Einkommen erst in der Zukunft fließen, muss man sie für eine Betrachtung aus heutiger Sicht abzinsen, also den so genannten Barwert betrachten.

³⁸ Ungewollte oder zufällige Erbschaften finden statt, wenn die Haushalte ihr Vermögen nicht bis zum erwarteten Todeszeitpunkt aufbrauchen. Vor allem risikoscheue Haushalte wollen einen Teil ihres Vermögens als Reserve halten, falls sie länger als erwartet leben, um dann ihren Lebensstandard halten zu können. Hurd (1992) kann empirisch belegen, dass Eltern zwar mehr, aber nicht signifikant mehr als kinderlose Paare sparen. Diese Beobachtung ist konsistent mit der Ansicht, dass Erbschaften zufällig passieren und in diesem Sinne „ungewollt“ sind.

7.2 Höhe, Verteilung und Verwendung künftiger Erbschaften

Geförderte Altersvorsorge und Pflegekosten senken das potentielle Erbschaftsvolumen. Auch wenn Erbschaften langfristig die Vermögensbestände der privaten Haushalte nur wenig beeinflussen, sollen der Vollständigkeit halber die künftigen Volumina potentieller Erbschaften dargestellt werden. Dazu geben die folgenden Prognosen einen Ausblick bis zum Jahr 2015.³⁹ Weitergehende Prognosen sind problematisch. Denn jede Erbschaftsprognose baut auf den Vermögensbeständen der mutmaßlich Sterbenden auf. Je länger die Zeitspanne zwischen Beobachtung der aktuellen Vermögen und Eintritt des Todesfalles, desto größer die Unsicherheit über die zwischenzeitliche Veränderung. Unbekannt sind insbesondere Vermögensauflösungen für Ausgaben wie Eigenbeteiligungen im Pflegefall oder Aufwendungen für einen altengerechten Wohnungsumbau und andere größere Konsumausgaben. Gerade in Zeiten steigender Lebenserwartung und zunehmender Konsumfreude der Älteren wächst so die Prognoseunsicherheit. Hinzu kommt die Unsicherheit über das Ausmaß geförderter Altersvorsorge und deren Verdrängung anderer Vermögensbestände. Denn für das Erbschaftsvolumen relevant ist eine besondere Eigenschaft geförderter Vorsorgevermögen: sie sind nicht vererbbar. Selbst bei identischer Sparquote und identischen Vermögensansprüchen der Erblasser sinkt durch Riester-, Eichel- und Rürupsparen das potentielle Erbschaftsvolumen.

Tabelle 2: Geschätztes Erbschaftsvolumen im Zeitraum 2006 bis 2015

		Nettogeld- vermögen	Verkehrswert Immobilien	Gebrauchs- vermögen	Summe 2006-15	pro Jahr
Erbschaftsvolumen in den Jahren 2006 bis 2015*	Mrd. €	1.042	1.100	220	2.361	236
<i>darunter:</i>						
Volumen ohne die 2% einkommensreichsten Haushalte	Mrd. €	647	939	188	1.773	177
<i>darunter:</i>						
generationenübergreifende Erbschaften	Mrd. €	455	661	132	1.249	125
generationenübergreifende Erbschaften						
...pro Erbfall	€	58.591	85.145	17.029	160.766	16.077
...pro Erbe	€	31.165	45.290	9.058	85.514	8.551
<i>nachrichtl.:</i> Anzahl Erben	Tsd.				14.604	1.460

Anmerkung: Erbschaften unter Ehepaaren gehören nicht zu den generationenübergreifenden Erbschaften; alle Angaben in Preisen und Werten des Jahres 2005

Quelle: Aktualisierung der empirica-Studie „Erben in Deutschland“

empirica

Etwa ein Viertel des Vermögens privater Haushalte wird innerhalb von zehn Jahren vererbt. Nach Prognosen von empirica beläuft sich das Erbschaftsvolumen in Deutschland in den zehn Jahren bis 2015 auf insgesamt rd. 236 Milliarden Euro jährlich – etwa 90% davon in Immobilienvermögen (110 Milliarden Euro) und liquidem Geldvermögen (104 Milliarden Euro) sowie Gebrauchsvermögen wie

Autos, Elektrogeräte oder Schmuck im Wert von rd. 22 Milliarden Euro. Zusammengerechnet wechselt so etwa ein Viertel aller in Deutschland privat gehaltenen Vermögen von rund 8,5 Mrd. Euro innerhalb von zehn Jahren seinen Eigentümer. Rechnet man die Supererben und Erbschaften unter Ehegatten heraus, sind es immerhin noch 125 Mrd. Euro, die die Haushalte in Deutschland Jahr für Jahr vererben. Gut die Hälfte dieser Erbschaften, rd. 64 Mrd. Euro jährlich, kommt über 50-jährigen Haushalte zugute. Das sind etwa 145 Tsd. Euro pro Erbfall bzw. gut 77 Tsd. Euro pro über 50-jährigem Erben. Ungewiss bleibt, wie viele Erben ihr Erbe unmittelbar an die Kindeskinde der Erblasser weiterreichen. Es gibt Anzeichen dafür, dass solche Verhaltensweisen zugenommen haben.⁴⁰

Tabelle 3: Verteilung der zwischen 2006 und 2015 generationenübergreifend vererbten Vermögen

Geldvermögen (abzgl. ausstehender Konsumenten-/Baukredite)					
früheres Bundesgebiet			neue Bundesländer		
Volumen	Tsd. Erbfälle	Anteil Erbfälle	Volumen	Tsd. Erbfälle	Anteil Erbfälle
0 €	1.121	18%	0 €	186	12%
0-25 Tsd. €	1.675	27%	0-25 Tsd. €	576	38%
25-150 Tsd. €	2.656	42%	25-150 Tsd. €	687	46%
>150 Tsd. €	815	13%	>150 Tsd. €	52	3%
Summe	6.267	100%	Summe	1.501	100%

Immobilien (Verkehrswert)					
früheres Bundesgebiet			neue Bundesländer		
Volumen	Tsd. Erbfälle	Anteil Erbfälle	Volumen	Tsd. Erbfälle	Anteil Erbfälle
0 €	3.864	62%	0 €	1.145	76%
0-150 Tsd. €	899	14%	0-150 Tsd. €	276	18%
150-300 Tsd. €	994	16%	150-300 Tsd. €	69	5%
>300 Tsd. €	510	8%	>300 Tsd. €	11	1%
Summe	6.267	100%	Summe	1.501	100%

Anmerkung: alle Angaben in Preisen und Werten des Jahres 2005

Quelle: Aktualisierung der empirica-Studie „Erben in Deutschland“

empirica

Erbschaften müssen meist unter mehreren Erben aufgeteilt werden und enthalten weiterhin oft nur Geldvermögen. Immobilien sind zwar in gut jedem vierten westdeutschen und jedem dritten ostdeutschen Haushalt vorhanden, werden aber derzeit noch selten vererbt. Die derzeitigen Erblasser leben noch überwiegend in Mietwohnungen. Bei einem typischen Immobilienerbfall werden im Westen Verkehrswerte zwischen 150 und 300 Tsd. Euro vererbt, im Osten aber weniger als 150 Tsd. Euro. Nur jeder zwölfte westdeutsche Erblasser und jeder hundertste ostdeutsche wird in diesem Jahrzehnt Immobilien im Wert von mehr als 300 Tsd. Euro hinterlassen. Demgegenüber werden bei fast der Hälfte aller Todesfälle im früheren Bundesgebiet Geldvermögen von höchstens 25 Tsd. Euro übertragen; in vier von zehn Erbfällen erreicht das vererbte Geldvermögen 25 bis 150 Tsd. Euro, nur in jedem achten Fall mehr als 150 Tsd. Euro. Im Osten wechseln bei fast jeder zweiten Erbschaft weniger als 25 Tsd.

³⁹ Methodik siehe Kapitel III.2.3 im Anhang.

⁴⁰ Vgl. Braun et al. (2002).

Euro den Eigentümer und nur in drei von hundert Erbschaften mehr als 150 Tsd. Euro. Da es in Ost und West meist mehrere Erben gibt, müssen alle Erbschaftsvolumen noch durch die Zahl der Erben geteilt werden.

Tabelle 4: Geschätzte Ausgabenneigung und Ausgabenvolumina aus dem geerbten Vermögen der Jahre 2006 bis 2015

	Ausgabe- neigung geschätzt in %	Erbvolumen (Geld und Immobilien)	
		2006-15 Mrd. €	jährlich Mrd. €
A) Insgesamt			
zunächst behalten / sparen	63%	701	70
verkaufen / sofort verplanen	37%	416	42
Summe	100%	1.117	112
B) Immobilienerbschaft*			
zunächst behalten**	74%	488	49
verkaufen	26%	173	17
Summe	100%	661	66
C) Gelderbschaft			
zunächst sparen	51%	232	23
sofort verplanen	49%	223	22
darunter:			
Schuldentilgung oder konsumieren***	22%	101	10
Immobilieninvestition****	27%	122	12
Summe	100%	455	46
*nur Wohnungen **selber einziehen oder vermieten ***größere Anschaffungen (Auto, Möbel) oder Urlaubsreisen ****Kauf oder Renovierung			

Anmerkung: Nur generationenübergreifende Übertragungen an die Erbengeneration in diesem Jahrzehnt (ohne Gebrauchsvermögen).

Quelle: Aktualisierung der empirica-Studie „Erben in Deutschland“, Braun (2002)

empirica

Ein Großteil der Erbschaften wird nicht sofort verplant, langfristig wird das Gros der Erbschaften aber nicht zusätzlich gespart. Die Konsumquoten aus verschiedenen Komponenten der geerbten Vermögen sind sehr unterschiedlich: nach Braun et al. (2002) werden geerbte Immobilien nur in etwa einem von vier Fällen (26%) veräußert. Aus Gelderbschaften wird dagegen rd. jeder zweite Euro (49%) unmittelbar verplant. Grob geschätzt wird damit gut ein Drittel (36%) der innerhalb der nächsten zehn Jahre vererbten Geldvermögen und Immobilien von den Erben sofort verplant. Dies entspricht einem Volumen von 416 Milliarden Euro oder 42 Milliarden Euro jährlich. Aber auch die restlichen Erbschaften werden von den Erben vermutlich nicht zusätzlich gespart, sondern in die ohnehin geplante Vermögensbildung integriert. So zeigen Pfeiffer und Braun (2007), dass vor allem junge Akademiker sich aufgrund unsicherer beruflicher und familiärer Zukunft weigern, einen Vorsorgevertrag abzuschließen. Stattdessen vertrauen sie auf Erbschaften und Finanzspritzen der Eltern.

8. Fazit

Veränderte Rolle der Vermögensbildung und neue Ungleichheit. Viele Jahre diente die Geldvermögensbildung der deutschen Haushalte in erster Linie einem kurz- bis mittelfristigen Ansparen für langlebige Konsumgüter (*buffer stock saving*). Langfristige Vorsichtsmotive spielten bei der Vermögensbildung eine untergeordnete Rolle, weil die sozialen Sicherungssysteme – allen voran die gesetzliche Rentenversicherung – den Fortbestand des gewohnten Lebensstandards in den allermeisten Fällen garantieren konnte. Bedeutende Geldvermögen – z.B. deutlich mehr als das Äquivalent von einem Jahresnettoeinkommen – wurden deswegen im Laufe des Erwerbslebens selten angespart. Dagegen beläuft sich der Wert typischer selbst genutzter Wohnimmobilien auf mehrere Jahreseinkommen. Entsprechend dominieren – soweit vorhanden – die Immobilienvermögen im Portfolio der meisten Haushalte. Dasselbe gilt für die Vermögenseinnahmen: Mieten bzw. Mietwerte für selbst genutztes Wohneigentum sind vielfach höher als die Einnahmen aus Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen. Im Zuge der sinkenden Ersatzquote der gesetzlichen Rentenversicherung und der neuen Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-, Eichel- und Rüruprenten) sowie infolge steigender Wohneigentumsquoten bei den älteren Rentnerhaushalten dürften sich die Ungleichheiten zwischen Geld- und Immobilienvermögen in den nächsten Jahren erheblich verschieben. Insbesondere Mieterhaushalte und AV-Verweigerer – vermutlich oft in Personalunion – sind dadurch immer mehr einem relativem Verarmungsrisiko ausgesetzt.

Steigende Vermögen signalisieren nicht notwendig steigenden Wohlstand. In der Diskussion um Armut und Reichtum gilt es aber zu beachten, dass die zunehmenden Vermögen nicht notwendig mit steigendem Wohlstand einhergehen müssen. Denn ein Großteil der prognostizierten Steigerungen ersetzt lediglich bisherige Ansprüche an die staatlichen Sozialversicherungen. Steigende Vermögen signalisieren dann (vor allem) private Vorsorge und nicht (nur) zunehmenden Reichtum. Dabei gilt weiterhin zu beachten, dass nicht nur die explizit als Vorsorgevermögen ausgewiesenen Riestervermögen u.Ä. der Altersvorsorge dienen. Dasselbe gilt auch für sonstige Geldvermögen oder Immobilien. Man sieht den einzelnen Vermögensbeständen nicht an, zu welchem Zweck sie gebildet werden. In den Modellrechnungen kommt dies durch die beschriebenen Verdrängungseffekte zum Ausdruck. Genauso signalisieren die diskutierten Veränderungen in den Verhaltensweisen älterer Wohneigentümer (*reverse mortgage*, höhere Fremdfinanzierung), dass Immobilien effizient zur Altersvorsorge eingesetzt werden. Dies wird nicht zuletzt auch durch die im Koalitionsvertrag abgesprochene Integration selbst genutzter Wohnimmobilien in die Riesterförderung unterstrichen.

III. ANHANG

1. Definitionen

1.1 Hochrechnungsfaktoren

Haushaltsprognose: empirica-Prognose auf Basis der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes Variante IV. Die Prognose liegt für Ost- und Westdeutschland sowie für Altersklassen in Fünfjahresschritten getrennt vor. Die vorliegenden Hochrechnungsfaktoren der EVS werden für die Zeitpunkte 2015 und 2025 entsprechend korrigiert.

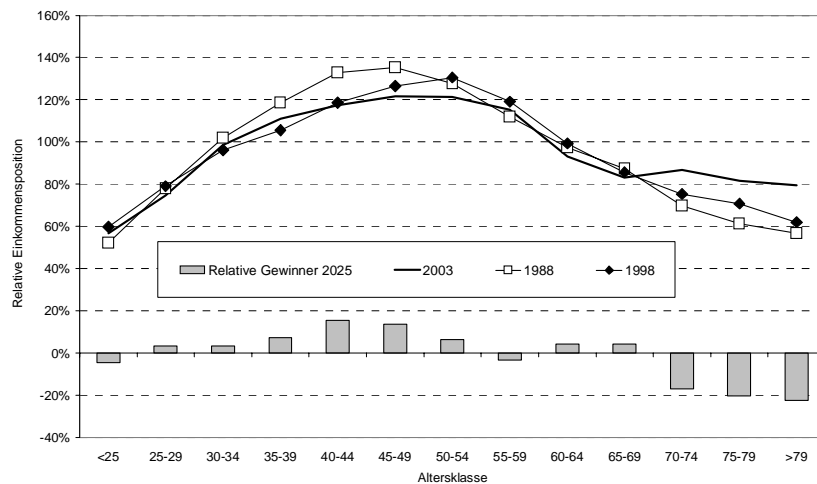
Wohneigentumsprognose: empirica-Kohortenprognose auf Basis der EVSen 1978-2003 (vgl. Kapitel III.2.2). Die Prognose der Wohneigentumsquoten liegt für Ost- und Westdeutschland sowie für Altersklassen in Fünfjahresschritten getrennt vor. Die vorliegenden Hochrechnungsfaktoren der EVS werden für die Zeitpunkte 2015 und 2025 entsprechend korrigiert.

1.2 Einkommensprognose (Haushaltsnettoeinkommen ohne Mietwert)

Eine Ost-West-Angleichung wird nicht unterstellt. Es werden zwei Szenarien gerechnet:

- a) konstante Strukturen reale Steigerung um 0,5% p.a.
- b) veränderte Strukturen Durchschnittseinkommen steigen wie in a), zusätzlich werden die relativen Einkommenspositionen der Altersklassen (Fünfjahresschritte) modifiziert: im Jahr 2015 entsprechen die Strukturen denen des Jahres 1998, im Jahr 2025 denen des Jahres 1988. Dadurch „verlieren“ vor allem die Haushalte mit über 70-jähriger Bezugsperson, die größten relativen Gewinner sind die 40- bis 49-Jährigen (s. nachfolgende Abbildung).

Abbildung: Relative Einkommenspositionen im Altersquerschnitt
Auswahl: früheres Bundesgebiet



Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1988, 1998, 2003

empirica

1.3 Prognose Immobilienvermögen

Es wird bis 2030 eine Ost-West-Angleichung der alters- und haushaltsgrößenspezifischen Wohneigentumsquoten unterstellt (vgl. Kapitel III.1.1 und Kapitel III.2.2).

Wertsteigerung: reale Steigerung um 0,5% p.a.

Vermögenseinnahmen: angegebener Mietwert und Nettoeinnahmen⁴¹ aus Vermietung und Verpachtung (reale Steigerung um 0,5% p.a.)

Restschulden: Steigen nur dann an (0,5% p.a.), wenn die Immobilie vor dem Kaufzeitpunkt Wertsteigerung erfahren hat. Annahmegemäß werden selbstgenutzte Immobilien mit 35 Jahren gekauft. Damit fallen z.B. bis 2015 für alle unter 47-jährigen Wohneigentümer Wertsteigerungen vor dem Kauf an: für 35-Jährige 12 Jahre Wertsteigerung von 0,5% p.a., für 45-Jährige 2 Jahre und für 46-Jährige 1 Jahr.

Kohorteneffekte: Die Höhe der Immobilienvermögen von Immobilieneigentümern unterliegt noch erheblichen Kohorteneffekten. Es wird angenommen, dass sich diese Effekte „auswachsen“. Zur Korrektur wird das derzeitige Maximum im Westen (Altersklasse 55-59) als relative Referenzgröße unterstellt. D.h. das mittlere Immobilienvermögen der Haushalte in der Altersklasse 60-64 in fünf

⁴¹ Netto heißt hier nach Abzug aller Kosten, aber vor Steuern.

Jahren erhöht sich um die Relation der heute 55-59-Jährigen zu den heute 60-64-Jährigen usw. Für Ostdeutschland wird zudem unterstellt, dass sich das Maximum (bisher Altersklasse 40-44) allmählich nach rechts verschiebt (zur Altersklasse 55-59 wie im Westen) und dabei im Querschnitt dieselben relativen Steigerungen nachzeichnet wie im Westen. Hinzu kommt jeweils die „übliche“ Wertsteigerung von 0,5% p.a.

1.4 Prognose Geldvermögen (ohne gefördertes Vorsorgevermögen)

Es wird bis 2015 eine Ost-West-Angleichung der relativen Geldvermögen unterstellt (Relation zwischen Nettogeldvermögen und Haushaltsnettoeinkommen). Es werden zwei Szenarien gerechnet:

a) einfache Prognose: Relation zwischen Nettogeldvermögen und Haushaltsnettoeinkommen ist in jeder Altersklasse (Fünfjahresschritte) zeitkonstant. Damit ergeben sich die Prognosen auf Basis der vier Einkommensprognosen (zwei Varianten je Zeitpunkt; zwei Zeitpunkte).

b) komplexe Prognose: Explizite Prognose der Relation zwischen Nettogeldvermögen und Haushaltsnettoeinkommen für jede Altersklasse (Fünfjahresschritte) auf Basis einer empirica-Kohortenprognose (vgl. Kapitel III.2 sowie Braun et al., 2002). Dieses Verfahren berücksichtigt im Unterschied zu a) im Zeitablauf steigende Relationen von Geldvermögen und Einkommen und eine veränderte Zusammensetzung des Geldvermögens. Die Zusammensetzung ist insbesondere für die (Höhe der) Vermögenseinnahmen von Interesse.

Anschließend ergeben sich die Prognosen wieder auf Basis der vier Einkommensprognosen (2 Varianten je Zeitpunkt; 2 Zeitpunkte).

Vermögenseinnahmen: bei a) wird eine konstante Zusammensetzung des Geldvermögens unterstellt. Die Vermögenseinnahmen ergeben sich als Produkt aus Zinssätzen/Renditen der einzelnen Anlageformen mit deren Guthaben/Bestand.

bei b) wird die veränderte Zusammensetzung der Geldvermögen auf Basis einer empirica-Kohortenprognose prognostiziert (vgl. Kapitel III.2 sowie Braun et al., 2002). Diese Kohortenprognose liefert relative Häufigkeiten für den Besitz und bedingte Höhe des Guthabens einzelner Vermögenskomponenten (bedingte Höhe des Guthabens = Guthaben gegeben

der Haushalt verfügt über die entsprechende Vermögensart). Die Guthaben wurden in Braun et al. (2002) als Relation zum Haushaltsnettoeinkommen geschätzt.

Die Verteilung des Besitzes der einzelnen Anlageformen i wird mittels Logistischer Regressionen konstruiert. Dazu werden im Status quo entsprechende Regressionskoeffizienten geschätzt. Damit können jedem Haushalt Wahrscheinlichkeiten für den Besitz der Vermögensarten i zugeordnet werden. Ab einem bestimmten Schwellenwert w_i^0 wird angenommen, dass der entsprechende Haushalt die Vermögensart i besitzt, bei Werten $w_i < w_i^0$ besitzt er sie nicht. w_i^0 wird so lange verändert, bis die relative Häufigkeit der Haushalte mit Anlageform i im Jahr 2015 bzw. 2025 den Schätzungen für einzelne Altersklassen (Fünfjahresschritte) aus Braun et al. (2002) entspricht. Auf Basis dieser Vermögensstruktur wird für jeden Haushalt eine zusammengesetzte Verzinsung für das gesamte Geldvermögen ermittelt. Die Höhe der Vermögenseinnahmen ergeben sich dann als Produkt dieses zusammengesetzten Zinssatzes mit dem gesamten Geldvermögen.

Tabelle: Schätzkoeffizienten B für den Besitz verschiedener Vermögensarten
(Ergebnisse Logistischer Regressionen)

	Bausparen		Sparbuch		Sparbriefe		Aktien		Festverz. WP		Inv. Tefifikate		Lebensvers.		Kons.Kredite	
	B	Wald	B	Wald	B	Wald	B	Wald	B	Wald	B	Wald	B	Wald	B	Wald
Alter		859.694		239.123		44.717		114.224		55.010		132.619		768.238		440.708
<25	0,35		0,08	1.410	0,05	519	-0,38	18.089	-0,39	5.188	-0,06	765	-0,37	29.749	-0,45	27.392
25-29	0,32	30.224	-0,05	731	0,12	3.894	0,00	0	-0,06	213	0,06	906	-0,11	3.845	-0,07	1.170
30-34	R		R		R		R		R		R		R		R	
35-39	-0,34	39.394	-0,08	1.686	0,10	2.974	-0,18	8.138	0,12	1.335	-0,02	177	0,06	1.239	0,10	2.385
40-44	-0,41	54.635	-0,02	168	0,08	2.122	-0,32	23.629	-0,04	139	-0,16	8.007	0,04	534	0,10	2.291
45-49	-0,51	81.712	0,07	1.298	0,05	683	-0,46	47.718	0,05	233	-0,26	20.562	0,18	9.682	0,11	2.858
50-54	-0,38	44.246	0,09	2.091	0,10	3.024	-0,40	35.679	0,17	2.579	-0,28	21.996	0,21	12.199	-0,13	3.632
55-59	-0,51	85.140	0,14	5.924	0,25	21.054	-0,33	26.921	0,19	3.222	-0,28	24.016	0,32	31.492	-0,38	31.830
60-64	-0,57	85.375	0,19	8.916	0,26	18.420	-0,29	16.528	0,37	11.123	-0,11	3.159	0,11	3.150	-0,83	96.768
65-69	-0,60	68.421	0,38	25.482	0,28	15.807	-0,32	13.764	0,45	11.879	-0,14	3.283	-0,39	29.336	-0,94	78.872
70-74	-0,97	165.332	0,55	46.534	0,33	19.681	-0,47	26.860	0,63	22.992	-0,33	17.032	-0,66	77.296	-1,31	121.915
75-79	-1,30	261.614	0,77	81.358	0,24	9.455	-0,59	38.055	0,52	14.579	-0,43	26.239	-0,84	113.917	-1,86	159.013
>79	-1,61	403.088	1,00	139.786	0,17	5.123	-0,55	34.807	0,69	26.703	-0,54	43.982	-1,09	198.211	-2,65	214.033
Wohnstatus																
Mieter	R		R		R		R		R		R		R		R	
Eigentümer	0,83	1.095.999	0,31	135.175	0,26	122.209	0,36	143.573	0,10	5.267	0,18	49.000	0,11	18.471	-0,74	448.904
Einkommen		600.103		345.125		732.676		1.813.983		805.044		1.619.163		683.189		44.541
<500	-0,63	26.183	-0,79	47.281	-0,38	9.758	-0,81	24.942	0,15	587	-0,69	27.846	-1,20	75.531	-0,47	4.570
500-1000	-1,09	405.242	-0,81	240.752	-0,93	304.352	-1,59	386.062	-1,58	160.617	-1,46	542.153	-0,87	288.035	-0,35	21.333
1000-1500	-0,49	143.566	-0,34	58.870	-0,48	141.904	-0,91	274.061	-0,70	78.845	-0,81	331.301	-0,39	92.952	-0,21	12.361
1500-2000	-0,27	48.704	-0,16	13.369	-0,20	28.027	-0,40	65.204	-0,39	26.885	-0,39	86.939	-0,15	14.524	-0,06	1.193
2000-2500	R		R		R		R		R		R		R		R	
2500-3000	0,04	759	0,01	68	0,13	10.899	0,29	34.131	0,28	14.447	0,14	10.186	0,18	17.403	0,05	839
3000-3500	0,24	26.643	0,06	1.235	0,25	29.688	0,48	84.287	0,36	19.716	0,40	73.805	0,27	30.570	0,12	3.595
3500-4000	0,10	3.186	0,08	1.356	0,35	45.565	0,72	151.735	0,62	49.133	0,54	103.138	0,35	36.517	-0,03	188
4000-4500	0,26	16.970	0,10	1.814	0,36	36.373	0,86	175.852	0,92	95.928	0,61	102.377	0,53	59.589	0,10	1.635
4500-5000	0,04	403	0,26	9.347	0,47	52.942	1,14	265.089	0,89	76.616	0,83	158.049	0,42	31.572	-0,02	63
>5000	-0,02	193	-0,09	2.208	0,59	145.159	1,34	624.541	1,30	299.779	0,99	397.095	0,55	98.836	-0,04	330
Haushaltstyp		145.428		220.113		53.360		183.285		121.951		180.837		178.699		40.942
1E	-0,06	3.336	-0,06	3.620	-0,10	11.564	0,17	19.629	0,35	44.533	0,20	37.942	-0,27	76.853	-0,19	16.795
2E	R		R		R		R		R		R		R		R	
2E1K	0,08	2.225	0,39	43.842	-0,11	4.447	-0,28	21.657	-0,17	3.033	-0,05	805	0,09	2.919	0,12	3.921
2E2K	0,13	6.210	0,71	118.541	-0,10	4.066	-0,27	20.243	-0,13	1.733	-0,12	4.691	0,28	21.670	-0,07	1.099
2E3K	0,08	840	0,78	44.219	-0,11	1.633	-0,50	23.622	-0,22	1.944	-0,21	5.480	0,04	181	-0,08	557
2E4+K	-0,02	15	0,53	5.799	-0,35	3.810	-0,60	8.135	0,01	1	-0,42	5.395	-0,23	1.442	-0,15	438
1ExK	-0,38	27.136	0,49	41.816	-0,41	26.994	-0,80	44.137	-1,00	17.131	-0,57	42.000	-0,31	20.153	-0,05	412
sonst. HH	0,35	87.140	0,19	20.045	-0,20	30.508	-0,33	61.199	-0,33	27.922	-0,27	48.869	0,19	22.954	0,10	4.279
Beruf		480.822		325.454		149.673		181.774		77.273		184.082		380.766		263.362
Landwirt	-0,03	31	-0,02	18	0,21	2.021	-0,35	3.441	-0,26	815	-0,17	1.109	0,22	1.790	-2,34	16.705
Selbständig	-0,67	169.881	-0,56	109.446	-0,06	1.442	-0,03	245	0,10	1.413	-0,05	874	0,29	25.432	-0,39	27.601
Beamter	0,29	24.760	0,07	1.289	0,04	585	-0,20	11.361	-0,20	4.621	-0,09	2.708	0,03	284	-0,03	217
Angestellter	R		R		R		R		R		R		R		R	
Arbeiter	0,14	15.960	-0,08	4.245	-0,21	36.971	-0,48	122.436	-0,54	51.158	-0,38	110.350	0,13	12.066	0,32	61.351
Arbeitslos	-0,64	125.703	-0,57	113.322	-0,40	42.987	-0,27	10.617	-0,15	1.217	-0,51	55.692	-0,40	56.888	0,09	1.795
Rentner	-0,28	28.172	-0,06	1.346	0,17	10.944	-0,03	237	0,08	798	-0,21	14.542	-0,38	52.717	-0,04	286
Pensionär	-0,25	15.046	0,20	6.348	-0,15	5.254	-0,14	3.636	-0,16	2.526	-0,44	42.616	-0,33	25.506	-0,13	1.292
Student	-0,52	52.269	-0,01	34	0,03	112	0,51	27.968	0,14	538	0,05	332	-0,92	134.748	-1,50	103.036
sonst.	-0,79	76.833	-0,83	114.196	-0,24	7.691	-0,12	928	0,26	2.665	-0,35	12.403	-0,91	115.681	-0,48	13.971
Konstante	0,26	23.820	0,89	233.642	-0,62	132.235	-1,12	314.472	-2,86	767.895	-0,44	63.675	0,59	116.785	-0,99	218.518

Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 2003

empirica

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein 35- bis 39-jähriger verbeamteter kinderloser Paarhaushalt mit einem Einkommen von 3.000-3.500 Euro und Wohneigentum einen Sparbrief besitzt, ist 51%.

Rechenweg: $Z = 0,10 + 0,26 + 0,25 + R + 0,04 + \text{Konstante}$ (mit Referenzhaushalt $R=0$) und Konstante = -0,62 ergibt sich ein Z-Wert von -0,02. Damit errechnet sich eine Wahrscheinlichkeit von $P = 1 / (1 + \exp(-0,02)) = 1 / (1 + 0,98) = 51\%$.

Abweichend davon besitzt ein sonst identischer Mieterhaushalt mit einer Wahrscheinlichkeit von 44% Sparbriefe ($Z = -0,24$). Den Unterschied zwischen beiden Wahrscheinlichkeiten nennt man Partialeffekt, hier der Partialeffekt des Wohnstatus. Genauso können die Partialeffekte des Einkommens, der sozialen Stellung usw. betrachtet werden.

Zinssätze und Renditen: Jährliche Zinssätze und Renditen werden als konstant und auf demselben Niveau angenommen wie im Basisjahr 2003:

Aktien	Renten	Sparguthaben	Sonst. Anlagen bei Banken/Sparkassen	Bausparverträge	Kapitalversicherungen	Sonst. WP/Vermögensbeteiligungen
6,61%	5,38%	0,87%	4,01%	2,96%	5,69%	4,47%

Quelle: Westerheide (2007)

empirica

1.5 Prognose der privaten Altersvorsorge (AV)

Start AV-Sparen: im Jahr 2003

Mindestalter: 20 Jahre

Höchstalter: 62 Jahre (= Renteneintrittsalter)

Anzahl AV-Verträge: In jedem Haushalt mit (ehemals) Einkommen aus abhängiger Beschäftigung gibt es zunächst einen Vertrag. Wenn die zweite Person im Haushalt erwerbstätig ist oder war (d.h. Rentenansprüche aus eigener Erwerbstätigkeit hat), dann werden zwei Verträge unterstellt.

Ersparnis: Es werden zwei Szenarien betrachtet

a) 4% vom (ehem.) Bruttoerwerbseinkommen aus abh. Beschäftigung (Erwerbseinkommen aus selbst. Tätigkeit bleiben außen vor)

b) 200 Euro monatlich (Sparbetrag der zweiten Person gem. Relation der Bruttoerwerbseinkommen zur ersten Person)

Das ehemalige Bruttoerwerbseinkommen von Ruheständlern wird geschätzt als das 1/0,48-fache der Bruttorentenbezüge bzw. als das 1/0,9-fache der Altersteilzeitbezüge bzw. in Höhe der aktuellen Pensionen bei ehem. Beamten (Annahme: Bruttoersatzquote der gesetzlichen Rente beträgt 48%, Bruttoersatzquote der Altersteilzeitbezüge beträgt 90%). Die individuelle Ersparnis beträgt maximal 10% des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens während der Erwerbsphase (das ehemalige Haushaltsnettoeinkommen von Ruheständlern während der Erwerbstätigkeit wird geschätzt als das 1/0,7-fache des aktuellen Haushaltsnettoeinkommens; Annahme: Nettoersatzquote der gesetzlichen Rente beträgt 70%).

Zinssatz: 3,5% p.a.

Vermögenswert:	90% des Restwertes; Restwert ergibt sich durch angesparte und verzinsten Beiträge abzgl. bereits ausbezahlter AV-Renten im Ruhestand (Annahme: 10% der Beiträge fließen in Verwaltungskosten und Risikoabsicherung).
Private AV-Rente:	25-jährige Annuität
Crowding Out:	Verdrängung Geldvermögen durch AV-Sparen
Wahrscheinlichkeit:	Die Wahrscheinlichkeit für den Besitz eines Riestervertrages wird anhand der SOEP-Daten 2006 mittels Logistischer Regressionen geschätzt: Dort hatten 10% aller Personen (16% der 25- bis unter 60-Jährigen) einen Riestervertrag abgeschlossen.

Tabelle: Schätzkoeffizienten B für den Besitz eines Riestervertrages
(Ergebnisse Logistischer Regressionen)

	B	Std.Fehler	Wald	df	Sig.	Exp(B)
Staatsangehörigkeit						
deutsch	R					
ausländisch	-0,55 **	0,00	75.518	1	0,00	0,58
Familienstand			29.950	5	0,00	
keine Angabe	7,16	0,36	404	1	0,00	1292,25
Verheiratet, zusammenlebend	R					
Verheiratet, getrenntlebend	0,10	0,00	1.001	1	0,00	1,10
Ledig	-0,17 *	0,00	12.398	1	0,00	0,85
Geschieden	0,03	0,00	311	1	0,00	1,03
Verwitwet	-0,66 *	0,01	10.951	1	0,00	0,52
Geschlecht						
Männlich	R					
Weiblich	0,16 **	0,00	24.571	1	0,00	1,18
Region						
Ost	R					
West	-0,39 **	0,00	121.821	1	0,00	0,68
Erwerbsstatus			319.207	8	0,00	
Voll erwerbstätig	R					
Teilzeitbeschäftigung	0,08	0,00	3.262	1	0,00	1,08
Ausbildung, Lehre	-0,22	0,00	3.994	1	0,00	0,81
Geringfügig beschäftigt	-0,40 **	0,00	37.094	1	0,00	0,67
Altersteilzeit mit Arbeitszeit Null	-3,62	0,05	6.208	1	0,00	0,03
Wehrdienst	-4,04	0,11	1.442	1	0,00	0,02
Zivildienst	-1,47	0,02	4.422	1	0,00	0,23
Werkstatt für Behinderte	-4,23	0,07	3.883	1	0,00	0,01
Nicht erwerbstätig	-0,66 **	0,00	230.753	1	0,00	0,51
Haushaltsnettoeinkommen in Euro pro Monat			7.616	4	0,00	
<1.000	-0,08	0,00	1.569	1	0,00	0,92
1.000-2.000	R					
2.000-3.000	0,05	0,00	1.968	1	0,00	1,05
3.000-4.000	0,03	0,00	314	1	0,00	1,03
>4.000	0,11	0,00	4.804	1	0,00	1,12
Altersklasse			237.374	7	0,00	
<25	-0,62 **	0,00	72.738	1	0,00	0,54
25-29	R					
30-34	-0,13	0,00	4.506	1	0,00	0,88
35-39	-0,05	0,00	778	1	0,00	0,95
40-44	0,06	0,00	1.170	1	0,00	1,06
45-49	-0,32 **	0,00	25.838	1	0,00	0,72
50-54	-0,38 **	0,00	31.709	1	0,00	0,68
55-59	-0,71 **	0,00	82.306	1	0,00	0,49
Haushaltstyp			303.807	7	0,00	
1-Pers.-HH	0,01	0,00	16	1	0,00	1,01
Ehe-Paar ohne K.	R					
Alleinerziehende	0,05	0,00	401	1	0,00	1,05
Paar + Kinder <=16 Jahre	0,63 **	0,00	198.395	1	0,00	1,87
Paar + Kinder >16 Jahre	0,00	0,00	0	1	0,54	1,00
Paar + Kinder über und <=16 Jahre	0,33 **	0,00	27.708	1	0,00	1,39
Mehr-Generationen-HH	0,83 **	0,00	57.994	1	0,00	2,28
Sonst. Kombination	-0,57	0,01	8.073	1	0,00	0,57
Konstante	-1,31 **	0,00	328.285	1	0,00	0,27

Lesebeispiel: Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein 35- bis 39-jähriger zusammen lebend verheirateter deutscher Mann mit unter 16-jährigen Kindern im früheren Bundesgebiet, voll erwerbstätig und mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 2.000 bis 3.000 Euro im Monat einen Riestervertrag besitzt, ist 34%.

Rechenweg: $Z = R + R + R + R + 0,05 + -0,05 + 0,63 + \text{Konstante}$ (mit Referenzhaushalt $R=0$) und $\text{Konstante} = -1,31$ ergibt sich ein Z-Wert von $-0,69$. Damit errechnet sich eine Wahrscheinlichkeit von $P = 1 / (1 + \exp(-0,69)) = 34\%$.

Abweichend davon besitzt ein sonst identischer Haushalt ohne Kinder nur mit der Wahrscheinlichkeit von 21% einen Riestervertrag ($Z = -1,31$). Den Unterschied zwischen beiden Wahrscheinlichkeiten nennt man Partialeffekt, hier der Partialeffekt der Kinder. Genauso können die Partialeffekte des Geschlechts, des Einkommens usw. betrachtet werden.

2. Methodik

2.1 Kohortenmodell „Geldvermögen“

Die Projektion des künftigen Geldvermögens beruht auf Annahmen zu kohorten- und altersspezifischem Anlageverhalten der privaten Haushalte sowie zur allgemeinen Entwicklung der Einkommen und deren altersspezifischer Verteilung. Dabei wird in mehreren Schritten vorgegangen:

Zunächst wird die Verbreitung (w_F) einzelner Anlageformen in verschiedenen Geburtskohorten und Altersgruppen in den EVSen 1978-2003 analysiert (ausführliche Annahmen und Ergebnisse s. Braun et al., 2002, S. 71ff. und S. 125ff.) und aufgrund detaillierter Annahmen für 20 Jahre fortgeschrieben. Insgesamt werden sieben Anlagekategorien unterschieden.⁴²

Danach wird für jede Anlageform die Höhe der angesparten Guthaben (V_F) identifiziert, die die privaten Haushalte angesammelt haben (konkrete Annahmen und Ergebnisse s. wiederum Braun et al. (2002). Dabei werden jeweils nur diejenigen Haushalte betrachtet, die über die jeweilige Anlageform verfügen.

Im Folgenden werden die Guthaben pro Alterskohorte zusammengefasst und zum jeweiligen Haushaltsnettoeinkommen ins Verhältnis gesetzt (relative Anlagehöhe). Das hat sich als vorteilhaft erwiesen, weil sich nur in dieser Darstellung sehr viele stabile Verhaltensweisen offenbaren. Für die Fortschreibung von Verbreitung und Höhe der einzelnen Vermögensanlagen der privaten Haushalte werden Trends aus den sechs EVSen der Jahre 1978, 1983, 1988, 1993, 1998 und 2003 herangezogen.

⁴² Sparbücher, Bausparverträge, Aktien, Sparbriefe (inkl. Fest-/Termingeld), festverzinsliche Wertpapiere, Investmentzertifikate und Lebensversicherungen.

Damit basieren die Projektionen auf der Entwicklung innerhalb eines 25-jährigen Beobachtungszeitraumes im früheren Bundesgebiet. Für die Projektion der Portfolios von Haushalten in den neuen Bundesländern wird bis zum Jahr 2020 eine Annäherung an dieselben Strukturen wie in den alten Ländern unterstellt.⁴³ Die aus den sechs EVSen abgeleiteten Alters- und Kohorteneffekte ermöglichen eine solide Basis für die Projektion der künftigen Geldvermögen.

Projektionen von Alters- und Kohorteneffekten machen sich zwei Besonderheiten im Verhalten der Haushalte zu eigen: Jeder Haushalt durchläuft bei der Vermögensbildung einen typischen "Lebenspfad". Diese Vermögensbiographien sind seit vielen Jahren sehr stabil.⁴⁴ Zudem gehört jeder Haushalt einer bestimmten Generation an, die durch spezifische einkommens- und vermögenspolitische Rahmenbedingungen geprägt wurde, die zu charakteristischen Ersparnismustern führen (steigender Wohlstand, „Zeitgeist“, ökonomische und technische Möglichkeiten). Während die Strukturen der Anlageformen im Lebenszyklus stabil bleiben (Alterseffekt), variiert die Höhe in den einzelnen Anlagekategorien von Generation zu Generation (Kohorteneffekt). So lassen sich in der Vergangenheit Parallelverschiebungen in den Vermögensniveaus ganzer Geburtsjahrgänge systematisch nachweisen.

Dennoch sei angemerkt, dass es sich hierbei um eine Projektion und nicht um eine Prognose handelt. D.h. es werden lediglich die bisherigen Trends unter cet.-par.-Bedingungen fortgeschrieben. Die Auswirkungen weiterer externer Einflüsse werden nicht berücksichtigt. Insbesondere wird eine konstante Sparbereitschaft unterstellt.

Um absolute Werte zu erhalten, werden die Prozentsätze jeder Alterskohorte (relative Anlagehöhe) mit einer Prognose der Haushaltseinkommen kombiniert. Das aggregierte Geldvermögen ergibt sich schließlich durch Addition der Geldvermögen aller Alterskohorten. Dabei werden die einzelnen Kohorten mithilfe einer Haushaltsprognose gewichtet, um Einflüsse der Alterung sowie künftiger Haushaltsschichtungen zu berücksichtigen.

⁴³ Diese Annahme kann trotz der Einkommensunterschiede im Ost-West-Vergleich getroffen werden, weil die Portfoliostrukturen in Relation zum Einkommen modelliert werden. Außerdem ist für Geldvermögen im Unterschied etwa zu Immobilien eine schnelle Anpassung wahrscheinlich, weil ein Großteil der Geldvermögen nur kurzfristig angespart und im Rahmen des Erwerbs langlebiger Konsumgüter immer wieder zu einem beträchtlichen Anteil „verzehrt“ wird (vgl. Braun, 2000); so erreichen die ostdeutschen Guthaben auf Bausparverträgen mittlerweile fast 80 Prozent und die Guthaben auf Sparbüchern rund 100 Prozent der Guthaben von westdeutschen Haushalten (in Relation zu den jeweiligen Einkommen).

⁴⁴ Ein Sparbuch besitzt man in der Regel bereits vor der eigenen Haushaltsgründung. In jungen Berufsjahren werden Bausparverträge und Lebensversicherungen abgeschlossen, die eingezahlten Beträge bzw. Rückkaufswerte sind anfänglich jedoch noch gering. Im Laufe des Erwerbslebens werden parallel zu diesen Sparverträgen steigende Vermögen in Form von Wertpapieren angespart, Bausparguthaben werden als Eigenkapital für den Immobilienkauf eingesetzt. Nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben kommt es zu Vermögensumschichtungen, weil Lebensversicherungen fällig werden und risikoreiche Anlageformen eher gemieden werden.

Verbreitung der Anlageform F:

$$w_F = w_F[G, A], \quad \text{mit } G = \text{Geburtskohorte und } A = \text{Altersklasse}$$

Guthaben in der Anlageform F (nur Haushalte mit dieser Anlageform):

$$V_F = V_F[G, A], \quad \text{mit } G = \text{Geburtskohorte und } A = \text{Altersklasse}$$

Geldvermögen einer Alterskohorte (Höhe und Struktur):

$$\text{Relative Höhe: } v = v[A, G] = \sum_F (w_F * v_F) = \sum_F (w_F * V_F / Y) \quad \text{mit } Y = Y[G, A] = \text{prognostiziertes Einkommen}$$

$$\text{Absolute Höhe: } V = V[A, G] = v * Y$$

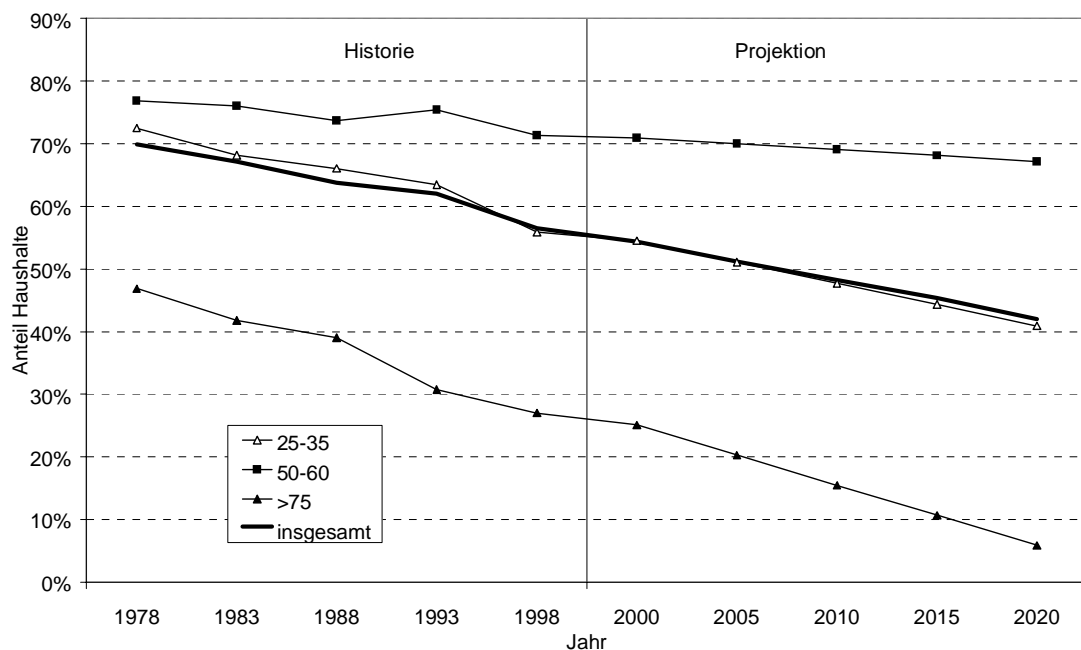
Geldvermögen aller Alterskohorten (Höhe und Struktur):

$$\text{Absolute Höhe: } V_{\text{sum}} = \sum_G (V[A, G] * g) \quad \text{mit } g = g[G, A] \text{ Gewichte der Alterskohorten gem. Haushaltsprognose}$$

Einige Ergebnisse aus der Studie Braun et al. (2002) auf Basis der EVSen 1983-1998 – damals noch ohne die Entwicklung aus der EVS 2003 – sind in den folgenden Abbildungen beispielhaft zusammengestellt:

Abbildung 26: Verbreitung von Lebensversicherungen in verschiedenen Altersklassen 1978-2020

Auswahl: früheres Bundesgebiet; ohne Auswirkungen des AV-Sparens

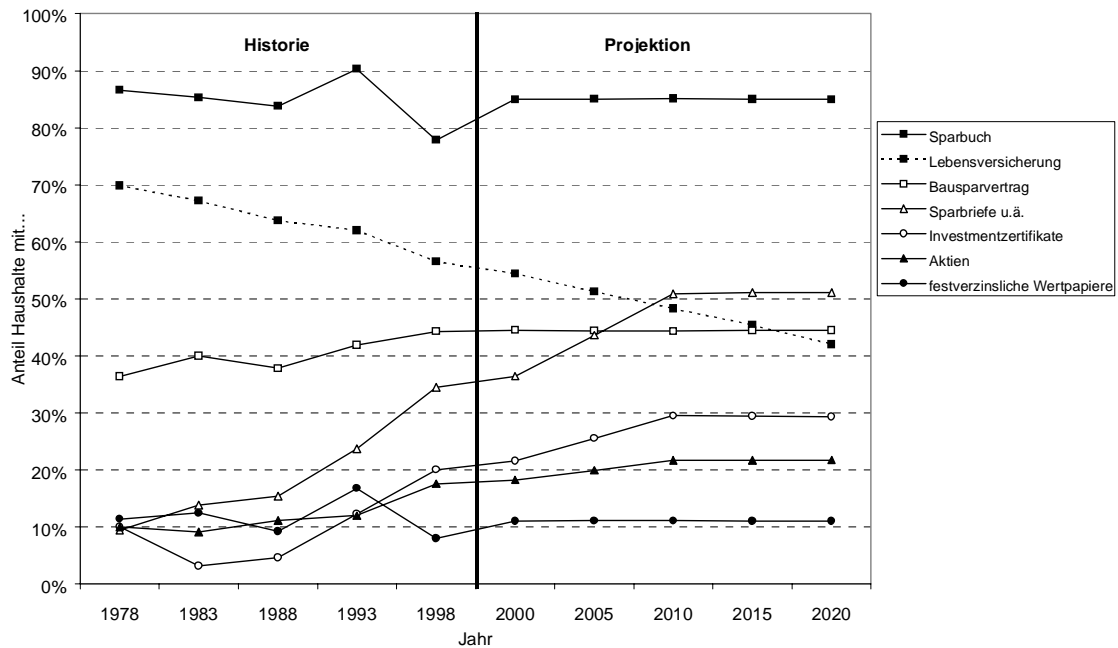


Quelle: empirica-Studie „Erben in Deutschland“, Braun (2002)

empirica

Abbildung 27: Verbreitung einzelner Anlageformen 1978-2020

Auswahl: früheres Bundesgebiet; ohne Auswirkungen des AV-Sparens

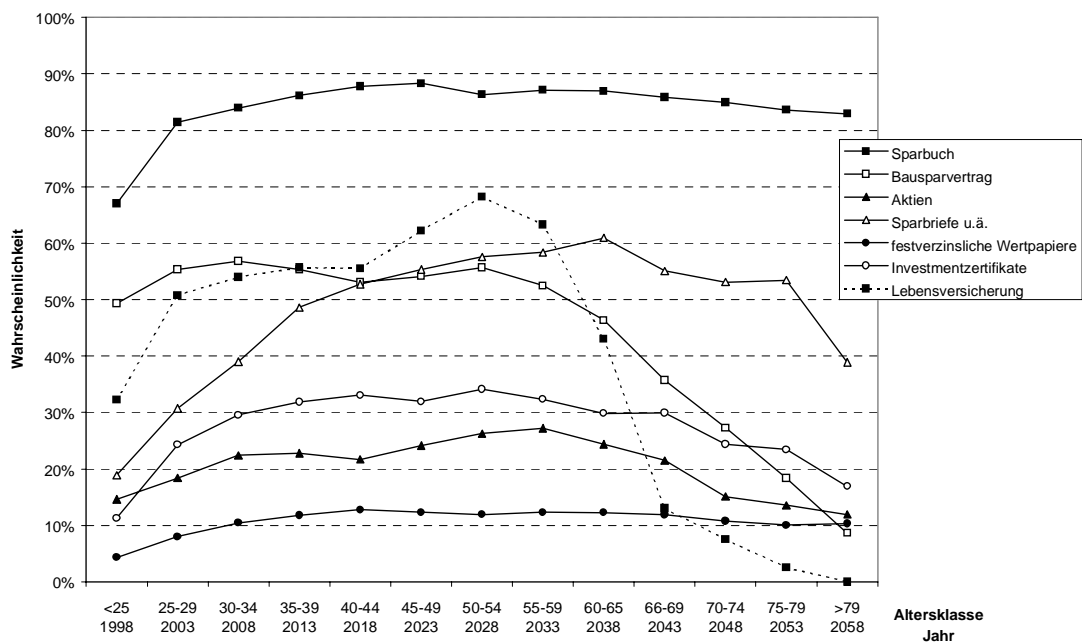


Quelle: empirica-Studie „Erben in Deutschland“, Braun (2002)

empirica

Abbildung 28: Verbreitung einzelner Anlageformen im Lebenszyklus der Geburtskohorte 1974-78 in den Jahren 1998-2050

Auswahl: Deutschland insgesamt; ohne Auswirkungen des AV-Sparens

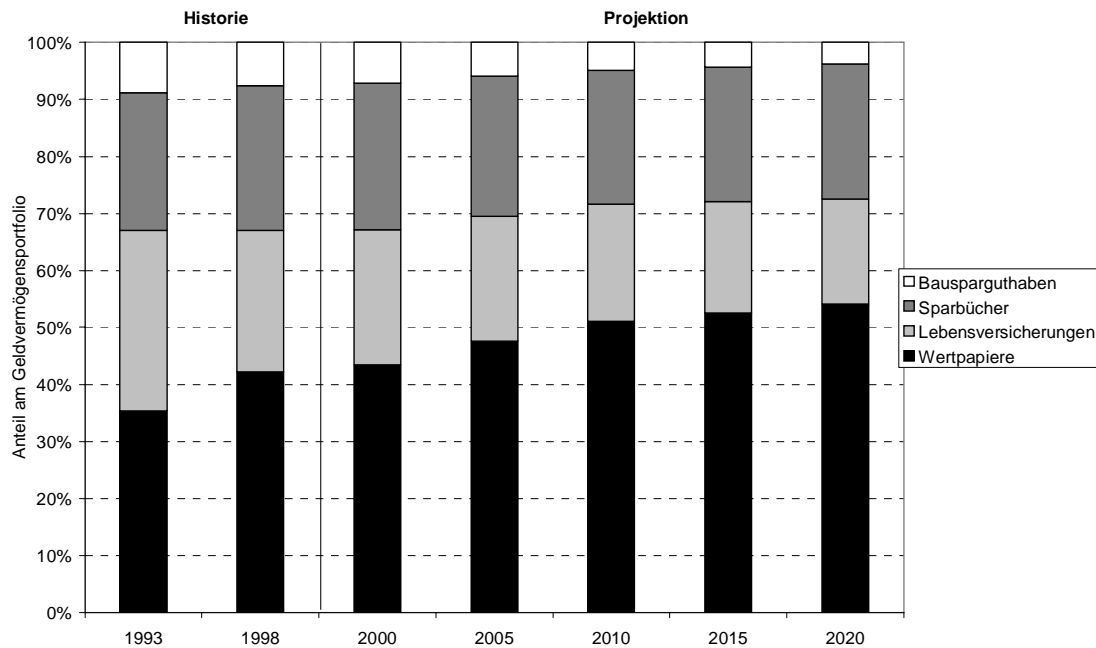


Quelle: empirica-Studie „Erben in Deutschland“, Braun (2002)

empirica

Abbildung 29: Historie und Projektion der aggregierten Strukturen des Geldvermögens 1993-2020

Auswahl: Deutschland insgesamt; ohne Auswirkungen des AV-Sparens



Wertpapiere = festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Investmentzertifikate und Sparbriefe (inkl. Fest-/Termingeld).

Quelle: empirica-Studie „Erben in Deutschland“, Braun (2002)

empirica

2.2 Kohortenmodell „Wohneigentumsquote“

Die Prognose der Wohneigentumsquote erfolgt anhand der Strukturen der Wohneigentumsquote in den vergangenen Jahrzehnten. Umfangreiche Analysen auf Basis der EVS haben gezeigt, dass diese Strukturen sehr stabilen Mustern folgen. So steigt die Wohneigentumsquote im Alterslängsschnitt der Haushalte grundsätzlich an. Weil aber z.B. heute über 70-jährige Haushaltsvorstände im früheren Bundesgebiet (kriegsfolgenbedingt) schon immer seltener im Wohneigentum gewohnt haben als nachfolgende Geburtsjahrgänge, „knicken“ die Wohneigentumsquoten im Altersquerschnitt wieder ab. Dieser so genannte Kohorteneffekt wird jedoch mit dem „Aussterben“ der entsprechenden Geburtsjahrgänge immer weiter verschwinden.

Entsprechend lässt sich die Struktur der künftigen Wohneigentumsquote **im früheren Bundesgebiet** mit einem einfachen Trick prognostizieren: für alle Geburtsjahrgänge $K_{A,t}$, die im Jahr t ein Alter von A Jahren erreicht haben und bei denen der Kohorteneffekt bereits ausgelaufen ist, entspricht die Wohneigentumsquote im Jahr $t+t$ der Wohneigentumsquote des Geburtsjahrgangs der t Jahre zuvor

Geborenen im Alter $A+t$.⁴⁵ Für ältere Geburtsjahrgänge, bei denen der Kohorteneffekt noch nicht ausgelaufen ist, wird eine konstante Wohneigentumsquote im weiteren Lebensverlauf angenommen.⁴⁶ Im Ergebnis bleibt die Struktur der Wohneigentumsquote im Altersquerschnitt bei den unter 70-jährigen Haushaltsvorständen im früheren Bundesgebiet im Zeitablauf konstant und „klappt“ lediglich bei den älteren Vorständen langsam hoch. Zur Vermeidung von Verzerrungen durch Messfehler und zufällige Abweichungen werden nicht die deskriptiven Mittelwerte der Wohneigentumsquote fortgeschrieben, sondern mittels Regressionsschätzung geglättete Werte (vgl. Braun und Pfeiffer, 2005). Die Regressionsschätzung basiert auf den EVS-Daten der Jahre 1978 bis 2003 und berücksichtigt Gemeindegrößen, Haushaltsgrößen, Altersklassen und Geburtsjahrgänge.

Die Strukturen der Wohneigentumsquote **in den neuen Ländern** weichen insofern von den Strukturen im Westen ab, als dass Kohorteneffekte hier auch bei den heute 60- bis 69-jährigen Haushaltsvorständen noch zu beobachten sind. Deswegen wird – abweichend vom Westen – bereits für Geburtsjahrgänge, die im Jahr 2005 über 59 Jahre alt sind, eine konstante Wohneigentumsquote im weiteren Lebensverlauf angenommen. Für die jüngeren Haushalte wird eine Annäherung in den Altersstrukturen der Wohneigentumsquote bis zum Jahr 2030 an die Strukturen des Jahres 2003 im früheren Bundesgebiet unterstellt. Weil sich die Wohneigentumsquote der Drei- und Mehrpersonenhaushalte im Osten bereits sehr weitgehend an die westdeutschen Strukturen angenähert haben, wird für diese Haushaltstypen eine vollständige Angleichung an die Weststrukturen unterstellt. Für Ein- und Zweipersonenhaushalte ist die Annäherung im Status quo noch weit weniger ausgeprägt, weshalb bis zum Jahr 2030 nur eine vorsichtige Anpassung unterstellt wird.

Die Verwendung einheitlicher Strukturen der Wohneigentumsquoten im Altersquerschnitt für alle Regionen erfordert, dass die oben beschriebenen Kohorteneffekte tatsächlich in allen Regionen Westdeutschlands respektive Ostdeutschlands gleich weit fortgeschritten sind. Dafür liegen Auswertungen auf Ebene der Raumordnungsregionen vor. Tatsächlich stützen diese Zahlen unsere Annahme einheitlicher Strukturen im Altersquerschnitt. Insbesondere können damit auch die Unterschiede bei den Kohorteneffekten belegt werden: die Wohneigentumsquoten in den Regionen im früheren Bundesgebiet „knicken“ erst bei den über 64-jährigen, aber in den neuen Ländern bereits bei den über 59-jährigen Haushaltsvorständen ab (vgl. Abbildung 30 und Abbildung 31).

⁴⁵ Beispiel: Die Quote der 2010 30- bis 34-Jährigen entspricht dann der Quote der im Jahr 2005 30- bis 34-Jährigen.

⁴⁶ Beispiel: Die Quote der 2010 80- bis 84-Jährigen entspricht dann der Quote der im Jahr 2005 75- bis 79-Jährigen.

Abbildung 30: Regionale Wohneigentumsquoten im Altersquerschnitt 2002 nach Raumordnungsregionen (West)

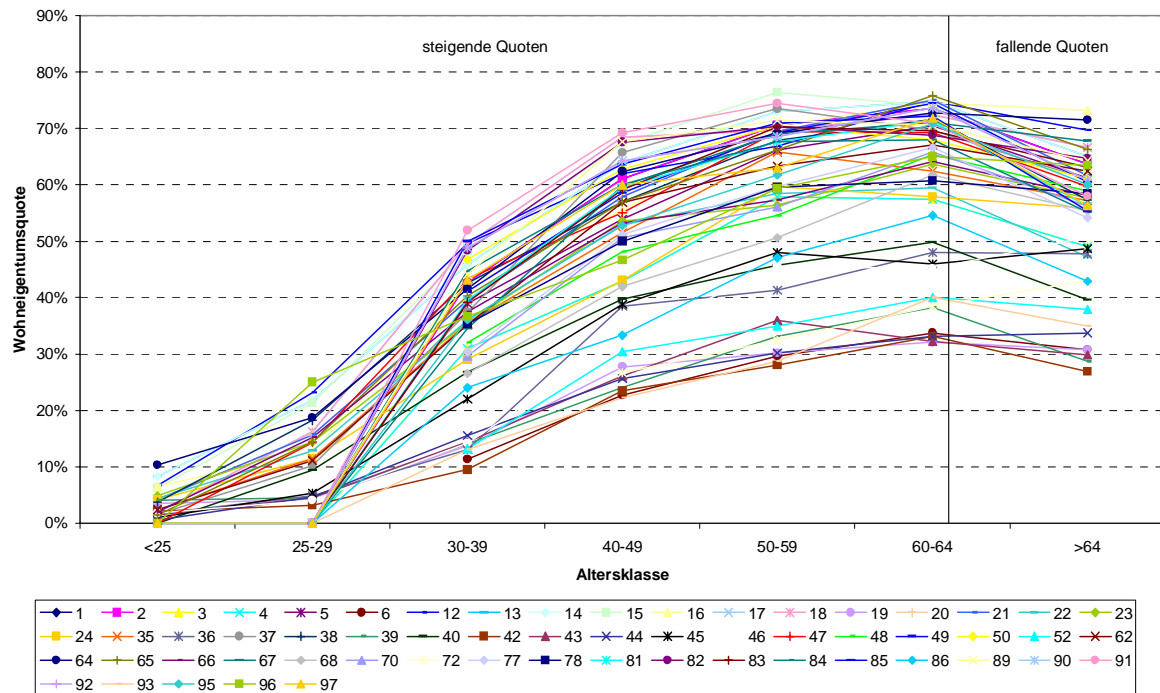
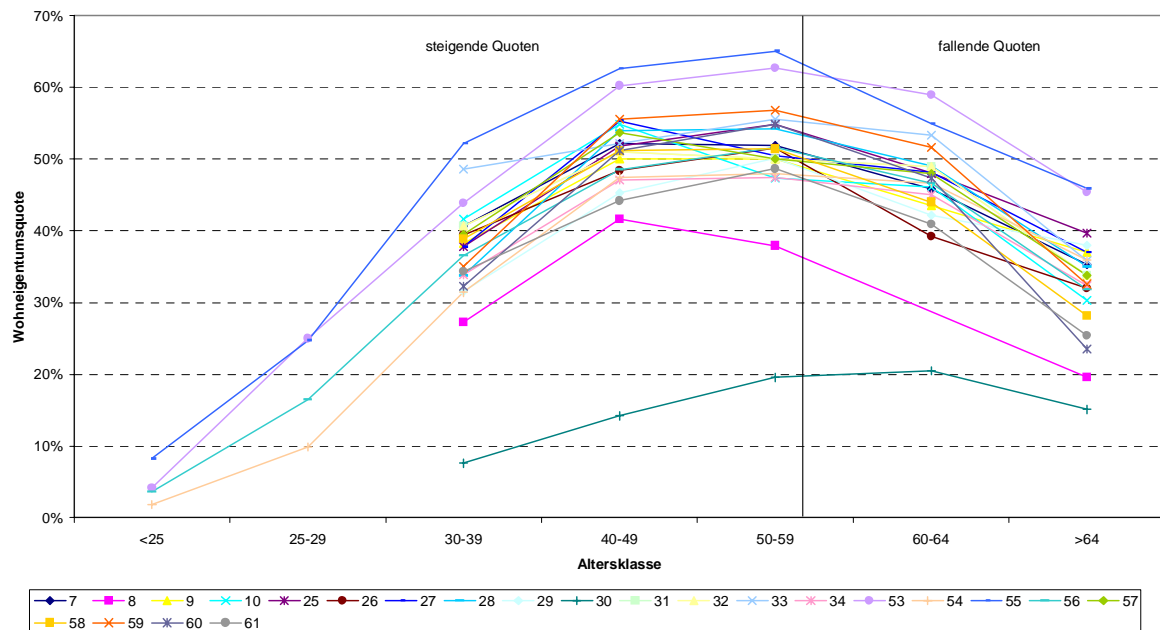


Abbildung 31: Regionale Wohneigentumsquoten im Altersquerschnitt 2002 nach Raumordnungsregionen (Ost)



Quelle: Stat. Landesämter und eigene Berechnungen

empirica

2.3 Erbschaftsprognose

Zur Prognose von Höhe, Verteilung und Verwendung künftiger Erbschaften wurden im Rahmen dieser Studie die Ergebnisse einer empirica-Erbschaftsstudie für das Deutsche Institut für Altersvorsorge aus dem Jahr 2002 auf Basis der EVS 2003 aktualisiert. Damals wurden auf Basis der EVS 1998 geschätzt:

- das Volumen der künftigen Erbschaften,
- die Verteilung künftiger Erbschaften auf Geld- und Immobilienvermögen,
- die voraussichtliche Verwendung der Erbschaften (Konsum/Sparen; darunter: Immobilieninvestitionen), unterschieden nach geerbten Geld- und Immobilienvermögen.

Eine gesonderte Prognose der Schenkungen wurde und wird nicht durchgeführt. Schenkungen sind nichts anderes als vorgezogene Erbschaften. Auf lange Sicht ergeben sich daher keine Unterschiede. Kurzfristig ergeben sich Abweichungen, es liegen jedoch keine validen empirischen Informationen zur Schätzung der Schenkungen und zur Berechnung von Auswirkungen auf die Vermögensverteilung vor.

Verknüpfung der Sterbetafeln mit den EVS-Daten

Als Erbschaftsvolumen wird das Nettovermögen der Haushalte mit erbschaftsrelevanten Todesfällen in den Jahren 2006-15 bezeichnet.⁴⁷ Die Anzahl der Todesfälle kann anhand der amtlichen Sterbetafeln für die Haushalte im Mikrodatsatz der EVS simuliert werden. Erbschaftsrelevant sind dann alle Todesfälle von Haushaltsvorständen oder deren Lebensgefährten.⁴⁸ Weil unbekannt ist, in welchen Fällen ein Berliner Testament existiert kommen zwei verschiedene Schätzmethoden zur Anwendung: Einmal wird angenommen, dass ein Erbschaftsfall dann eintritt, wenn der Haushaltsvorstand oder dessen Lebensgefährtin stirbt (Zählung mit Berücksichtigung von Erbschaften zwischen Paaren). Im zweiten Fall tritt ein Erbschaftsfall erst dann ein, wenn beide Lebensgefährten gestorben sind (rein generationenübergreifende Erbschaften).⁴⁹

Wie alle Prognosen unterliegt auch eine Prognose des Volumens und der Struktur künftiger Erbschaften einer Vielzahl von Unsicherheiten. Dazu gehören neben den unbekannten zukünftigen Vermögensumschichtungen insbesondere die Höhe künftiger Einkommen und die Entwicklung der Konsummöglichkeiten der Erblasser. Darüber hinaus kann sich das künftige Erbschaftsvolumen aber

⁴⁷ Das Nettovermögen wird in Preisen und Werten des Jahres 2005 angegeben; d.h., alle Angaben werden inflationsbereinigt (in Preisen von 2005) und Wertsteigerungen bzw. -verluste sowie Spar- oder Entsparprozesse nach dem Jahr 2005 bleiben unberücksichtigt (in Werten von 2005). Zur Anpassung an die Entwicklung bis zum Jahr 2005 werden die Vermögen aus der EVS 2003 inflationsbereinigt und die laufende Tilgung von Restschulden berücksichtigt.

⁴⁸ Als Lebensgefährtin (zweite Person im Haushalt) wird in Mehrgenerationenhaushalten ergänzend auch der Tod eines im Haushalt lebenden Elternteils oder einer sonstigen Person berücksichtigt; dadurch ergeben sich knapp 2% zusätzliche relevante Todesfälle.

⁴⁹ Bei Singlehaushalten führen beide Methoden zum selben Ergebnis.

auch durch Vermögensübertragungen zu Lebzeiten reduzieren. Diese Faktoren sind in dieser Prognose ausgeklammert.

Schätzung der kurzfristigen Ausgabeneigung aus geerbtem Vermögen

Die kurzfristige Ausgabeneigung aus geerbtem Vermögen kann aus methodischen Gründen nicht direkt und subjektiv erfragt werden.⁵⁰ Hilfsweise konnten in der empirica-Erbenstudie jedoch anhand verschiedener Aussagen und Einstellungen zu den empfangenen Erbschaften aus der Repräsentativbefragung objektive Indikatoren für eine höhere oder geringere Ausgabeneigung einzelner Erben abgeleitet werden. Die damaligen Ergebnisse wurden für die neu zu schätzenden Erbschaftsvolumen auf Basis der EVS 2003 aktualisiert. Die Ausgabeneigung wurde geschätzt, indem entsprechende Aussagen aus einer Repräsentativbefragung in Scoringwerte übersetzt wurden. Im Einzelnen wurden für die folgenden Aussagen die angegebenen Werte (Scoring A) für die Ausgabeneigung aus geerbtem Geldvermögen angesetzt:

Tabelle 5: Scoring-Werte für Ausgabeneigung aus geerbtem Geldvermögen (Scoring A)

Scoring-Wert	Was haben Sie mit dem Geldvermögen gemacht?
10	"alles auf die Seite gelegt und nichts ausgegeben"
20	"zunächst keine größeren Ausgaben getätigt"
100	"ein Eigenheim/ETW gekauft oder renoviert"
30	"Schulden getilgt"
70	"größere Anschaffungen getätigt (Auto, Möbel)"
30	"luxuriöser oder öfter in Urlaub gefahren"

*größere Anschaffungen, luxuriöser/öfter in Urlaub, Schulden getilgt, Eigenheim/ETW gekauft oder renoviert

Anmerkung: Das Scoringergebnis ergibt sich als Summe der Teilwerte, aber max. als 100.

Quelle: Braun et al. (2002)

empirica

Zur Berechnung eines Scorings für die Ausgabeneigung der gesamten Erbschaft (Scoring B), unter Berücksichtigung von Immobilien, wurde das Scoringergebnis für geerbte Geldvermögen auf null (bzw. auf 100) gesetzt, wenn eine geerbte Immobilie behalten (veräußert) wurde. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass der Wert einer Immobilie den Gegenwert geerbter Geldvermögen in aller Regel bei weitem übersteigt und deswegen das Antwortverhalten in der Repräsentativbefragung dominiert. In Fällen ohne Immobilienerbschaften blieb es bei dem Scoringergebnis für geerbte Geldvermögen (Scoring A).

⁵⁰ In telefonischen Befragungen zeigt sich z.B. immer wieder, dass die Probanden bei quantitativen Fragen bestimmte Sachverhalte vergessen, wodurch es zu Unter- bzw. Überschätzungen kommt.

Tabelle 6: Scoring-Werte für Ausgabeneigung insgesamt (Scoring B)

Scoring-Wert	Was haben Sie mit der Immobilie gemacht?
0%	"eine Immobilie geerbt und nicht verkauft"
100%	"eine Immobilie geerbt und verkauft"
Scoring A-Ergebnis	"keine Immobilie geerbt"

Quelle: Braun et al. (2002)

empirica

Das modellierte Scoringergebnis kann auch kardinal interpretiert werden. Dann gibt es nicht nur an, wer eine größere oder kleinere Ausgabeneigung als der Durchschnittsserbe an den Tag gelegt hat (ordinale Interpretation), sondern auch, welcher Anteil der Erbschaft unmittelbar verplant bzw. ausgegeben wurde (bei einem Scoringergebnis von 100 Punkten wurde dann die gesamte Erbschaft ausgegeben, bei 50 Punkten die Hälfte usw.). Allerdings reagieren die Scoringergebnisse bei dieser kardinalen Interpretation sehr sensibel auf geringe Variationen der angenommenen Scoringwerte. Deswegen ist eine solche quantitative Interpretation immer unter dem Vorbehalt einer Akzeptanz der getroffenen Annahmen zu sehen.

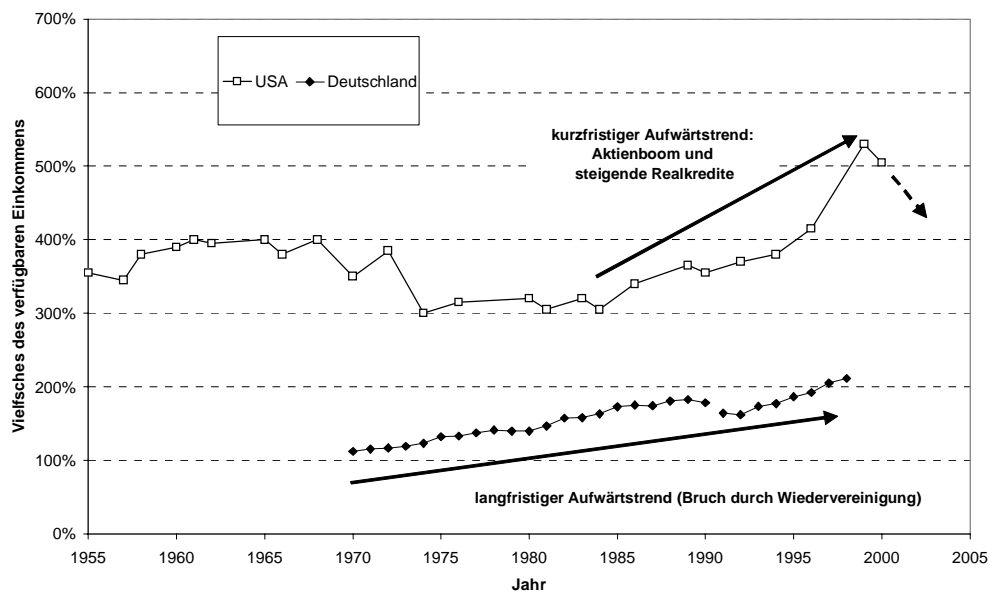
3. Zum Zusammenhang von Vermögen und Einkommen

Der positive Zusammenhang zwischen steigendem Einkommen und Vermögen folgt direkt aus der mikroökonomischen Analyse der LZH/PIH (vgl. Abschnitt II.1.1): je stärker das Einkommen wächst, desto größer wird die Einkommenskluft zwischen Erwerbs- und (einkommensloser) Ruhestandsphase bzw. zwischen transitorischem und permanenten Einkommen und desto mehr Vermögen wird folglich gebildet. Aber auch eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung verdeutlicht den positiven Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen. So spiegelt der Wert von Maschinen oder Immobilien nichts anderes als den abgezinsten Gegenwartswert aller damit künftig erzielbaren Einkommen dar.⁵¹ Deswegen gibt es einen stabilen (Barwert-)Faktor, der das gesamtwirtschaftliche Verhältnis zwischen Vermögen und verfügbarem Einkommen angibt. Dieser Effekt kann in einer „reifen“ Volkswirtschaft wie den USA beobachtet werden (vgl. Abbildung 32): Seit 1955 betrug das Nettogeldvermögen der privaten Haushalte immer in etwa das Vierfache der verfügbaren Jahreseinkommen. Temporär wurde diese Konstanz in den späten 70er und frühen 80er Jahren infolge der hohen Inflation⁵² nach unten und in den späten 90er Jahren infolge der spekulativen Blasen am Aktienmarkt nach oben durchbrochen.

⁵¹ Gleichzeitig ist das zukünftige Einkommen eine Funktion des heutigen Einkommens (ohne Wachstum bleibt es real gleich hoch).

⁵² Hohe nominale Zinsen senken den Barwertfaktor.

Abbildung 32: Entwicklung der Nettogeldvermögen privater Haushalte in USA und Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen und Bosworth (2001)

empirica

Im Vergleich zu den USA ist die deutsche Volkswirtschaft noch weniger „reif“, weil in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Inflation und Kriege die Vermögen vieler Haushalte in Relation zu ihrem Einkommen weit geringer waren als es ihren Optimal-Vorstellungen entsprochen hätte. Offensichtlich werden zum Aufbau solcher Optimalvermögen lange Fristen benötigt. Darüber hinaus betreiben die Haushalte in den USA schon seit langem private Altersvorsorge. Somit ist zu erwarten, dass sich der Übergang zu einem normalen Erbenland und zu einer stärkeren privaten Altersvorsorge auch in Deutschland positiv auf das Verhältnis zwischen Vermögen und verfügbarem Einkommen auswirken wird.

4. Datensatzbeschreibung: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern seit 1962/63 alle 5 Jahre erhoben. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. Erreicht werden soll ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft. Das Hauptaugenmerk liegt auf der sozialen Lage der Haushalte, die von der Einkommensentstehung und -verwendung beleuchtet wird. Von der Befragung ausgeschlossen sind allerdings die 2% einkommensstärksten Haushalte (monatliches Nettoeinkommen nach Selbsteinschätzung höher als

18.000 Euro) sowie Personen in Anstalten oder Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungslose.⁵³ Die Quantität der EVS-Stichprobe ermöglicht es - auch bei tiefer gehenden Betrachtungen sozioökonomischer Charakteristika - weitgehend repräsentative Schlüsse für Deutschland insgesamt zu ziehen.

Die teilnehmenden Haushalte werden in der EVS nach einem Quotenplan ausgewählt, der auf Basis des vorangegangenen Mikrozensus erstellt wird. Darüber hinaus werden Hochrechnungsfaktoren für die letztendlich in den öffentlich zugänglichen Datensätzen enthaltenen Haushalte bereitgestellt, die aus dem Mikrozensus des jeweiligen Vorjahres abgeleitet werden. Dies soll sicherstellen, dass die teilnehmenden Haushalte jedes Bundeslandes bezüglich der Quotierungsmerkmale „soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers“, „Haushaltstyp“ und „Haushaltseinkommen“ die Grundgesamtheit repräsentativ vertreten.⁵⁴ Der Erhebungszeitraum pro Haushalt erstreckte sich bis 1993 auf ein Jahr, ab der EVS 1998 wurde die Dauer auf ein Quartal beschränkt.

Probleme mit dem Datensatz

Die Teilnahmebereitschaft einzelner Bevölkerungsgruppen ist unterschiedlich. Insbesondere Landwirte, Selbständige und Arbeiter, sowie Einpersonenhaushalte und Haushalte mit sehr hohen bzw. sehr niedrigen Einkommen sind nur unterdurchschnittlich zur Teilnahme bereit. Ein weiteres Problem bereitet die Abbruchquote, die in den 90ern um die 10 Prozent liegt.⁵⁵ Aufgrund des seit 1998 erstmalig verkürzten Erfassungszeitraumes auf nur ein Quartal je Haushalt verringert sich die Datenbasis für unregelmäßige Ausgaben (Urlaubskosten, Autokauf) oder nur einmal im Jahr anfallende Beträge (Zinsgutschriften zum Jahreswechsel, Weihnachtsgeld) auf ein Viertel aller befragten Haushalte. Damit ergeben sich erstmals saisonale Verzerrungen zwischen den Ausgaben und den Einnahmen der teilnehmenden Haushalte.

Probleme mit Selbsteinschätzung, Ehrlichkeit und Untererfassung

Neben den neuen saisonalen Verzerrungen treten in den EVS-Datensätzen schon immer Messfehler auf, die auf den Selbsteinschätzungen der befragten Haushalte basieren. So zeigt ein Vergleich der Angaben aus dem Einführungsinterview (Selbsteinschätzung des Haushaltseinkommens) mit den Daten aus dem Anschreibbuch (tatsächliche Einkommen im Erhebungsquartal), dass sich die Haushalte bezüglich ihres Nettoeinkommens eher unter- als überschätzen. Nur weniger Haushalte lagen mit der

⁵³ Die EVS für die Jahre vor 1993 erfassen zudem die Bevölkerung in Haushalten mit einer Bezugsperson ausländischer Nationalität nicht, die EVS ab 1993 erfassen diese Bevölkerungsgruppe nur eingeschränkt.

⁵⁴ Vgl. Chlumsky und Ehling (1997) und Faik (2000).

⁵⁵ Vgl. Münnich und Illgen (2000).

Selbsteinschätzung richtig, eine Mehrheit erzielten höhere Einnahmen als im Einführungsinterview geschätzt.⁵⁶

Ein weiteres Problem bereitet die „Vergesslichkeit“ der Haushalte bei manchen Angaben, sei es absichtlich oder unbewusst (z.B. Sparbücher der Kinder, Geldvermögen im Ausland). Bei Landwirten und Selbständigen ist es zudem oftmals schwierig, eine saubere Trennung von Privat- und Unternehmensvermögen zu ziehen. Hinzu kommt das Gewicht, das die 2% einkommensstärksten Haushalte anteilig in Bezug auf die Gesamtbevölkerung mit in die Wagschale werfen. So kommt es im Vergleich mit anderen Datenquellen zu einer tendenziellen Untererfassung einzelner Einkommenskomponenten und Vermögensbestände.

Untererfassung der Geldvermögen privater Haushalte

Auch die Vermögensbestände der Haushalte werden in der EVS unterschätzt. Regelmäßig repräsentierte das in der EVS ausgewiesene Geldvermögen nur rund die Hälfte des Bestands, der von der Deutschen Bundesbank ermittelt wird. Auch dies ist nicht zuletzt eine Folge des Ausschlusses der Spitzenverdiener mit den 2% höchsten Haushaltseinkommen. Die Untererfassung im Vergleich zur Bundesbank wird jedoch relativiert, weil die Bundesbank-Daten zwar auf institutionelle Daten der Finanzintermediäre beruhen und deswegen zuverlässiger sind als die freiwilligen Angaben privater Haushalte. Gleichwohl basiert die sektorale Aufteilung der Bundesbank auf Schätzungen, wobei die Kategorie „private Haushalte“ als Restgröße ermittelt wird und deswegen alle Fehler aus den anderen Kategorien enthält. Außerdem sind in dieser Kategorie auch die Vermögen der Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die Unternehmensaktivitäten der Selbständigen und Freiberufler enthalten, so dass die Finanzierungsrechnungen der Bundesbank die Geldvermögen der privaten Haushalte tendenziell überschätzen. Alles in allem dürfte die „wahre“ Unterschätzung der Geldvermögen in der EVS deswegen geringer sein.

5. Literatur

- BÖRSCH-SUPAN, A., REIL-HELD, A. UND SCHUNK, D. (2006), Das Sparverhalten deutscher Haushalte: erste Erfahrungen mit der Riester-Rente, Gutachten für das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Vorhabens „Bildungssparen“, Mannheim 2006
- BOSWORTH, B. (2001), The Outlook for the US Economy: Soft or hard Landing?, CESifo Forum 1/2001, S. 14-20.
- BRAUN, R. (1998), Vermögens- und Konsumstrukturen der Erwerber von Wohneigentum, empirica-Studie im Auftrag der Schwäbisch Hall Stiftung, Schwäbisch Hall 1998 (mimeo).
- BRAUN, R. (2001), Vermögensentnahme aus Altersvorsorgekonten für den Immobilienerwerb, Modellrechnungen zum aktuellen Stand der Diskussion (www.empirica-institut.de/kufa/rb03.pdf).

⁵⁶ Vgl. Münnich (2000).

- BRAUN, R. (2003), Hat die Erbgeneration ausgespart? Nach der Rentenillusion droht eine Erbschaftsillusion, in: LETTKE, F. (Hg.), Erben und Vererben, Gestaltung und Regulation von Generationenbeziehungen, Konstanzer Beiträge zur Sozialwissenschaftlichen Forschung, Band 11, Konstanz 2003.
- BRAUN, R. (2004a), Haushalts- und personenbezogene Wohneigentumsquoten in Deutschland, Wohneigentümer bilden absolute Mehrheit, empirica-Studie im Auftrag der LBS Bundesgeschäftsstelle, Berlin.
- BRAUN, R. (2004b), Sparverhalten der Wohneigentümer, Wo schränken die Selbstnutzer ihren Konsum ein? empirica-Studie im Auftrag der LBS Bundesgeschäftsstelle, Berlin.
- BRAUN, R. (2007), Einkommen und Vermögensbildung in Deutschland, Sonderauswertungen der EVS 2003 und der empirica-Preisdatenbank, empirica-Studie im Auftrag der LBS Bundesgeschäftsstelle, Berlin 2007.
- BRAUN, R. UND BREINERSDORFER, S. (2006), Gesetzesbegründung und Verwaltungsabläufe zur Integration des Wohneigentums in die steuerliche Förderung der Altersvorsorge (KaNaPE-Modell), empirica-Studie im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Deutschen Immobilienwirtschaft.
- BRAUN, R. UND PFEIFFER, U. (2001), Globale Immobilienzyklen, empirica-Studie im Auftrag des Verbandes Deutscher Hypothekenbanken, Berlin.
- BRAUN, R. UND PFEIFFER, U. (2003a), Jung ins Wohneigentum – Wohneigentum muss keine Familienkutsche sein, empirica-Studie im Auftrag der Wüstenrot & Württembergische AG, Ludwigsburg.
- BRAUN, R. UND PFEIFFER, U. (2003b), Private Lebensökonomie und staatlicher Einfluss, neue Strategien zur Vermögensbildung, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln 2003.
- BRAUN, R. UND PFEIFFER, U. (2005), Wohnflächennachfrage in Deutschland, empirica-Studie im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle der LBS, Berlin 2005.
- BRAUN, R., BURGER, F., MIEGEL, M. PFEIFFER, U. UND SCHULTE, K. (2002), Erben in Deutschland, Volumen, Psychologie und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen, empirica-Studie in Zusammenarbeit mit psychonomics, im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln 2002.
- BRAUN, R., MIEGEL, M. UND PFEIFFER, U. (2000), Vermögensbildung unter neuen Rahmenbedingungen, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln 2000.
- BRAUN, R., MÖHLENKAMP, R., PFEIFFER, U. UND SIMONS, H. (2001), Vermögensbildung in Deutschland, empirica-Studie im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn/Berlin.
- CHLUMSKY, J. UND EHLING, M. (1997), Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik 7/1997, S.455-461.
- ENGELS, W., SABLONNY, H. UND ZICKLER, D. (1974), Das Volksvermögen, Seine Verteilungs- und wohlstandspolitische Bedeutung, Frankfurt/M.
- ENGEL, E.M., GALE, W.G. UND SCHOLZ, J.K. (1996), The Effects of Tax-Based Saving Incentives on Saving and Wealth, NBER Working Paper No. 5759.
- FAIK, J. (2000), Eine Datenquelle, drei Studien = drei verschiedene Aussagen? Zur Problematik empirischer Vermögensanalysen, Arbeitspapier Nr. 24 des EVS-Projektes der Universität Frankfurt/Main, <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/hauser/evspapiere.htm>
- FRIEDMAN, M. (1957), A Theory of the Consumption Function, Princeton.
- HURD, M.D. (1992), Measuring the Bequest Motive: the Effect of Children on Saving by the Elderly in the United States, in: Tachibanaki, T. (Hrsg.), Saving and Bequests, East Lansing, USA, S. 111-136.

- MODIGLIANI, F. und BRUMBERG, R.E. (1954), Utility Analysis and the Consumption Function: An Interpretation of Cross-Section Data, in: KURIHARA, K.K., Post-Keynesian Economics, Brunswick, N.J., S. 388-436.
- MÜNNICH M. UND ILLGEN M. (2001), Zur materiellen Ausstattung der Haushalte von Niedrigeinkommensbeziehern, in: Lebenslagen in Deutschland, Hrsg.: BMA.
- MÜNNICH, M. (2000), Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 1, in: Wirtschaft und Statistik 9/2000, S. 679-689.
- MÜNNICH, M. (2001), Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2, in: Wirtschaft und Statistik 2/2001, S. 121-137.
- PFEIFFER, U. UND BRAUN, R. (1995), Wohneigentum und Familie, empirica-Studie im Auftrag der Wüstenrot Stiftung Deutscher Eigenheimverein e.V., Ludwigsburg, Stuttgart 1995.
- PFEIFFER, U. UND BRAUN, R. (2006), Eigenheimförderung in Europa, Was Deutschland von anderen Ländern lernen kann, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln 2006.
- PFEIFFER, U. UND KRINGS, M.T. (1992), Erbschaften in Deutschland, empirica-Studie im Auftrag der Deutschen Bank, Frankfurt/Main (mimeo).
- PFEIFFER, U., BRAUN, R. UND BABA, L. (2005), Mehr Altersvorsorge durch kürzere Ausbildungszeiten, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln 2005.
- PFEIFFER, U., BRAUN, R. UND SIMONS, H. (1999), Vermögensbildung im Lebenszyklus, empirica-Studie im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle der LBS, Bonn 1999.
- PFEIFFER, U., FALLER, B., BRAUN, R. UND MÖHLENKAMP, R. (2004), Wohnungspolitische Konsequenzen der langfristigen demographischen Entwicklung, erschienen in der BBR-Reihe "Forschungen", Heft 117, Bonn 2004.
- PFEIFFER, U., SIMONS, H. UND BRAUN, R. (2005), Länger arbeiten im Alter – Möglichkeiten und Grenzen, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln 2005.
- PFEIFFER, U., UND BRAUN, R. (2007), Altersvorsorge in Deutschland – Verloren im Dschungel der Möglichkeiten, empirica-Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, Köln 2007.
- POTERBA, J.M. UND WISE, D.A. (1999), Individual Financing Decisions in Retirement Saving Plans and the Provision of Resources for Retirement, NBER Working Paper No. 5762.
- POTERBA, J.M., VENTI, S.F. UND WISE, D.A. (1995), The Effects of Special Saving Programs on Saving and Wealth, NBER Working Paper No. 5287.
- SIMONS, H., BRAUN, R., PFEIFFER, U., SCHMIDT, M. UND METZGER, H. (2005), Wirtschaft und Wohnen in Deutschland – Regionale Prognosen bis 2015, empirica-Studie im Auftrag der Deutschen Kreditbank, Berlin 2005.
- SOEP Group (2001), The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Holst, E., Lillard, D.R. und DiPrete, T.A. (Hrsg.), Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000), Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 70, Nr. 1, S. 7-14.
- STOLZ, U. UND RIECKHOFF, C. (2006), Zulagenzahlung der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen – Auswertungen für das Beitragsjahr 2003, RVaktuell 08/06, S. 306ff.
- WESTERHEIDE (2007), Beitrag zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Mannheim Titel derzeit noch unbekannt.